

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Der Staat, der die KPD verbot

Mit Verachtung blickten die meisten Menschen Europas in den 50er Jahren auf jene drei Staaten des Kontinents, in denen damals Henker an der Macht waren: das Spanien Francos, das Portugal Salazars und das monarcho-faschistische Athener Regime. Dem Trio der Finsterlinge war eines gemeinsam: Sie hatten die kommunistischen Parteien ihrer Länder mit Terror in den Untergrund getrieben und verfolgten deren Anhänger mit äußerster Grausamkeit. Weltweite Kampagnen für die Rettung des Spaniers Julian Grimau und des Griechen Nikos Belojannis – zweier erprobter Kommunisten, die trotz aller Solidaritätsbemühungen hingerichtet wurden –, gingen damals in die Geschichte ein. In Portugals Zuchthaus Peniche wurde Álvaro Cunhal seit vielen Jahren gefangen gehalten.

Am 17. August 1956 verbreiteten die Nachrichtenagenturen eine Eilmeldung aus Karlsruhe: Ein viertes europäisches Land – Adenauers BRD – hatte sich in die Gesellschaft der drei faschistischen Diktaturen begeben. Die von Gestrigen aller Ränge durchsetzte und mitregierte Bundesrepublik Deutschland, in der Nazirichter und -staatsanwälte die Justiz beherrschten, verbot die das Erbe Ernst Thälmanns verwaltende und durch Max Reimann geführte Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Das Bundesverfassungsgericht erklärte damit eine Partei für illegal, die im antifaschistischen Widerstand gegen Hitler die meisten Opfer gebracht und nach 1945 in der ersten Reihe des Kampfes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands gestanden hatte. Sie wurde aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt. Die Richter begründeten die von ihnen verhängte Unterdrückungsmaßnahme damit, die KPD bekenne sich zum Marxismus-Leninismus und habe zum „Sturz des Adenauer-Regimes“ aufgerufen, was ihre Verfassungsfeindlichkeit beweise.

Mit dem Urteil von Karlsruhe, dem die Festnahme von über 5000 Mitgliedern der schon 1951 verbotenen westdeutschen FDJ vorausgegangen war, verlor die BRD endgültig ihre demokratische Legitimation. Während in fast allen Ländern Westeuropas die Betätigungsfreiheit für Kommunisten gewährleistet war, büßte der Staat des Rosenzüchters vom Rhein in jenen Augusttagen vollends seine politische Unschuld ein.

Dort, wo 1852 der erste Kommunistenprozeß stattgefunden hatte, wurde eine „heilige Hetzjagd“ auf alle eröffnet, die sich weiterhin zu Marx, Engels und Lenin bekannten. Und nicht zuletzt zur DDR, der die besondere Verbundenheit der westdeutschen Kommunisten galt. Da der Adenauer-Staat mit einem sehr engmaschigen Netz fischte, traf die Repression nicht nur Mitglieder der

KPD, sondern auch Kritiker und Mißliebige aus den Reihen der SPD. Sogar CDU-Leute waren darunter. VVN und Friedensbewegung lagen im Raster der Verfolger. Der Großangriff, zu dem mehr als 200 000 Ermittlungsverfahren und mindestens 10 000 Strafurteile gehörten, widersprach Geist und Buchstaben des Grundgesetzes. Die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ wurde mit einer Brutalität und Bedenkenlosigkeit ins Visier genommen, wie es kein Staatsfeind kompromißloser hätte tun können. Parteiführer wie Jupp Angenfort, Robert Steigerwald und Willi Gerns, aber auch viele Genossen der Basis verbrachten Jahre ihres Lebens hinter Kerkermauern und verloren ihre staatsbürgerlichen Rechte. Bis heute ist kein einziges BRD-Justizopfer aus der Zeit des vom Imperialismus losgetretenen kalten Krieges rehabilitiert oder entschädigt worden. Auch niemand von den später durch die diskriminierende Praxis der Berufsverbote Betroffenen – sie richteten und richteten sich gegen Lehrer, aber auch gegen Lokführer und Briefträger mit „kommunistischem Ruch“ – hat auch nur ein Wort der Entschuldigung gehört. Ausgerechnet diese Bundesrepublik, deren Staatssicherheitsdienste und Polizeiorgane, deren Justiz und Beamtenschaft darauf geeicht und vereidigt wurden, Jagd auf Andersdenkende zu machen, wagt es, den antifaschistischen deutschen Staat DDR und dessen gesetzestreue Vollzugshelfer des Unrechts zu bezichtigen und sich selbst als Rechtsstaat hinzustellen.

Was wäre als Minimum zu tun, um einen solchen Anspruch glaubhafter erscheinen zu lassen? Präsident, Parlament, Regierung und oberste Gerichte müßten unverzüglich die notwendigen Schritte einleiten, um die BRD aus der beschämenden Situation herauszuführen, inzwischen der einzige größere Staat Europas zu sein, in dem eine kommunistische Partei nach wie vor verboten ist.

Politisch Naive fragen, warum die Forderung nach Aufhebung des Parteiverbots denn ein so dringendes Anliegen sei, gebe es doch heute in der BRD sogar z w e i zugelassene kommunistische Parteien, die in der Tradition der KPD stünden: die seit 1968 legale DKP und die Anfang 1990 noch in der DDR gegründete KPD. Die Antwort ist einfach: Solange eine kommunistische Partei samt ihren „Ersatz- und Nachfolgeorganisationen“ verboten bleibt, schwebt das Damoklesschwert möglicher Verfolgung über der revolutionären Arbeiterbewegung des Landes. Gesicherte Legalität hat zur Bedingung, daß sich der Staat, der die KPD mit dem Bannfluch belegte, von diesem Schandakt selbst distanziert und allen Verfolgten eine angemessene Entschädigung gewährt. **Klaus Steiniger**



INHALT

Über „Patriotismus“ in den Farben der BRD	S. 2
Die Stunde der Heuchler und Biedermänner (2 und Schluß)	S. 3
Israels Staatsterrorismus in Libanon	S. 4
Schwindel aus Leidenschaft	S. 5
Arbeiterrechte – Markenzeichen des „Unrechtsstaates“ DDR	S. 6
Neuer Reichsarbeitsdienst?	S. 6
Wenn es andersherum gekommen wäre ...	S. 6
Antisowjetischer Hokuspokus	S. 7
Vor 55 Jahren fanden die III. Weltfestspiele in Berlin statt	S. 8
Ein Hannoveraner begegnet Pawel Kortschagin	S. 9
Warum die UNO das BRD-Bildungssystem überprüfen ließ	S. 10
Als Christ im antifaschistischen Widerstand: Dietrich Bonhoeffer	S. 11
Was waren die Stoiker?	S. 12
Eine Leipziger Speisekarte vom August 1948	S. 13
Wie die Hamburger Kommunistin Elsa Schmidt dem Polizeichef ins Auge blickte	S. 14
Klassenkämpfer mit der Feder: Rudolf Renner	S. 15
Zur Anatomie des Nahostkonflikts	S. 16
Wie sich die U. S. Air Force auf eine Bombardierung Irans vorbereitet	S. 17
Zum Verhältnis zwischen der VR China und den USA (2 und Schluß)	S. 18
Was ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit?	S. 19
Venezuela: Neue Gewerkschaftszentrale UNT im Aufbau	S. 19
Bushs doppelbödige Nuklearpolitik	S. 20
Prag 1968: „Frühling“ oder Konterrevolution?	S. 21
Wie sich die Volksfrontpolitik in Osteuropa durchsetzte	S. 22
War die Schweiz Spionageziel?	S. 23
Das Ende des „amerikanischen Traums“	S. 23
Gefallen vor Madrid: Hans Beimler	S. 24
Ruth Rewald: Zwischen Spanien und Auschwitz	S. 25
Brechts Nachlaß würde 250 Bände füllen	S. 26
Unvergesslicher Martin Andersen Nexø	S. 27
Archie, der alte Zausel	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Über „Patriotismus“ in den Farben der BRD

Die Bundesrepublik ist nur bis zum Halbfinale gekommen. Es hat also nicht geklappt, außer Papst auch noch Weltmeister zu werden. Jedenfalls für die Männer.

Nebenbei: Ich finde Fußball ein schönes Spiel, und viele der WM-Austragungen habe ich mit Spannung und Begeisterung verfolgt. Ich möchte auch nicht auf das Problem eingehen, welche sozialen und politischen Gemeinheiten während der WM durchgezogen wurden. Nach dem Rausch kommt der Kater. Die Allianz-Beschäftigten, die zusammen mit ihren deutschen Managern Party feiern wollten, werden mit wieder nüchternem Kopf bemerken, daß ihr Job weg ist und daß schwarz-rot-goldene Winkelemente keine wirkliche Gemeinsamkeit mit den Bossen herstellen können.

Wer jetzt kein Schwarz-Rot-Gold am Auto oder im Fenster hatte, braucht Argumente gegenüber Freunden und Nachbarn, um nicht als ewiger Miesepeter dazustehen. Hier sind ein paar:

Es ist schon wahr, daß in der Vergangenheit die Farben der Reaktion Schwarz-Weiß-Rot waren und daß ihr Schwarz-Rot-Gold immer verhaßt blieb. Ein Parteiveteran argumentierte sogar so: Schwarz-Rot-Gold war die Fahne der XI. Internationalen Brigade im spanischen Bürgerkrieg gegen die Faschisten. Damit hat er unter historischem Blickwinkel recht. Politisch hat er unrecht: In Zeiten von PISA kennt außer alten Genossen und Geschichtslehrern kaum einer solche Zusammenhänge. Für die Masse der Fahenschwenker steht Schwarz-Rot-Gold für etwas anderes: für ein besoffenes Wir-Gefühl, das die Bosse nicht ausschließt, für Identifikation mit dieser Gesellschaft und mit diesem Staat. (Das gilt besonders für die Fahnen, die zusätzlich mit dem Adler „geschmückt“ waren!)

Nun wollten uns die Medien einreden, die Fahnen stünden für eine geläuterte, tolerante, gastfreundliche und demokratische Gesellschaft und einen friedlichen Staat. Schön wär's! Ich dagegen lebe in einem Staat, der sich bei reeller Rechnung sieben Millionen Arbeitslose leistet, der diese statt der Arbeitslosigkeit bekämpft, dessen Konzerne Exportweltmeister sind und dabei die Lebensbedingungen der Arbeiter immer weiter verschlechtern, in dem der Arme früher stirbt als der Reiche, in dem die Kinder nichts Vernünftiges lernen und die Jugendlichen einer Berufsausbildung hinterherjagen müssen.

Mein Staat ist so demokratisch, daß er Tausende seiner Gegner und Kritiker mit KPD-Verbot, Berufsverboten, Bespitzelung und Rasterfahndung verfolgte und weiterhin verfolgen läßt.

Mein Staat ist schon tolerant: Jeder Alt- und Neonazi kann in ihm unbehelligt sein Unwesen treiben, vor dem Zorn der Demokraten zuverlässig durch Polizei und Justiz geschützt.

Wahrscheinlich ist es seine Gastfreundschaft, weswegen sein Asylrecht abge-



schaft wurde und inzwischen Hunderte den Versuch, deutschen Boden zu betreten, mit dem Leben bezahlt haben. So blieb es ihnen wenigstens erspart, die Gastfreundschaft von Polizei und Nazis innerhalb Deutschlands auszukosten. Und friedlich ist er auch, solange man ihm nicht in die Quere kommt. Dann aber verteidigt er sich in Serbien, im Kosovo, am Hindukusch, am Horn von Afrika, in Kongo und morgen vielleicht im südsudanesischen Darfur oder wo immer es die Interessen des deutschen Kapitals gebieten. Und dessen Farben soll ich tragen? Die Farben an den Bombern, die Belgrad bombardiert haben?



Grafik: Karlheinz Effenberger



Es hätte auch anders kommen können: „Ich werde Eure Farben achten und ehren, wenn sie es verdienen, wenn sie nicht mehr eine müßige oder knechtische Spielerei sind. Pflanz die schwarz-rot-goldne Fahne auf die Höhe des deutschen Gedankens, macht sie zur Standarte des freien Menschentums, und ich will mein bestes Herzblut für sie hingeben“ schrieb Heinrich Heine im Vorwort zu „Deutschland, ein Wintermärchen“. Er war ein Dichter, der Deutschland geliebt und an ihm gelitten hat wie kaum ein anderer. Deutschland lieben heißt für mich, daran arbeiten, daß die oben beschriebenen deutschen Zustände geändert werden. Aber erst dann könnte ich die deutschen Farben zeigen. Dann wird die Fahne aber sicher auch weitere Zeichen tragen, die die Veränderung deutlich machen. Zum Beispiel Hammer, Zirkel und Ährenkranz, an die sich so manche im Osten in diesen Wochen erinnern haben. Dann könnte ich mit Brecht sagen:

Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wirs
Und das liebste mags uns scheinen
So wie andern Völkern ihrs.

Fritz Dittmar, Hamburg

Eingesandt von H. Jürgen Grebin, Rostock



Zu Gast bei Freunden: Stacheldrahtverhau zu Ehren von George W. Bush am Luxushotel in Heiligendamm. Helmut Schmidts überzogene Abschirmung beim DDR-Aufenthalt (Güstrow) war demgegenüber ein Klacks.

Immer wenn es darum geht, die DDR als Diktatur zu verunglimpfen, wird die Opferkeule geschwungen. Mit dem Begriff „Opfer der DDR“ wird eine unselige Politik betrieben.

Die BRD hat alles darangesetzt, anhand von tatsächlichen oder vermeintlichen Einzelschicksalen pauschalisierend den Unrechtscharakter des Staates DDR zu beweisen. Alle Register werden gezogen. Spezifische Gruppen (z. B. „AG 13. August“, Stiftungen verschiedener Art, „Astak“, Antistalinismusvereine, „unabhängige“ Vereine zur Geschichtsaufarbeitung, „OFB“ usw.) werden mit Steuermitteln gesponsert und mit gutem Timing als „Zeugen des Unrechts“ aufgerufen.

Ein knappes Dutzend „Bürgerrechtler“ wird immer dann ins Rampenlicht gerückt, wenn es opportun erscheint, mit der „authentischen“ Opferdarstellung berechnete Forderungen der Ostdeutschen zurückzudrängen und einen Vergleich der heutigen Realität mit den Erlebnissen, Erfahrungen und dem Leben in der DDR zu verhindern.

Mit Hilfe des westdeutschen Gesetzgebers (1. SED-UnBerG vom 29. 10. 1992, BGBl. I 1992) hat die BRD etwas getan, was wohl internationalen Gepflogenheiten zuwiderläuft, aber dem grenzenlosen Haß auf die DDR entsprang. Sie hat Rechtsbrecher zu Helden erklärt. Das betraf z. B. Personen, die Terrorakte, Menschenhandel, Kriegsverbrechen, Geheimnisverrat u. a. begangen hatten. So wurde der Terrorist, der in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) ein Ehrenmal für die gefallenen Sowjetsoldaten in die Luft jagen wollte, ein Held. Man stelle sich vor, es würde jemand das Luftbrückendenkmal in Berlin sprengen! Was für ein Aufschrei ginge durch das Land.

Wer vorgibt, ein konsequenter Terrorbekämpfer zu sein, darf Terrorhandlungen nicht tolerieren.

Der DDR-Marinemaat, der unter Anwendung der Schußwaffe ein Kriegsschiff entführte, um es einer fremden Macht zu übergeben, wurde zum Helden erklärt, der sich wehrende Kommandant verfolgt. Ich kann mir vorstellen, daß ein solcher Terrorist in der US-Marine kein langes Leben gehabt hätte.

Ein Staat, der überführte und verurteilte Verbrecher aus politischen Gründen nachträglich zu Helden umstilisiert, darf sich nicht wundern, wenn die Rechtswerte und die Achtung vor dem Gesetz immer tiefer sinken.

Was als Zäsur für den Rechtsstaat propagiert wurde, hat sich als Aushöhlung und Niedergang des Rechtsstaates erwiesen.

„Opfer“ im juristischen Sinne kann nicht sein, wer nachgewiesenermaßen eine Handlung begeht, die nach den geltenden Gesetzen strafbar ist und dessen Verfahren nach den Normen des Prozeßrechts durchgeführt wurde oder wird. Andernfalls würde das Strafrecht total ausgehebelt werden. Demnach ist der Begriff „Opfer“ an objektive Kriterien und nicht an das subjektive Empfinden des Betroffenen gebunden oder gar nach dem Maß von Politikern zu messen.

Leider wird jedoch die Geschichte der DDR subjektiv beurteilt und damit die objektive Wahrheit verdrängt.

Da die DDR keine Konzentrationslager betrieb, keine sogenannten Gulags besaß, keine Folterstätten wie Abu Ghreib oder Guantánamo unterhielt, kein Folterschiff außerhalb der Hoheitsgewässer hatte, keine Häftlinge per Flugzeuge in Folterstaaten überführte, niemandem einen Sack über den Kopf stülpte, Käfige nur im Tierpark verwendete, keine Hunde auf zu Vernehmende hetzte, keine Elektroschocks praktizierte und nach internationalem Standard mit Häftlingen verfuhr, muß nun eine Untersuchungshaftanstalt des MfS in Ermangelung des Vorgenannten als Zeugnis der „Unmenschlichkeit“ des „SED-Regimes“ herhalten.

Die schlimmsten von der DDR verfolgten Massenmörder saßen dort ein. So der KZ-Arzt Fischer, der Juden in Auschwitz ins Gas schickte. Oder der SS-Offizier, der im französischen Oradour Frauen und Kinder erschießen ließ und eigenhändig erschoss. Es waren auch Gewaltverbrecher aus der DDR wie der skrupellose Neubrandenburger Kindermörder darunter, Terroristen, Menschenhändler und natürlich Spione aller Schattierungen.

Sicherlich gab es dann und wann einen Unschuldigen. Man nenne mir eine deutsche U-Haftanstalt, wo es das nicht gibt! Es wäre schon interessant zu erfahren, wie viele unschuldige Menschen jährlich in deutschen U-Haftanstalten eingeliefert werden. Der Oberst des MfS Erich Gaida saß z. B. 18 Monate in einer westdeut-

Die Stunde der Heuchler und Biedermänner (2 und Schluß)

Das ist von der Sache her zwar lächerlich, hat aber Methode.

Wenn schon eine Untersuchungshaftanstalt als Gedenkstätte gebraucht wird, dann wäre Moabit viel geeigneter, da geschichtsträchtiger.

In Hohenschönhausen wurde unter DDR-Regie niemand hingerichtet. Da haben andere deutsche Haftanstalten mehr zu bieten.

Da die Vertreter der BRD und anderer Staaten dort ein- und ausgingen, war doch kaum etwas zu verbergen. Sie hätten damals die Möglichkeit gehabt, festgestellte oder übermittelte Unregelmäßigkeiten oder gar Menschenrechtsverletzungen den zuständigen Organen der DDR, der Bundesregierung oder internationalen Gremien anzuzeigen.

U-Haftanstalten sind in aller Welt Durchgangseinrichtungen. Die Häftlinge kommen und gehen, und jeder sieht seine Situation anders. Die Ungewißheit über den Ausgang des Verfahrens zerrt an den Nerven, und manche drehen durch. Warum gibt es denn in Moabit so viele Selbsttötungen? In jeder U-Haft herrscht ein Regime des Zwanges, schon alleine deshalb, weil die Freiheit entzogen ist.

Wenn man die Gruselstories über Hohenschönhausen hört, könnte man zu der Auffassung gelangen, die dort Eingesperrten wären samt und sonders Engel gewesen.

Es ist sicherlich an der Zeit, einmal darzulegen, wer aus welchen Gründen in dieser U-Haftanstalt arretiert wurde und wie viele von denen später die Bekanntheit der Haftanstalten der BRD machen mußten. Eines dieser „Stasi-Opfer“ wurde z. B. wegen Polizistenmordes in Spanien hingerichtet.

schen U-Haftanstalt, bis ein Gericht ihm bescheinigte, keine Straftat begangen zu haben.

Jene, die heute im Zusammenhang mit Hohenschönhausen von „Stasi-Mördern“, „Stasi-Schergen“, „Folterern“ u. a. schreiben und das selbst zum Wahlkampfthema hochspielen, müssen ein miserables Verhältnis zum Rechtsstaat BRD allgemein und zur BRD-Justiz im Besonderen haben.

Niemals in der deutschen Geschichte wurde ein Geheimdienst in so kurzer Zeit so total entblößt, wie es dem MfS passierte. Alles liegt offen zutage. Ganze Heerscharen von ZERV-Ermittlern und aus Westdeutschland eingeflogenen Staatsanwälten haben jahrelang in den Akten gewühlt und praktisch nichts gefunden. Wo nichts ist, kann auch der fanatischste Staatsanwalt nichts hervorzaubern.

Den angefeindeten und geächteten Mitarbeitern des MfS ist praktisch von der anderen Seite bescheinigt worden, daß sie nach Recht und Gesetz gehandelt haben.

Was jetzt wieder einmal vom Stapel gelassen wird, ist eine Mischung aus Wahrheiten, Halbwahrheiten, Lügen, Verzerrungen und Verschweigen. Die meisten Behauptungen sind juristisch ohne jeden Beweiswert. Die Heuchler und Biedermänner, die alles inszenieren, wissen das natürlich selbst. Jede neue Welle der Verurteilung der DDR und ihrer Organe verfolgt nur ein Ziel: von eigenen Problemen und Gebrechen abzulenken.

Für die Wahrheit über die DDR zu kämpfen ist unter den heutigen Bedingungen und bei den realen Machtverhältnissen sehr schwer. Aber es lohnt sich um der Ehre und der Zukunft willen.

Dr. Günther Sarge

Nach Redaktionsschluß:

Israels Luftterror gegen Libanon beschwört Erinnerungen an finsterste Zeiten

Mit einer Brutalität ohnegleichen ist Israels zionistischer Machtklüngel – einschließlich der Sozialdemokraten, die den Kriegsminister stellen –, über das libanesisches Volk hergefallen. Unter dem Vorwand, zwei durch Hisbollah-Milizen entführte eigene Soldaten freipressen zu wollen, wurde ein Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen von einem Tag zum anderen mit Bombenterror überzogen. Hunderte Männer, Frauen und Kinder sind bereits ermordet worden. Beirut, eine der schönsten Städte des Nahen Ostens, wird systematisch in Schutt und Asche gelegt. Seine Infrastruktur ist bedrohlich getroffen worden.

Das Wüten der israelischen Staatsterroristen, deren amoklaufende Soldateska ein antisemitisches Blutbad unter Arabern anrichtet, ruft unwillkürlich die Erinnerung an von der deutschen Wehrmacht begangene Greuel wach.

Vor aller Augen geschehen ungeheuerliche Verbrechen. Die Regierung der Vereinigten Staaten billigt und unterstützt sie massiv. Bushs UNO-Botschafter Bolton hat im Regierungsauftrag versichert, Washington lehne Kofi Annans Vorschlag ab, einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schweigt zur Aggressi-

on, deckt sie bewußt und macht sich mitschuldig. EU-Chefaußenpolitiker Solana – der frühere NATO-Generalsekretär, der Belgrad bombardieren ließ –, küßte bei einem Aufenthalt in Jerusalem demonstrativ die israelische Außenministerin, während zur gleichen Zeit die Kampfmaschinen der Zionisten ihre tödliche Last ausklinkten.

Millionenfacher Protest, der zum Sturm anwachsen muß, ist das Gebot der Stunde. Hände weg von Libanon! Die verantwortlichen Politiker des Staates der Luftterroristen gehören als Kriegsverbrecher vor das Gericht der Völker! Wie einst die Anführer der Hitlerfaschisten.



„Es kann schon sein, daß Du Lateinamerikaner, Araber, Afrikaner und Asiaten geschaffen hast. Aber ich – George W. Bush – lasse sie alle über die Klinge springen.“
Aus „Proletären“, Göteborg

Ständig bin ich einer aufdringlichen Belästigung ausgesetzt, dem Moloch Reklame. Aus dem Radio tönt sie mir schon beim Aufstehen entgegen. Stapelweise fällt sie mir in die Hand, wenn ich den Briefkasten öffne. In Zeitungen und Zeitschriften überwuchern Kaufanreize die Berichterstattung. An Fassaden der Häuser, an Laternenmasten und Plakawänden verschandelt Reklame ganze Stadtbilder. Ins Fernsehen, vor allem ins private, dringt sie als Störenfried ein, durchsetzt selbst Spielfilme mit mehr oder weniger geistlosen Spots. Nachts weckt mich mein Faxgerät mit störenden Werbebotschaften. Callcenter wollen mir angeblich todsichere Lotteriebeteiligungen aufschwätzen. Und mein Computer ist zur Halde für Werbemüll geworden.

Das ist Psychoterror, denn dagegen schützen kann ich mich nicht, es sei denn, ich verweigerte mich jeglicher Teilnahme am normalen Leben. Das heißt, ich verzichte auf das Radiohören, bestellte Zeitungen und Zeitschriften ab, verplombe meinen Briefkasten, ginge nicht mehr aus dem Haus, legte Telefon, Internetanschluß und Faxgerät still und gäbe jeglichen Fernsehkonsum auf. Nur – wer kann das schon?

Also bleibe ich der permanenten Nötigung durch eine Reklame ausgeliefert, deren Niveau mich beleidigt. Da belästigen mich Saturnmärkte mit dem Spruch „Geiz ist geil.“ Abgesehen davon, daß ich hier mit einem dem Straßenstrich entlehnten Jargon angemacht werde, scheinen die Werbestrategen des Discounters mit der Logik auf Kriegsfuß zu stehen. Ein Geizkragen gibt doch sein Geld nicht aus, sondern hält es krampfhaft beisammen. Das aber kann nicht die Absicht von Saturn sein.

Oder, da strapazieren die Mediamärkte meinen Geist mit der Parole „Ich bin doch nicht blöd.“ Soll heißen, wer nicht bei Media, sondern anderswo kauft, ist ein Idiot.

Der Hagebaumarkt kommt mir gleich per Du, so als hätten wir uns verbrüder, und zwar mit dem Rotlichtmotto: „Mach Dein Ding.“

Selbst Unternehmen, die der Premiumklasse zugerechnet werden, beteiligen sich an solchen dubiosen Praktiken. Seit Monaten wirbt die Deutsche Bank Abend für Abend mit dem Slogan, sie biete „Leistung aus Leidenschaft“. Nanu, sage ich mir, lassen sich die Finanzbosse neuerdings von Gefühlen leiten? Nicht mehr von der Sucht nach Maximalprofit? Sollte sich Herr Ackermann etwa so gewandelt haben, oder will er mich nur für dumm verkaufen? Mode geworden ist es in der Werbung, die Marktwirtschaft als eine Art Wohltätigkeitsveranstaltung karitativer Anbieter auszugeben. Citroen z.B. verspricht die „Ersparnis von 5000 Euro“ beim Kauf eines neuen Autos. Renault suggeriert, man zahle „5000 über Wert“ für einen Gebrauchten. Wer bei Praktiker kauft, kommt angeblich in den Genuß von „20 % Rabatt auf alles“ und kann mit einer Minderausgabe von durchschnittlich ein-tausend Euro beim Kauf eines Fernsehers rechnen. Thomy preist einen sogenannten „Bonus-Pack“ von ebenfalls 20 % an. Natürlich

steckt hinter den meisten Zusicherungen irgendein Schwindel.

Im Gange ist auch eine Inflation an Gewinnspielversprechen. Wie unseriös solche Veranstaltungen oft sind, kann man meist schon an den Fragen erkennen, die einem zur Beantwortung vorgelegt werden. Solche nämlich, die selbst Alphabeten unterfordern. So am Oster-sonntag 2006 in der Sendung „Nur die Liebe zählt“ mit der Frage: Was versteckt der Osterhase, Steine oder Eier? Wer so etwas erfindet, muß seine Kunden doch für total verblödet halten. Eine beliebte Masche ist es, den Erzeugnissen, für die geworben wird, hochtrabend klingende Attribute zu verleihen, die beim Kunden den Eindruck höchster Qualität hervorrufen sollen. So wirbt Theramed mit einer „Dent Repair Technology“, Nivea mit einem „Q-10-Plus-Faktor“ und der Weiße

mehelden goldene Nasen machen. Allen voran Herr Beckenbauer, den ich im Laufe der Zeit als Sprücheklopfer bei zig Marken erlebt habe, so bei Yello-Strom oder Toyota oder Erdinger Weizen-Bier.

Und warum ich Aktien kaufen soll, die mir ausgerechnet der Sportreporter Johannes B. Kerner empfiehlt, will nicht in meinen Kopf. Ein Heer geprellter Kleinaktionäre denkt noch immer verbittert an Aktienverluste, die auf das Konto des Telecom-Trommlers Manfred Krug gehen.

Überträgt das Fernsehen Sportereignisse, werden mir diese nicht von den Sendeanstalten „präsentiert“, sondern von Anbietern, die weder mit Sport noch mit Medienarbeit etwas zu tun haben. Oft sind es Alkoholproduzenten. Daß sich Krombacher, Hasseröder, Bitburger oder auch Rotkäppchen als Werbeträger für Fußball oder Skispringen ausgeben, ist

Über die Verlogenheit bundesdeutscher Werbung Schwindel aus Leidenschaft

Riese mit einer „Oxi-Energie“. Bei Odol ist es ein „Frischesiegel“. Livocab bietet eine „Antiheuschnupfenformel“ und Persil eine „Antigraufarmel“ an. Alles Termini, die beim Kunden Vertrauen und Kauflust aufbauen sollen.

Natürlich kann Werbung für Interessenten von Nutzen sein, wenn Gebrauchseigenschaften und Anwendungshinweise verständlich erläutert werden. Das aber geschieht nur selten. Selbst Anleitungen zur Selbstmontage sind oft so fachidiotisch abgefaßt, daß bei einem Fernseh-test sogar Chefs von Herstellern außerstande waren, ihre Erzeugnisse ordentlich zu installieren. In der Fernsehreklame hat sich darüber hinaus eine Verschlüsselung von Werbebotschaften breitgemacht, die nur mittelbar eine Beziehung zum beworbenen Erzeugnis erkennen läßt. Ein Beispiel: Wildschweine überqueren eine Landstraße, eine Sau mit ihren Frischlingen, ein Junges bleibt zurück, wartet bis die Mutter es ruft. Ich denke an eine ADAC-Belehrung für Kinder oder auch an Tierschutzwerbung. Mitnichten, ganz am Schluß rollt ein Smart in die Szene. Es geht um Mercedes. Bildwechsel: Ein Mann, als Westernheld kostümiert, betritt eine Saloon-Bar, fuchelt mit dem Colt, verlangt einen Drink, den „aber zum Nulltarif“. Vom Wirt erfährt er, daß es so etwas nur bei Fielmann gibt.

All diese Pseudofilmkunst kostet viel Geld, was selbstverständlich in den Preis der Waren eingeht, soweit sie nicht als Werbung ohnehin von der Steuer abgesetzt werden kann. Und dann dieser Personenkult, bei dem sich Promis als Reklame-

grotesk. Was für eine unsinnige Anmache der Zuschauer! Fehlt nur noch, daß Laxo-rol oder Pampers künftig Übertragungen aus dem Bundestag „präsentieren“.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die Sprache der Werbung. Normales Deutsch kommt da selten vor. Offenkundig trauen viele Hersteller nicht der natürlichen Anziehungskraft ihrer Erzeugnisse. Warum ist der Reklamejargon zu einer wahren Orgie der Steigerungsformen verkommen? Alles ist super, ultra und mächtig, megastark, Spitze, affengeil, einmalig, bombig, prächtig, hochkarätig, toll und steil, gigantisch, großartig, phantastisch, herausragend, echt bombastisch.

Längst haben sich die politischen Parteien den manipulativen Sog der Werbung zu eigen gemacht. Merkels Wahlkampf im Herbst 2005 unterlag völlig deren Gesetzen. Städte und Dörfer verwandelten sich in bloße Kulissen billigster Politplakatierung, die Anhimelung auch kleinster Kaliber überschlug sich, die Botschaften waren genauso marktschreierisch und nichtssagend wie die Werbung für Waschmittel und Elektrogeräte. Machen wir die Probe aufs Exempel: „Das Wichtige tun!“, mahnte die SPD. „Deutschland kann es besser!“, tönnte die CDU. Und die Grünen erfanden die tiefsinnige Losung: „Europa, weitermachen!“

In der DDR gab es einen Kabarettisten, der die sichtagitorischen Stilblüten von damals mit dem Spruch karierte: „Vorwärts zu allem Möglichen!“ Daran muß ich denken, wenn mir die Politwerbung von heute begegnet. **Eberhard Fensch**

Arbeiterrechte – Markenzeichen des „Unrechtsstaates“ DDR

Bruchstücke. Arbeit und Recht im Spiegel einer Zeitschrift 1969 bis 1989. So heißt ein im Oktober 2005 veröffentlichtes Buch von Brigitte Udke, der langjährigen Chefredakteurin der DDR-Zeitschrift „Arbeit und Arbeitsrecht“ (AuA). Am 1. März 1946 erschien zunächst die Zeitschrift „Arbeit und Sozialfürsorge“ in der sowjetischen Besatzungszone. Später erhielt das Blatt den Namen „Arbeit und Arbeitsrecht“ und stand allen Betrieben, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen der DDR zur Verfügung. Sie informierte über arbeitsrechtliche Regelungen, soziale Sicherheit, betriebliche Leitungstätigkeit, Mitwirkung der Werktätigen, gewerkschaftliche Rechtsberatung, wissenschaftliche Arbeitsorganisation, Tätigkeit der Konfliktkommissionen, Frauenförderung, Rechtserziehung und Rechtspropaganda.

In einer Art Chronik dokumentiert B. U. die letzten 20 Jahre der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung der DDR. In ihrer Zeitschrift widerspiegeln sich all die durchlebten Erfolge, Probleme und Widersprüche, die es bei der Gestaltung des Arbeits- und Wirtschaftslebens der DDR unter den Bedingungen des kalten Krieges gab. Die Autorin zieht das Fazit: „Der DDR-Staat hat im Bemühen, die proklamierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verwirklichen, regelmäßig – im Rahmen der relativ bescheidenen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten – erhebliche soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung durchgesetzt. Es konnte mit großen ökonomischen Anstrengungen ein sozialer Status für alle Bürger gesichert werden, der für die Menschen vieler anderer Länder Europas vorbildlich war.“

1984 warnte „AuA“ mit folgenden Worten vor der Massenarbeitslosigkeit in der BRD: „Bewußt werden die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit bagatellisiert und diese auf ‚individuelles Versagen‘ der Betroffenen selbst zurückgeführt. Das gipfelt nicht selten in solchen Feststellungen wie der vom ‚bezahlten Urlaub‘ oder von der ‚Hängematte für Faulenzer‘. Mit der These, ‚Arbeitslosigkeit darf nicht attraktiver sein als Arbeit‘, verdrehen die Monopole die Tatsachen und rechtfertigen die Rotstiftpolitik im sozialen Bereich ...“

Brigitte Udke meint: Die DDR habe nicht verhindern können, daß immer mehr Menschen den verlockenden Lösungen von der Überlegenheit der D-Mark und dem Gerede von „Freiheit, Demokratie und Reisen in alle Welt“ erlegen seien, womit sie letztlich die Existenz ihres Staates aufs Spiel gesetzt hätten.

Neben vielen anderen Errungenschaften der DDR wurde in „AuA“ die Tätigkeit der Konfliktkommissionen hervorgehoben: „Die Veröffentlichungen zur Tätigkeit der KK in den Betrieben und Verwaltungen veranschaulichen eindrucksvoll die Erfolgsgeschichte dieser neu geschaffenen gesellschaftlichen Organisationsform der

Rechtsverwirklichung. Sie zeigen, in welchem Umfang die Arbeiter und Angestellten unmittelbar an der Durchsetzung des Arbeitsrechts mitwirken konnten.“

Besonders hebt B. U. die Förderung von Frauen und Müttern in der DDR hervor: „In den 40 Jahren DDR-Entwicklung sind Generationen fachlich qualifizierter, engagierter und selbstbewußter Frauen herangewachsen, die ihr Leben weitgehend in ökonomisch-finanzieller Unabhängigkeit gestalten konnten.“

Zuletzt eine Frage: Warum wählte Brigitte Udke den Titel „Bruchstücke“? Sie selbst

sagt: „Das sind Steine des Anstoßes ... Es sind Belegstücke für Bewahrenswertes, für das, was man nicht einfach beiseite schiebt oder unbesehen wegwirft, worüber man nachdenken muß, woraus Schlüsse zu ziehen sind, was für die Zukunft aufzubereiten ist. Es sind Wegzeichen des Aufbruchs, des Neuanfangs, Anstöße fürs Weiterdenken.“

Ernst Möwis

Brigitte Udke. *Bruchstücke*, Huss-Medien GmbH, 10400 Berlin, 2005, 146 Seiten mit 31 Seiten Anhang, 9,80 Euro (zzgl. Porto und Versandkostenanteil), Bestellnummer 33 496 666 660

Neuer Reichsarbeitsdienst?

Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke ... Er ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt“, hieß es im Paragraphen 1 des Gesetzes der faschistischen Reichsregierung zur Schaffung des RAD vom 26. Juni 1935.

An dieses Gesetz und seine Auswirkungen während der Zeit der Nazidiktatur in Deutschland fühlt man sich erinnert, wenn man erfährt, wie sich der CSU-Politiker und arbeitsmarktpolitische Obmann der Unionsfraktion im Bundestag, Stefan Müller, den Einsatz von Millionen Arbeitslosen vorstellt: „Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich jeden

Morgen bei einer Behörde zum ‚Gemeinschaftsdienst‘ melden und werden dort zu regelmäßiger, gemeinnütziger Arbeit eingeteilt – acht Stunden pro Tag, von Montag bis Freitag. Wer sich verweigert und nicht erscheint, muß mit empfindlichen finanziellen Einbußen rechnen.“

Es ist unerhört, daß sich ein Bundestagsabgeordneter einer der Hauptparteien des Kapitals, die die politische Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit tragen, auch noch traut, faschistoide Vorschläge zur weiteren Erniedrigung von Millionen Menschen zu machen.

Aus „Die Rote Spindel“, Kreiszeitung der DKP Nordhorn, 17. 6. 06

Wenn es andersherum gekommen wäre ...

Eberhard Fensch hatte eine verführerische Idee. Der erfahrene Agitationsfachmann mag schon lange darüber nachgedacht haben, was man dem kräftig blasenden antikomunistischen Wind entgegenhalten könnte. Sein bei Spotless erschienenen Büchlein „Geheimakte ‚Werderscher Markt‘“ könnte sich als Treffer erweisen, wenn es denn genügend Leser fände, die das Gelesene auch weitergeben. Vor allem an junge Leute, denn die Lektüre ist spannend wie ein Krimi: Ein brisantes Geheimpapier wird unter ominösen Umständen einer vielgelesenen Illustrierten zugespielt. Es handelt sich nicht um einen dilettantischen Bluff. Man sieht gleich – der anonyme Absender ist ernst zu nehmen. Er wäre unter Umständen bereit, läßt er durchblicken, eine bislang nicht an die Öffentlichkeit gelangte Top-Secret-Akte aus dem Panzerschrank des Generalsekretärs des ZK der SED zur Veröffentlichung anzubieten.

Kaum zu glauben: Die DDR hatte tatsächlich vor, die BRD eines Tages zu übernehmen ... Wie gut, daß es andersherum gekommen ist, denn was wäre da den BRD-Bürgern alles zugemutet worden: Volksbefragungen, Volksentscheide, Auflösung

der politischen Parteien der BRD, Eingliederung der Bundeswehr in die Nationale Volksarmee, Versetzung der Generalität in den Ruhestand, gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, Recht auf Arbeit, Staatsanwaltschaften über ihre Mitwirkung an Straf- und Arbeitsrechtverfahren – von Bildung, Wissenschaft und Kultur gar nicht erst zu reden. Dieser Skandal muß an die Öffentlichkeit, beschließt die Redaktion. Doch mitten im Abdruck – einige Kapitel sind bereits erschienen – fällt plötzlich die Entscheidung: Ende der Vorstellung! Man hat begriffen: Anderthalb Jahrzehnte nach der Niederlage der DDR wurde deren Programm in Millionenauflage unter Volk gebracht ...

Die Geschichte ist natürlich frei erfunden, ihr Kern jedoch war Alltag in der DDR. Mit Höhen und Tiefen, versteht sich. Diese Wahrheit weiterzutragen ist das Anliegen des Autors. Die „RotFuchs“-Leser stehen auf seiner Seite.

Bruni Steiniger

Eberhard Fensch. *Geheimakte „Werderscher Markt“*. Spotless-Verlag 2006, 94 Seiten, 5,10 Euro, ISBN 3-937943 24 2

Das ND veröffentlichte am 20./21. Mai 2006 einen Artikel aus der Feder von Dr. Jörn Schüttrumpf, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Leiter des Dietz-Verlags. Er trug die Überschrift: „Die Bolschewiki und die Reformfähigkeit des Sozialismus“.

Mit verschwommenen Redewendungen versucht der Autor, Wissenschaftlichkeit und Objektivität vorzutäuschen. In Wahrheit stellt er die schwierige und wechselvolle Geschichte der Sowjetunion jedoch in trübem Licht dar, wobei er bestimmte historische Tatsachen und Ursachen außer acht läßt. Daß es der jungen Sowjetrepublik schwerfallen mußte, in einem kapitalistisch gebliebenen Europa zu überdauern, ist ein geschichtliches Axiom. Die Hoffnung Lenins, daß sich wenigstens die deutsche Revolution der russischen anschließen würde, erfüllte sich nicht. Wenn Rosa Luxemburg schrieb, daß sich nicht Rußlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung seiner historischen Mission für den Verlauf der russischen Revolution als ausschlaggebend erwies, daß diese in ihren Schicksalen völlig von den internationalen Ereignissen abhängig war, dann hatte sie damit natürlich recht. Hätte die deutsche Sozialdemokratie nicht das Gegenteil dessen getan, was sie hätte tun müssen, nämlich den kriegslüsternden deutschen Imperialismus zu beseitigen und den Weg zum Sozialismus einzuschlagen, dann wäre die Geschichte völlig anders verlaufen. Dann wäre denkbarerweise Deutschland, wie Lenin bemerkte, das Land gewesen, sozialistisches Beispiel zu sein. (Lenin, 31, S. 5/6)

Für Rußland war es aufgrund seiner ökonomischen Rückständigkeit außerordentlich schwer, den richtigen Weg zum sozialistischen Aufbau zu finden. Die diesbezüglichen Diskussionen in der bolschewistischen Partei entsprachen der Situation, waren legitim und nur bedingt einer Kritik zu unterziehen. Verurteilenswert sind jedoch die Versuche des internationalen Kapitals und seiner politischen Kostgänger, die junge Republik in der Wiege zu erwürgen, sie mit Krieg und Bürgerkrieg zu überziehen. Die Frage, die 1917/18 für die Partei der Bolschewiki stand, war klar und eindeutig. Sollte die schwer erkämpfte, mit einer historischen Chance verbundene Übernahme der Macht abgetreten werden, oder galt es sie zu nutzen, um Wege zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu suchen. Lenin und die Partei fanden diesen Weg nach vielen inneren Auseinandersetzungen zunächst in der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), die unter anderem beinhaltete, kapitalistische Kräfte für den wirtschaftlichen Aufbau einzuspannen. Lenin sah darin Risiken und Gefahren, wie man in seinen Arbeiten von 1921/22 nachlesen kann. Aber darf man ihm gleichzeitig den Vorwurf machen, der Gefahr der Restauration des Kapitalismus und des Sturzes der Sowjetmacht mit der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes vom März 1921 konsequent begegnet zu sein?

Antisowjetischer Hokusfokus

Lenins Partei war keine „selbsternannte Vorhut des Proletariats“, wie Herr Schüttrumpf schreibt, sondern die in Jahrzehnten gewachsene, durch schwerste Kämpfe gegen zaristische und bourgeoise Kräfte gereifte Partei, die als einzige die richtige Schlußfolgerung aus dem Völkermord des Ersten Weltkrieges gezogen hatte, den Kapitalismus als Quelle des Krieges zu beseitigen. Auch von einem „Abschlachten der größten Söhne der Revolution“ bei Kronstadt konnte keine Rede sein, sondern von der Verhinderung des Sturzes der Sowjetmacht durch fehlgeleitete Bauernsöhne in Soldaten- und Matrosenuniformen, die den Parolen konterrevolutionärer Agitatoren folgten. Lenin selbst schrieb, daß der „Aufstand in Kronstadt ... wirklich ein ganz unbedeutender Zwischenfall (war), der die Sowjetmacht viel weniger bedroht als die irischen Truppen das Britische Reich“. (Lenin, 36, S. 528)

Scharfer Widerspruch muß eingelegt werden gegen die von Schüttrumpf vorge-

brachte Behauptung, daß die Alternative in Sowjetrußland nicht Sozialismus oder Kapitalismus, sondern Entfesselung eines Kapitalismus oder Entfesselung des Staates gewesen sei. Wörtlich liest man bei ihm: „Unter den Bedingungen Rußlands hieß das gleichwohl, wie sich bald herausstellte: Kapitalismus oder Barbarei? Das war das Dilemma.“ Der ND-Autor versteht seine angebliche Alternative Kapitalismus oder Barbarei zwar mit einem Fragezeichen; doch dies hebt die Infamie nicht auf. Führt man seine Behauptung fort, dann wären der unter schwierigen äußeren und inneren Bedingungen erfolgte Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Sowjetunion und die Befreiungstat der Sowjetarmee zur Vernichtung der faschistischen Unterjocher Europas im Zweiten Weltkrieg mit Barbarei gleichzusetzen.

Schüttrumpf hat eine Auftragsarbeit abgeliefert, die Historiker aus der Bourgeoisie nicht „besser“ hätten ausführen können.

Dr. Rudolf Dix



Marionettenschau im USA-Senat. Grafik: Ollie Harrington, „Daily World“, New York

Vor 55 Jahren fanden die III. Weltfestspiele in Berlin statt

Die Weltfestspiele 1951 in Berlin lösten bei den Jugendlichen der gerade erst gegründeten DDR Begeisterung aus. Die FDJ-Mitglieder nahmen an ihnen in drei Etappen teil. In dieser Zeit traten Chöre, Ensembles, Volkstanz- und Theatergruppen aus Ländern der ganzen Welt auf.

Die noch kriegszerstörten Straßen Berlins, die überwiegend einen traurigen Anblick boten, erlebten den Schwung und die Fröhlichkeit der deutschen und ausländischen Jugend. Auf Sportplätzen kämpften Athleten aus vielen Ländern um Plätze und Medaillen. Die Berliner hießen die Mädchen und Jungen herzlich willkommen und betreuten sie sehr einfach, aber mit viel Herz, wie es die Nachkriegszeit in den Ruinen von Ostberlin ermöglichte. Wir schliefen auf Stroh, das unsere Gastgeber auf den Böden ihrer Häuser ausgebreitet hatten.

Ich leitete einen Fünfhunderter-Block aus Mecklenburg, dem zahlreiche Studenten der Wismarer Ingenieurschule sowie Arbeiter aus der Mathias-Thesen-Werft angehörten. Es waren disziplinierte, sehr faire Burschen, mit denen es manchen Spaß gab. Wir erhielten Eintrittskarten zu den verschiedensten Veranstaltungen, je nach Geschmack.

Unvergesslich blieb mir der Marsch der Jugend nach Westberlin. Die einstige Hauptstadt Deutschlands war nun eine Viersektorenstadt, in der jeder Siegermacht ein Teil gehörte, also amerikanischem, englischem, französischem und sowjetischem Befehl unterstand. Auch nach der Bildung von BRD und DDR war Berlin eine offene Stadt, deren Sektorengrenzen durch jeden überschritten werden konnten.

Ernst Reuter, der Oberbürgermeister von Berlin-West, lud die Teilnehmer des Festivals durch Flugblätter in die Westsektoren ein. So mancher neugierige Jugendli-

che fuhr mit der S-Bahn auf eigene Faust „rüber“. Die FDJ rief zum gemeinsamen Besuch auf und organisierte auf freiwilliger Basis einen Marsch nach Westberlin. Etwa 50 Leute aus meinem Block nahmen daran teil.

Wir fuhren mit der S-Bahn nach Gesundbrunnen. Mit unseren Liedern zogen wir fröhlich und geordnet in den Westen Berlins. Alles verlief zuerst ruhig und ohne Probleme. Damals war ein Lied in aller Munde:

Laßt heiße Tage im Sommer sein,
im August, im August blühen die Rosen.
Die Jugend der Welt zieht zu Gast bei uns ein,
und der Friede wird endlich geboren sein,
im August, im August blühen die Rosen.
Es singt die Ukraine ihr blühendes Lied,
und Jung-Afrika lacht in der Sonne.
Das siegreiche China ins Stadion zieht
und die Warschauer Maurerkolonnen.
Klatscht beim Spaniertanz Kim aus Korea,
grüßt die Kitty aus Mexiko ihn.
Reichen Hände sich Jimmy und Thea
im August, im August in Berlin.

Wir schmetterten gerade dieses Lied, als uns plötzlich ein großes Polizeiaufgebot, das eine enge Gasse freiließ, den Weg versperrte. Die uniformierten Männer mit Helmen und erhobenen Gummiknüppeln stürmten auf Kommando ihres Chefs in die vor ihnen stehenden Jugendlichen und droschen auf sie ein. Ganz gleich, wohin sie trafen. Sie schlugen mit Wucht von oben runter und rannten Davonlaufenden hinterher, trieben sie sogar auf S-Bahngleise. Niedergeschlagene Mädchen lagen blutend auf der Straße und wurden brutal weiter „bearbeitet“.

Ich hatte Verletzungen an Armen und Beinen. Doch ich half anderen, noch ärger Zugerichtete von den Gleisen zu holen. Wir halfen ihnen zurück in den sowjetischen Sektor. Krankenwagen brachten die Verletzten in das Klinikum nach Berlin-Buch. Dort traf auch meine Mutter ein. Als Gesundheitshelferin betreute sie Jugendliche in Berlin. Nun hatte die Stumm-Polizei, so benannt nach ihrem Chef Dr. Stumm, sie zusammengeschlagen. Mit Schulterblattbruch und Gehirnerschütterung lag sie wie auch ich in diesem Krankenhaus, bis wir nach Mecklenburg zurückgefahren wurden, sie ins Krankenhaus nach Schwerin, ich nach Hause, wo für mich in Wismar das neue

Schuljahr begann. Meine Mutter erzählte mir noch: „Ich sah an einem Haus in Westberlin das Namensschild eines Arztes und lief hinein. Doch der schickte mich sofort ängstlich weg. Damit wollte er nichts zu tun haben. So faßte er die ärztliche Pflicht auf. Den jungen Polizisten, der auf mich einschlug, fragte ich, ob er sich nicht schäme. Ich könnte doch seine Mutter sein. Das rührte ihn nicht.“

Im Krankenhaus Berlin-Buch besuchten uns Rosa Thälmann und andere Genossen. Nach der Vorankündigung erwarteten wir Rosa voller Aufregung. Die Unterhaltung war dann ungezwungen und herzlich. Stephan Hermlins Buch „Die erste Reihe“, in das mir Rosa Thälmann eine Widmung schrieb, hat noch heute einen Ehrenplatz in meiner Bibliothek. Es schildert den Kampf junger Frauen und Männer gegen Hitler, ihre Treue zur Arbeiterklasse, ihren Mut bis zur Hinrichtung durch die Faschisten. Ergreifend setzt es jener jungen Garde ein Denkmal, die Vorbild für meine Generation war.

Dr. Helga Ewert

Redaktionelle Mitteilung



Die langjährigen verdienstvollen Autoren des „RotFuchs“ **Dieter Itzerott** und **Dr. Norbert Pauligk** werden in Würdigung ihrer Verdienste um die Zeitschrift in die Ehrenliste der Redaktion aufgenommen.



Ein Hannoveraner begegnet Pawel Kortschagin

Vor geraumer Zeit erschien im „RotFuchs“ ein Artikel, mit dem eine Rezension des ND „rezensiert“ wurde. Ein offenbar unbedarfter Autor namens Martin Hatzius hatte sich in der „sozialistischen Tageszeitung“ über die Neuverlegung von Nikolai Ostrowskis Buch „Wie der Stahl gehärtet wurde“ ausgelassen. Die Polemik machte mich neugierig auf das Buch.

Ich bestellte es bei einer Buchhandlung in Hannover. Da es nicht vorrätig war, mußte ich ein paar Wochen auf die Lieferung warten. Mit Interesse, Vergnügen und Begeisterung habe ich es dann von der ersten bis zur letzten Seite durchgelesen. Ich bin in der BRD zur Schule gegangen. Am schlimmsten war die Volksschule. Autoritäre und dumme Lehrer versteckten sich hinter Lehrplänen und traktierten die Schüler mit dem befohlenen Lehrstoff. Alles, was Spaß machen könnte – Literatur, Kunst, Sport –, wurde einem durch dumpfe Gängelei verleidet. Aufklärung, Kritik, Selbständigkeit waren den meisten Lehrern Teufelszeug. Sie funktionierten ihrem unausgesprochenen Auftrag gemäß und wollten angepaßten Nachschub für die Fabriken, Büros und Geschäfte liefern. Auf den weiterführenden Schulen wurde es dann besser.

Bei Schülern durch Zwang Freude an der Literatur zu wecken, gleicht der Quadratur des Kreises. Das dürfte auch in der DDR nicht anders gewesen sein. Aber über die schiere Freude am Lesen weist Ostrowskis Buch hinaus. Es bewahrt Geschichte und schärft das Bewußtsein.

Was weiß man im Westen über die Sowjetunion? Lenin fuhr in einem plombierten Eisenbahnwaggon durch Deutschland nach Rußland. Dort machte er Revolution, starb und Stalin kam an die Macht. Der brachte die einen um und steckte die anderen in Lager, schloß einen Pakt mit Hitler, besetzte dann Berlin und gründete die Ostzone. Irgendwie waren dann doch die Russen als erste im Weltraum, und es gab keine Freiheit.

Vergleichbar dumpf wird in den Medien, vor allem im Fernsehen, die Oktoberrevolution dargestellt. Da zogen die Bolschewisten einen blutigen Bürgerkrieg über Rußland, in dessen Verlauf die hochwohlgeborene und geliebte Zarenfamilie ermordet wurde – auch die Kinder! Wer so etwas macht, scheut vor nichts zurück.

Nikolai Ostrowskis Buch stellt richtig. Wer sich darauf einläßt, versteht die Leiden der einfachen Menschen, ihren Mut und ihre Bereitschaft, mit unglaublicher Kraft für eine bessere Welt zu

kämpfen. Stellvertretend wird das Leben Pawel Kortschagins, des Helden des Buches, geschildert: Erst steht er an der Front, dann, nach einer schweren Verwundung, arbeitet er für den Aufbau des Landes. Dafür opfert er seine Jugend, seine Gesundheit und seine Liebe. Er weiß, daß er selbst die Früchte nicht mehr ernten können. Er kämpft für die kommenden Generationen. Ihnen soll die menschliche Gesellschaft nicht mehr vorenthalten bleiben.

ND-Autor Hatzius spürt „Mitleid für diesen fragwürdigen Abenteurer“. Wer Kortschagin für einen Abenteurer hält, der sich aus Langeweile, Ruhmsucht oder Geldgier in Gefahr begibt, übersieht völlig die elenden Verhältnisse, unter denen er und seinesgleichen zu Zeiten des Zaris mus vegetierten. Alles, was Kortschagin durch seinen Einsatz für die Revolution versagt blieb, wäre ihm im feudalen Rußland ebenfalls nicht gegönnt gewesen – allerdings ohne jede Hoffnung auf die Zukunft. Bei der Beschreibung seiner Lebensumstände in frühester Jugend habe ich auch mitgelitten. Als er sich für die Revolution schlagen konnte, war Mitleid unnötig. Er hätte auf einen Phrasendrecher wie Herrn Hatzius voller Verachtung herabgeschaut. Lernen wir auch hier von Kortschagin!

In einem Punkt stimme ich der ND-Rezension allerdings zu: der Behauptung

nämlich, „eine Zeit wie die unsere“ könne „keinen Kortschagin hervorbringen“. Wie schlimm für unsere Zeit! Heute werden Mittelmaß und feige Anpassung produziert, wie der Schreiber des ND exemplarisch beweist.

„Die uneingeschränkte Hinwendung zu ihrer Klasse, zu ihren Genossen, macht Held und Autor nicht nur stahlhart, sondern gleichzeitig erschreckend blind“, meint Hatzius. Die uneingeschränkte Hinwendung der bürgerlichen Klasse, damals wie heute, zu ihren Interessen, ist für den Mann vom ND offenbar kein Problem. Denn jegliches Klassenbewußtsein ist ihm fremd.

Der Dummheit setzt Martin Hatzius die Krone auf, wenn er von Pawel Kortschagins „Ignoranz gegenüber anderen Wahrheiten“ spricht. Es gibt demnach ein buntes Angebot der verschiedensten Wahrheiten. Sie widersprechen sich, aber jede ist gleich gültig. Was für den einen ein Auto ist, ist für den nächsten eine Badewanne.

So liest man im „linken“ ND, Hatzius sei „irgendwie froh darüber, daß es eine zweite Oktoberrevolution nicht geben“ werde. Nun gut, vielleicht nicht im Oktober. Wer Marx ignoriert und heute noch glaubt, der Kapitalismus sei ewig und von Gott gewollt, im Prinzip harmonisch und damit die höchste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, der hat eine verrückte Realitätswahrnehmung. Wenn ein Fortschritt in der Geschichte sein soll, muß der Sozialismus kommen. Alle anderen Versuche führen unweigerlich in die Katastrophe. Zwei Weltkriege zeugen davon.

Es gibt die erklärte Absicht der herrschenden Klasse und ihres willfährigen Fußvolkes, der revolutionären Arbeiterbewegung ihre Geschichten und ihre Geschichte zu rauben. Dieselbe Gefahr bedroht ihre Begriffe und vor allem ihre Alternative, die andere Möglichkeit des Bestehenden.

Nostalgie ist in der Regel wehmütiges Schwelgen im schöngefärbten Vergangenen. Sie tröstet über die Gegenwart hinweg und ist für die bestehenden Verhältnisse mehr oder weniger harmlos.

Kritisches Erinnern, theoretische Orientierung am Marxismus-Leninismus und das Wissen um den Ausweg aus der Misere zeichnen Sozialisten und Kommunisten aus. Deshalb ist der „RotFuchs“ keine Zeitung Ewiggestriger. In ihm wird aufbewahrt, was wert ist, aufbewahrt zu werden, und bekämpft, was wert ist, bekämpft zu werden. Er ist unverzichtbar.

Norbert Kornau



Warum die UNO das BRD-Bildungssystem überprüfen ließ

Es ist wohl bezeichnend für das gegenwärtige deutsche Bildungssystem, wenn sich Beauftragte der UN-Menschenrechtskommission veranlaßt sehen, hierzulande Wesen und Wirkung der als Ländersache geltenden Bildungspolitik zu untersuchen. Grund ist der PISA-Test, der Deutschland schwere Versäumnisse bei der Chancengleichheit in der Bildung und der Förderung von Migrantenkindern bescheinigte.

Hier kommen historische Versäumnisse und die Spätfolgen der Nichtüberwindung faschistischer Ideologie zum Tragen. Im Hitlerregime dienten die Schulen als „Pflanzstätten der kommenden Generationen“. Die anzuerziehenden Eigenschaften der Sämlinge: „Der völkische Staat hat in dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten“, wurde verkündet.

Mit der Einrichtung von Lagern der Kinderlandverschickung (KLV) durch Erlass vom 28. September 1940 verfügte das Regime über „Gewächshäuser“, in denen die „Züchtung“ großflächig betrieben werden konnte. Hitler selbst forderte: „Deutscher Knabe, vergiß nicht, daß du ein Deutscher bist! Mädchen, gedenke, daß du eine deutsche Mutter werden sollst!“ Seine Verheißung: „Aus dem Blute der Besten wächst der Sieg.“

In pädagogischen Begleitheften erläuterten nazitreue Wissenschaftler: So ist überhaupt der Sport nicht nur dazu da, den einzelnen stark, gewandt und kühn zu machen, sondern er soll auch abhärten und lernen, Unbilden zu ertragen. Würde unsere gesamte geistige Oberschicht einst nicht so ausschließlich in vornehmen Anstandslehren erzogen worden sein, hätte sie an Stelle dessen durchgehend Boken erlernt, so wäre eine deutsche Revolution von Zuhältern, Deserteuren und ähnlichem Gesindel niemals möglich gewesen.“ Im Lehrbuch „Geschichte für höhere Schulen“ (1936) wurde das Zuchtziel umrissen: „Alle anständigen Deutschen sind Nationalsozialisten, nur die besten Nationalsozialisten sind Parteigenossen.“ Beiderseits der Elbe bestanden unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Naziregimes

in den Zonen objektiv die gleichen Voraussetzungen zur geistigen Entrümpelung. Nicht in einer einzigen von 649 Schulen Berlins hätte sofort ein ordnungsgemäßer Unterricht beginnen können; 149 waren völlig zerstört, 127 beschädigt, 81 als Lazarette genutzt, 292 ohne Türen und Fenster. Und dennoch erließ der Magistrat bereits am 11. Juni 1945 die „Vorläufigen Richtlinien für die Wiedereröffnung des Schulwesens“ mit der rückblickenden Feststellung: „Das gesamte Lehrmaterial wurde mit dem Ungeist der faschistischen Rassen- und Kriegshetze, Geschichtsfälschungen und Entstellungen unumstrittener wissenschaftlicher Forschungsergebnisse durchsetzt. Dazu kam militärischer Drill und eine von der Hitler-Jugend gezüchtete Mißachtung alles wirklichen Wissens, das nur durch ernstes Studium erworben wird.“

Doch schon schnell wurde erkennbar, daß in den Westzonen die historische Chance außer acht blieb, in Deutschland ein einheitliches Bildungssystem aufzubauen.

Östlich der Elbe hingegen unterzeichneten bereits 1946 die Länder- und Provinzialpräsidenten das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“. Hiermit eröffneten sich für Kinder aus allen sozialen Schichten gleiche Chancen zum Erwerb allgemeiner Bildung. Am 25. Februar 1965 verabschiedete die Volkskammer der DDR das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“, womit die 10klassigen Polytechnischen Oberschulen fortan das Schulniveau bestimmten.

Mit der Annexion des Territoriums der DDR durch die Eroberer aus westdeutschen Gauen ist dieses international an-

erkannte fortschrittliche Bildungssystem zerschlagen worden. Wir wurden auf das Niveau eines dreigliedrigen Schulsystems zurückgeworfen. Die von den Nazis etablierten Hauptschulen sind wieder landesweit verbreitet.

Was war dem Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung der UNO-Menschenrechtskommission in der „hochentwickelten“ Bundesrepublik Deutschland zu präsentieren? Die weltweiten PISA-Tests haben gezeigt, daß der Bildungserfolg eines Kindes in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat so abhängig von der sozialen Herkunft ist wie in Deutschland. Nach der innerdeutschen PISA-Auswertung haben 15jährige Kinder von Akademikern oder Führungskräften selbst bei gleich gemessenen Fähigkeiten in den Basiskompetenzen Lesen/Textverständnis und Mathematik bundesweit eine viermal größere Chance, aufs Gymnasium zu gehen, als gleichaltrige Facharbeiterkinder. Es leben Deutschlands Hauptschulen! Ihre Abschaffung lehnt der Handelskammertagspräsident Ludwig Georg Braun ab: „Damit würden die Probleme schwächerer Schüler nicht gelöst.“ Der Schlüssel liege vielmehr in der individuellen Förderung der einzelnen Kinder.

Wenn ein Volk nach und nach spürbar geistig verarmt, wenn eine Regierung den Geldhahn für die allgemeine Bildung seiner Kinder zudreht, welche Zukunft steht ihnen dann offen? Von einer Verletzung der Menschenrechte ist hier die Rede.

Hans Horn

Neue Zürcher Zeitung, 8. Juni 2006, S. 3

CIA-Papiere über Nazi-Verbrecher freigegeben

Washington, 7. Juni. (ap) Deutsche und amerikanische Geheimdienste wussten schon 1958, dass der Nazi-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann in Argentinien lebte. Das geht aus amerikanischen Dokumenten hervor, die das Nationalarchiv in Washington jetzt freigeben konnte. Doch wurde dem Hinweis nicht nachgegangen, aus Sorge, Eichmann könnte Informationen über Hans Globke liefern – den Verfasser eines Kommentars zu den Nürnberger Rassengesetzen im Dritten Reich. Globke war damals Staatssekretär in der Regierung Bundeskanzler Adenauers und half den USA bei ihren antikommunistischen Aktivitäten in Westdeutschland. Eichmann wurde 1960 vom israelischen Geheimdienst Mossad nach Israel entführt, dort zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet.

In einem Vermerk deutscher Geheimdienstler vom 19. März 1958 an die CIA hiess es, nach gewissen Berichten halte sich Eichmann seit 1952 unter dem Aliasnamen «Clemens» in Argentinien auf. Nach seiner Enttarnung übte die CIA Druck

auf Journalisten aus, um Hinweise auf Globke zu unterdrücken. «Gesamtes Material wurde gelesen. Eine unklare Erwähnung von Globke, die «Life» auf unsere Forderung hin weglässt», schrieb der damalige CIA-Direktor Allen Dulles am 20. September 1960 in einem internen Memorandum, nachdem das Magazin «Life» die Erinnerungen des Nazis erworben hatte. Die Dokumente enthalten auch Informationen über den Fall des früheren SS-Obersturmbannführers Heinz Felfe, der als Mitarbeiter der Organisation Gehlen und später des BND Doppelagent der Sowjetunion war.

Die Veröffentlichung der Dokumente geht auf ein Gesetz aus dem Jahr 1999 zurück, dem sich die CIA widersetzt hatte. Es regelt die Freigabe von Unterlagen der amerikanischen Regierung, die im Zusammenhang mit deutschen und japanischen Kriegsverbrechen stehen. Die Dokumente zu Japan sollen in diesem Sommer einsehbar sein.

Eingesandt von Reinhard Melzer

Als Christ im antifaschistischen Widerstand: Dietrich Bonhoeffer

Kalt und grau war der frühe Morgen des 9. April 1945, als man einen Häftling des faschistischen Vernichtungslagers Flossenbürg, der betend in einer Zelle kniete, aus seiner Andacht riß und herausstieß. Dieser Gefangene, am Tag zuvor auf Befehl Hitlers von einem Standgericht zum Tode verurteilt, wurde zur Hinrichtung geführt. Der Mann, der da sein letztes Gebet gesprochen hatte und nun seinen letzten Gang antrat, war Pfarrer Dietrich Bonhoeffer.

Geboren wurde er 1906 als Kind einer angesehenen bürgerlich-humanistischen Gelehrtenfamilie. Sein Vater war Direktor der Psychiatrischen Klinik der Berliner Charité. Das wohlhabende Elternhaus ermöglichte dem Jungen eine umfassende Bildung, die er an den Universitäten Tübingen und Berlin — dort studierte er Theologie — erwarb. Bereits mit 21 Jahren promoviert und mit 24 habilitiert, war Dietrich Bonhoeffer eine akademische Karriere gewiß. Mit seiner Doktorarbeit, einer Untersuchung zur Soziologie der Kirche, griff er Gedanken auf, die ihn bis zum Ende seines Lebens bewegten: die Frage nach dem Wesen der Kirche und ihrem Auftrag in der Welt. Noch in einer 1944 im Gefängnis entstandenen ergänzenden Arbeit schrieb Bonhoeffer: „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist. Sie muß an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.“

1931 erhielt Dietrich Bonhoeffer die Zulassung als Privatdozent an der Berliner Universität, wurde zugleich Studentenseelsorger an der Technischen Hochschule und außerdem Jugendsekretär des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen“. Daneben übernahm er es, etwa 50 Jungen aus dem Berliner Arbeiterbezirk Wedding Konfirmandenunterricht zu geben. Er zog, um mehr Zeit dafür zu haben, selbst in den Norden Berlins, wo er, der keinerlei Entbehrung kannte, etwas erlebte, was ihn von da ab nicht mehr loslassen sollte: die Not der Proletarierfamilien.

Der Machtantritt der Hitlerfaschisten am 30. Januar 1933 in Deutschland bedeutete auch im Leben des 27jährigen Bonhoeffer einen tiefgehenden Einschnitt. Von Anfang an widersetzte er sich entschieden den Bestrebungen des Naziregimes und seiner kirchlichen Mitläufer, den christlichen Glauben zu verfälschen und die Kirche dem faschistischen Staat gleichzuschalten. Der Scharfblick, mit dem der Theologe die Situation durchschaute, formte seine prinzipielle Opposition gegen die neue Macht in Deutschland. Zudem bewies er, daß ihm Furcht vor ihr fremd

war. Er sprach seine Gedanken stets offen aus. So auch in einem Rundfunkvortrag am 1. Februar 1933, in dem er sagte: „Der Mensch und insbesondere der Jugendliche wird solange das Bedürfnis haben, einem Führer Autorität über sich zu geben, als er sich selbst nicht reif, stark und verantwortlich genug fühlt, den in diese Autorität verlegten Anspruch selbst zu verwirklichen. Der Führer wird sich dieser klaren Begrenzung seiner Autorität



bewußt sein müssen. Versteht er seine Funktion anders ..., dann gleitet das Bild des Führers über in das des Verführers ...“ Kein Wunder, daß man ihm bei dieser unmißverständlichen Sprache das Mikrofon vorzeitig abstellte. Ebenso eindeutig äußerte sich Dietrich Bonhoeffer zwei Monate später in einem Vortrag, den er nach dem Aufruf zum Judenboykott und dem damit verbundenen offenen Angriff gegen die Juden hielt. Eine der Möglichkeiten, dem 3. Reich in die Speichen zu fallen. Mit einem sehr plastischen Bild begründete er später seine Teilnahme als Geistlicher am aktiven politischen Widerstand: „Wenn ein Wahnsinniger auf dem Kurfürstendamm sein Auto über den Gehweg steuert, so kann ich als Pastor nicht nur die Toten beerdigen und die Angehörigen trösten; ich muß hinzuspringen und den Fahrer vom Steuer reißen, wenn ich eben gerade an dieser Stelle stehe.“

1935 übernahm Dietrich Bonhoeffer die Leitung des Predigerseminars der Bekennenden Kirche, das, nachdem es 1937 von

Nazidienststellen geschlossen worden war, von ihm illegal weitergeführt wurde. Schon ein Jahr zuvor war dem Prediger die Lehrbefugnis an der Uni entzogen worden. Später erließ man dann für ihn auch Rede- und Druckverbot. Im Sommer 1939 folgte Bonhoeffer einer Einladung in die USA. Seine dortigen Freunde versuchten, ihn zum Bleiben zu bewegen, doch der Theologe kehrte alsbald nach Berlin zurück.

Er reiste auch mehrfach nach Schweden und war dort an einer Rettungsaktion für 14 jüdische Bürger beteiligt. Aber wiederum kehrte er unbeirrt in seinem Widerstandswillen nach Berlin zurück.

Als er im Herbst 1941 danach gefragt wurde, wofür er eigentlich jetzt bete, antwortete Bonhoeffer: „... ich bete für die Niederlage meines Landes, denn ich glaube, daß das die einzige Möglichkeit ist, um für das ganze Leiden zu bezahlen, das mein Land in der Welt verursacht hat.“

Bonhoeffer hatte mit der ihm eigenen Weitsicht längst erkannt, daß mit einem Sieg Hitlerdeutschlands die „wirkliche Zukunft vertan“ wäre. Im faschistischen Überfall auf die Sowjetunion sah er den Anfang vom Ende. „Da kommt Hitler niemals mehr heraus“, wußte er.

1943 war die Gestapo endgültig auf die bürgerlichen Widerstandskreise, denen sich Bonhoeffer verbunden fühlte, aufmerksam geworden. Schließlich verhaftete sie ihn am 5. April 1943 und lieferte ihn in das Militärgefängnis Berlin-Tegel ein. Ihn quälte anfangs die Frage, „ob es wirklich die Sache Christi sei, um derentwillen“ er sich in Haft befände. Doch sehr bald kam er zu

der Einsicht: „Die Sache, für die ich verurteilt werden würde, ist so einwandfrei, daß ich nur stolz darauf sein dürfte.“ Von der Anklagevertretung war man jedoch zunächst nicht in der Lage, ihm irgend etwas nachzuweisen, was die ursprünglich auf Hoch- und Landesverrat hinauslaufende Anklage rechtfertigte. Deshalb schoben die Nazis die Verhandlung auf die lange Bank. Erst im September 1944 entdeckte die faschistische Justiz einige Beweise für Dietrich Bonhoeffers Beteiligung an der Vorbereitung von Aktionen, die dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vorausgingen. Daraufhin wurde er in den berühmten Gestapokeller in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße überführt und dort verhört. Von Februar bis April 1945 hielten ihn die Faschisten dann im KZ Buchenwald und schließlich im Vernichtungslager Flossenbürg gefangen, wo er am 9. April 1945 ermordet wurde. Sein Andenken lebt in der DDR fort.

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen.

Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt.
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud und Christ.
Es schließe jeder seine Bude
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Wo ihrer drei beisammenstehn,
Da soll man auseinandergehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen,

Es liefre seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildenhaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestraft werden.

Vertrauet Eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

Heinrich Heine

Die Weltbrandstifter

Die Weltbrandstifter zündeln verstärkt.
Sie haben, damit man ihr Tun nicht bemerkt,
den Anlaß in anderer Schuhe geschoben.
Siehe oben ...

Wir Guten. Die Bösen. Sie teilen die Welt
Sie bombardieren, was nicht gefällt!
Und: Man diszipliniert die Vasallen.
Vor allem ...

Tod in Irak und Afghanistan.
Israel greift Palästina an.
Begreift denn keiner, was dort passiert?
Protestiert!

Syrien, Korea, Kuba, Iran.
Welches Land zünden sie morgen an?
Den Kreuzzug des Dollars säumen
Folter und Tod.
Weltkrieg droht!

Die Weltbrandstifter sind ungeniert,
solange ihr Feuer Gewalt gebiert.
Ihr Völker: Die Luntten ausgetreten!
Erst Frieden. Dann beten.

Richard Georg Richter

Was waren die Stoiker?

Bei der Einschätzung eines Menschen hört man mitunter, dieser oder jener besitze eine geradezu „stoische Ruhe“. Gemeint sind Unerschütterlichkeit und Selbstbeherrschung. Dem Beurteilenden ist dabei oft nicht klar, daß das Wort „stoisch“ mit der antiken Philosophie des Stoizismus in Verbindung steht. Um 300 v. d. Z. wurde sie von Zenon aus Kition auf Zypern (336–264 v. d. Z.) begründet, als er in der Stoa, der Athener Säulenhalle, Lehrvorträge hielt. Seine Anhänger, die Stoiker, bildeten die stoische Schule, die mehr als 500 Jahre, vom Frühhellenismus bis zur römischen Kaiserzeit, bestand. Zu ihren bekanntesten Vertretern gehörten u. a.: M. Tullius Cicero (106–43 v. d. Z.), L. Annaeus Seneca (4 v. d. Z.–65 n. d. Z.) und Marcus Aurelius (121–180).

In die gegenwärtige Wertediskussion hierzulande sollte diese alte, aber anspruchsvolle Moralphilosophie durchaus einbezogen werden. Denn manche ihrer Grundsätze haben gerade unter den Bedingungen eines entfesselten Kapitalismus und der ihm entsprechenden Politik nichts von ihrer Anziehungskraft und ethischen Wirkung verloren.

Das Kardinalproblem der antiken Philosophie (auch des Epikureismus) war die Frage nach dem Glück des Menschen. Der Dreh- und Angelpunkt der stoischen Ethik ist der Gattungsbegriff der „Tugendhaftigkeit“. Der „Fürst der Stoiker“, Panaitios, lat. Panaetius (185–109 v. d. Z.), hat dafür auch den Begriff „Pflicht“ geprägt. Klares Denken, einsichtiges Wollen, vernunftgemäßes Tun – so etwa lassen sich die drei Hauptartikel dieser idealistischen Philosophie formulieren, wobei auf den dritten Punkt, das Verhalten in der Praxis, besonderer Wert gelegt wird.

Weshalb die Lehre die Jahrhunderte überdauerte, zu allen Zeiten geschätzt wurde, liegt offensichtlich an ihrer humanistischen Grundidee. Das kommt vor allem in der sozialpolitischen Komponente zum Ausdruck. Dazu gehören die Forderung nach gesellschaftlichem Engagement sowie die Orientierung auf das Gemeinwohl und die politische Mitwirkung. Deutlich kann man das auch bei Cicero in seinem Pflichtenkanon aus dem Jahre 44 v. d. Z. feststellen. Da werden z. B. solche Tugenden wie Tapferkeit, Anstand, Güte, Hilfe für den Mitmenschen, Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit und Gemeinschaftsinn genannt. Auch auf Besonnenheit, Gewaltlosigkeit, Toleranz, Leistungsstreben und Tüchtigkeit wird hingewiesen.

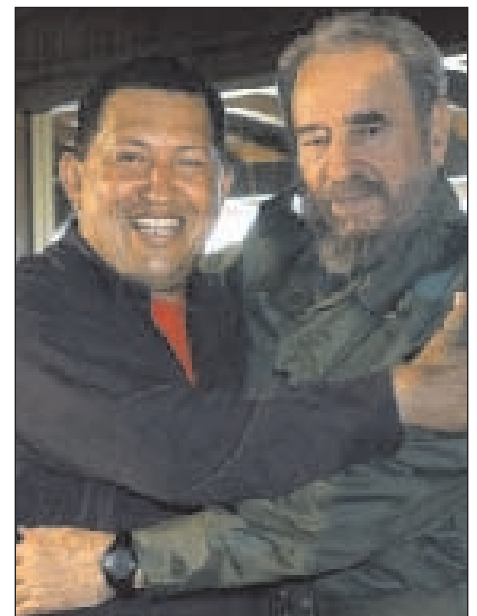
Auf Grund seines Einsatzes für das Volk könnte man den Stoizismus – modern ausgedrückt – als eine „linke“ Philosophie bezeichnen. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen trägt ihre Anwendung (Befolgung, Verwirklichung) objektiv antikapitalistische Züge. Im Sinne der Stoiker heute zu handeln, heißt, sich nicht einer scheinbar aussichtslosen Lage zu ergeben, sondern tapfer und unbeirrt gegen Ungerechtigkeit, Sozialabbau und Armut zu kämpfen. Den

Stoizismus anzuwenden bedeutet, jene Regierenden und die sie tragenden Parteien anzuprangern, die das Volk hinter Licht führen und mit Hilfe des früher positiv besetzten Begriffs „Reform“ Abzocke betreiben.

Da die gegenwärtige große Regierungskoalition das Vermögen der ausgesprochenen Nichtstoiker unserer Tage, und zwar der Großkapitalisten, Magnaten, Milliardäre, unbehelligt läßt, handeln jene Kräfte stoizistisch, die auf die Wiedereinführung der abgeschafften Vermögenssteuer drängen. Die daraus resultierenden Staatseinnahmen könnten für die Sozialsysteme, für Bildung und Infrastruktur – also für das Gemeinwohl – verwendet werden.

Ein Ausdruck echt stoischer Unerschütterlichkeit waren die machtvollen Kampfaktionen des französischen Volkes, das ein unsozialen Arbeitsmarktgesetz hinwegfegte. Solch frischen Wind wünschte man sich auch in Deutschland.

Günther Röska



Am 13. August wird Fidel Castro (hier mit Venezuelas Präsident Hugo Chávez) 80 Jahre alt. Ein großer Revolutionär, ein unerschütterlicher Kommunist, ein stoischer Verteidiger Kubas, ein Bannerträger der internationalen Solidarität.

Neuerscheinungen im August

Waltraud Hagen / Peter Jacobs:
Fidel Castro – Eine Chronik
192 S., Neues Leben, 12,90 Euro

Wenn ich sterbe, wird es keiner glauben. Geschichten über Fidel Castro. Gesammelt und aufgeschrieben von Peter Jacobs.
128 Seiten, Eulenspiegel-Verlag, 9,90 Euro



Zeichnungen: Lydia Kuhn

Ratskeller Leipzig im Neuen Rathaus Anruf 63271

Messe-Speisekarte

Montag, den 30. August 1948

Gebundene Tages-Suppe Blumenkohl-gemüse mit Bratentunke und Kartoffeln Pudding mit Himbeergeschmack (75g Brot-, 5g Fett-, 250g Kartoffel-, 25g Nährmittel-, 12 1/2g Zucker-marke)	2.00
Gebundene Tages-Suppe Gehacktes Kalbsstück, pikante Tunke, Blumenkohl-gemüse, Kartoffeln Pudding mit Himbeergeschmack (50g Fleisch-, 10g Fett-, 75g Brot-, 250g Kartoffel-, 25g Nährmittel-, 12 1/2g Zucker-marke)	2.30
Marken-reine Gerichte Klare Gewürz-Suppe	— .30
1 Schüssel Weißkraut-Eintopf	— .88
Gurken- und Tomaten-salat — .70 Vegetarische Platte	— .75
Gebundene Tages-Suppe (25g Brot-marke)	— .33
Hörnchen in Tomaten-tunke (50g Nährmittel-, 25g Brot-marke)	— .55
Blumenkohl-gemüse (5g Fett-, 50g Brot-marke)	— .95
240g gekoch. Dorsch auf aufgerufene Fleisch-marken, Senf-tunke, Kartoffeln (25g Brot-, 200g Kartoffel-marke oder 200g rohe Kartoffeln)	1.05
Regensburger Würstchen mit Kartoffel-salat (50g Fleisch-, 250g Kartoffel-marke oder 250g rohe Kartoffeln)	1.—
Gehacktes Kalbsstück, pikante Tunke, Blumenkohl-gemüse, Kartoffeln (50g Fleisch-, 10g Fett-, 25g Brot-, 250g Kartoffel-marke oder 250g rohe Kartoffeln)	1.38
Glasierter Kalbsbraten mit Kartoffeln, Gurken- und Tomaten-salat (100g Fleisch-, 10g Fett-, 25g Brot-, 250g Kartoffel-marke oder 250g rohe Kartoffeln)	1.60
Scheibe Brot (50g Brot-marke)	— .02
1 Portion Kartoffeln (200g auf Reifemärken oder Augustmärken)	— .11
Bei Abgabe von rohen Kartoffeln ermäßigt sich der Preis um 3 Pfg.	
Sonstige Speisen	
1 Portion Butter (10g Fett-marke)	— .10
Bierhappen (50g Brot-marke)	— .55
Belegtes Brot mit frischer Wurst (50g Fleisch-marke, 50g Brot-marke)	— .65
Kartoffel-salat, garniert (250g Kartoffel-marke oder 250g rohe Kartoffeln)	— .93
Prager Schinken-wurst mit Kartoffel-salat (50g Fleisch-, 250g Kartoffel-marke oder 250g rohe Kartoffeln)	1.10
Gemischte Wurst-platte mit Kartoffel-salat (50g Fleisch-, 250g Kartoffel-marke oder 250g rohe Kartoffeln)	1.10
Warmes Getränk 1 Tasse Kaffee	— .41
Kalte Getränke	
1 Flasche Brambach Sprudel — .54 Brauselimonade	— .63
Bier, hell 6/20ltr. 6°/o — .87 1 Glas 2 cl. Branntwein 32°/o	2.30
1 Glas Wermut-Alkohol 5° cl.	3.18
1 großes Glas 6 cl. Branntwein 32°/o	6.90

Auf alle Preise 10% Bedienungsgeld

Es wird höflich gebeten, bei Bestellung die betr. Marken bereit zu halten und Reklamationen sofort der Geschäftsleitung zu melden.
Die Bedienung ist berechtigt, gleich zu kassieren und verpflichtet in Pfennigen abzurechnen.
Es wird höflich gebeten, auf die Gardecodex selbst zu achten, da keine Haftung übernommen wird.
L 1066 (Preisgruppe 3)



Wie die Großeltern der Heutigen im August 1948 in einem Leipziger Nobelrestaurant „fürstlich“ speisten. Damals gehörte es zur Normalität, daß die Gäste rohe Kartoffeln beim Kellner abliefern, wenn sie keine Lebensmittelmarken mehr zur Hand hatten.

Zunächst möchte ich mich beim Genossen Klaus Steiniger für seinen Leitartikel zum Thema Nostalgie bedanken. Auch ich bin 1989 als Betonkopf bezeichnet worden, was für mich eine Ehre war. Wie jeder Mensch habe ich Wurzeln, die in meiner Vergangenheit liegen. Schon zur Zeit der großen Krise riefen wir auf kommunistischen Demos: „Hunger im Land und Krieg vor der Tür, Arbeiterkind werd Pionier!“ Oder auch: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. Ich erinnere mich an das Arbeitsamt in Hamburg-Kohlhöfen. Dort mußten alle Erwerbslosen stempeln gehen. Ich habe meinen Vater oft dorthin begleitet. In der Schlange der Wartenden habe ich viel mitbekommen. Immerhin gab es damals bei uns eine sehr klassenbewußte Arbeiterschaft.

Doch dann trat das ein, was die KPD vorausgesagt hatte. Die braunen Horden grölten: „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!“

Bevor ein Land nach dem anderen überfallen wurde, steckten sie Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Nazi-Gegner in die Konzentrationslager. Dann holten sie die Juden ab.

1940 arbeitete ich in einer Bäckerei. Ich wurde für Geschäft und Haushalt eingestellt. Als der Krieg gegen die Sowjetunion begann, zog man den Meister und die Lehrlinge ein. So mußte ich in der Backstube mitarbeiten, was mir auch Spaß machte. Aber die Diskussionen mit dem Gesellen waren unerfreulich und gefährlich. Er schwärmte von Hitlers Siegen und erklärte: „Jetzt werden wir die Russen fertigmachen.“ „Auch Napoleon ist nur bis Moskau gekommen“, antwortete ich ihm. Er war empört und meinte, man müsse mich anzeigen. Rechtzeitig wechselte ich den Betrieb.

Inzwischen waren wir ausgebombt. Mein Vater arbeitete bei Boehringer, einem Chemieunternehmen, das Medikamente herstellte. Die Firma besaß Baracken, in denen durch die Luftangriffe obdachlos gewordene Arbeiter untergebracht werden sollten. Ich wurde zunächst als Lagerleiterin eingestellt. Man teilte mir fünf zwangsverschleppte polnische Mädchen als Reinigungskräfte zu. Etwa fünf bis sechs Wochen arbeitete ich mit ihnen. Manchmal nahm ich selbst die Scheuerbürste in die Hand, und die jungen Polinnen durften sich am Fenster mit französischen Kriegsgefangenen unterhalten, die nebenan bei Klöckner ein Lager hatten. Doch unter den Arbeitskollegen gab es einige, die meine „laxe Einstellung“ gegenüber Ausländern nicht akzeptierten. So verlor ich die Stellung und wurde in die Produktion geschickt. Statt meiner stellten sie eine Frau ein, die auch KZ-Aufseherin hätte sein können. Im Betrieb hielt ich nicht den Mund. Aber es gab Denunzianten. Bald mußte ich zum Abteilungsleiter, der mir vorhielt, ich stünde ohnehin schon auf der schwarzen Liste. Gebe es noch den geringsten Vorfall, käme ich in die unterirdische Munitionsfabrik nach Krümel.

Anfang 1943 habe ich dann einen Jungen geheiratet, der schon mit mir in der Pio-

niergruppe war. Sofort nach Kriegsende gründeten wir ein kommunistisches Jugendaktiv. Jan Wienecke, der später die Hamburger Thälmann-Gedenkstätte leitete, gehörte zu uns.

Einige Jahre darauf beteiligte ich mich an Arbeitskämpfen in Wilhelmsburg. Mein Mann hatte in einer Farbenfabrik Beschäftigung gefunden. Der Betrieb war hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert. Als der Boß, ein gewisser Flügger, auf Lohnforderungen nicht einging, kam es zum Streik. Wir mußten verhindern, daß Streikbrecher aus einem Flüchtlingslager für aus der DDR Getürmte in den Betrieb gelangten. Ich gehörte zu denen, die sich dem Polizeiaufgebot vor dem Tor

lautete: „Wenn Polizeischutz angefordert wird, dann stellen wir ihn. So will es das Gesetz.“ Übrigens dürfe in der DDR ja auch nicht gestreikt werden.

Ein paar Wochen danach wurden wir zu einem Erholungsaufenthalt nach Friedrichroda in Thüringen eingeladen. Dort sagten uns Arbeiter, als wir ihnen die Geschichte erzählten: „Unser Betrieb ist volkseigen, warum sollen wir gegen uns selbst streiken?“ Wir erhielten auch Solidaritätspäckchen aus dem Vogtland von der Arbeitsdirektorin der Plauener Gardine. Und einer meiner Söhne fuhr in ein DDR-Ferienlager.

Ich habe damals für die KPD in Wilhelmsburg kandidiert. Am Tag des Par-

Wie die Hamburger Kommunistin Elsa Schmidt dem Polizeichef ins Auge blickte

entgegenstellten. Man zerrte uns weg, ein Ärmel des Kleides wurde mir ausgerissen, ich hatte Schrammen und Prellungen von Polizeistiefeln. Herr Flügger, der im ersten Streikbrecherbus saß, bedrohte mich: „Das ist Hausfriedensbruch! Wer sind Sie eigentlich?“ „Ich bin die Frau Ihres Arbeiters Heinz Schmidt. Er streikt für seine Familie, damit wir die Miete bezahlen können.“

Später zogen wir mit einer Delegation vor das Hochhaus der Hamburger Polizei. Auch dort bestand ich auf dem Recht meines Mannes, für seine Familie zu streiken. Schließlich wurde ich als einzige zu Polizeichef George und Polizeisenator Danger vorgelassen. Der hatte 1923 als junger Leutnant den Hamburger Aufstand mit niedergeschlagen. Das wußte ich 1952 aber noch nicht. Ich habe mich jedenfalls in dem großen Sessel, in dem ich Platz nehmen sollte, sehr gerade gemacht, und den beiden Herren meine Empörung mitgeteilt. „Warum unterdrücken Sie das Streikrecht?“, fragte ich. Ihre Antwort

teilverbats verteilte ich gerade Flugblätter. Natürlich kam die Polizei mit mir in die Wohnung, um sich zu überzeugen, daß ich keine Druckerei versteckt hatte.

Meiner Gesinnung bin ich bis heute treu geblieben. Es gibt auch andere aufrechte Kommunisten bei uns in Hamburg, wenn ihre Zahl auch sehr viel kleiner geworden ist.

Im April war ich drei Wochen zur Kur in Thüringen. Auf eigene Rechnung, versteht sich. Ich habe alle Menschen, denen ich begegnete, nach der DDR gefragt. Die Meinungen waren unterschiedlich. Einer sagte: „Erich hat das Gute gewollt, konnte es aber nicht rüberbringen.“ Fast alle lobten das Gesundheitswesen. Berührt war ich, daß es zwischen Kreuzen und protzigen Denkmälern für irgendwelche Bürgermeister einen einfachen Stein gab, der den Opfern des Kapp-Putsches gewidmet war. Mein Vater hat einst mit uns gesungen: „Bei Leuna sind viele gefallen, bei Leuna floß Arbeiterblut.“ Und natürlich auch den Kleinen Trompeter. Am Stein für die beim Kapp-Putsch ums Leben Gekommenen lag ein Nelkenstrauß mit einer roten Schleife. Leider ohne Namen oder die Angabe einer Organisation. Ich bin fast jeden Tag in der Hoffnung vorbeigegangen, jemanden zu treffen.

Die Menschen im Osten sprechen anders als bei uns im Westen. Ein Kurgast, der das empfand, sagte zu mir: „Endlich mal ein vernünftiger Westler!“ Die meisten älteren Menschen wissen, was sie verloren haben. Ich werde jetzt 86, bin eine kleine unscheinbare Person, aber die Wurzeln des Vertrauens auf die Wahrheit des Marxismus sind stark. Sie reichen bis an mein Lebensende, auch wenn ich 100 werden sollte.

Elsa Schmidt

Veranstaltung der DKP

KPD-Verbot aufheben!

**Samstag,
19. August,
in Berlin,**

**Theater Karlshorst, Treskowallee 111,
14.00 bis 20.00 Uhr**

Unkostenbeitrag 10 Euro

Karten bei allen DKP-Bezirken
und beim Theater Karlshorst

Der Aufstand der Matrosen am 3. und 4. November 1918 in Kiel und die sich wie ein Lauffeuer über ganz Deutschland ausbreitende Revolution kamen zur rechten Zeit. Sie retteten dem 24-jährigen Soldaten der kaiserlichen Armee Rudolf Renner das Leben. Denn dieser saß in Militärhaft, und ein Kriegsgerichtsverfahren stand unmittelbar bevor. Angeklagt der Wehrkraftzersetzung und der staatsfeindlichen antimilitaristischen Propaganda drohte ihm das Todesurteil, die standrechtliche Erschießung wie ein Jahr zuvor den revolutionären Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch. Statt dessen wählten ihn seine Kameraden nach der Freilassung zum Vorsitzenden des Soldatenrates des Regiments.

Zu diesem Zeitpunkt lagen schon acht Jahre politischer Aktivität hinter dem am 27. März 1894 in einem kleinen Dorf des Kreises Schwelm (Westfalen) geborenen Rudolf Renner. Seine Eltern – Vater: Bierhändler, Mutter; Schneiderin – waren unpolitisch, aber in der Lehre als Stein-drucker traf er auf ältere Kollegen, die der SPD und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehörten. Unter ihrem Einfluß schloß er sich der Gewerkschaft und bald darauf auch der Arbeiterjugendbewegung an. Von Kind an wißbegierig und vielseitig interessiert, nutzte er die Angebote des Jugendheims in Wuppertal-Elberfeld, sich Vorträge anzuhören und an politischen Versammlungen teilzunehmen. Dort lernte er seine spätere Frau Frieda kennen, die ihm bis zum Tode treu blieb.

1914 war der 20-jährige einer der ersten, die an die Front geholt wurden. Er kam als Beobachter zur Infanterie, was bedeutete, daß man ihn an verschiedenen Punkten seines Frontabschnitts einsetzte. So hatte er mit vielen Kameraden seines Truppenteils Kontakt, konnte mit ihnen Gespräche führen, ihnen seine politischen Ansichten mitteilen. Nachdem er 1916 Anschluß an die Spartakusgruppe gefunden hatte, verfügte er über revolutionäres Propagandamaterial, die Spartakusbriefe, die er in den Schützengräben verteilte.

Kaum in die Heimat zurückgekehrt, gründete er mit Gleichgesinnten in Elberfeld, das eng mit dem Namen Friedrich Engels verbunden ist, die Ortsgruppe der KPD und übernahm Funktionen in mehreren Orten des Rheinlandes. Er wäre gern dort geblieben, aber ein Beschluß der Partei berief ihn nach Sachsen. In Chemnitz begann bei der KPD-Zeitung „Kämpfer“ seine Arbeit als Parteijournalist, die er nach kurzer Zeit in Dresden fortsetzte. In der sächsischen Hauptstadt gab die Partei zuerst das „Volksblatt“, später die „Arbeiterstimme“ heraus, deren Chefredakteur Rudolf Renner 1925 wurde.

Die Redaktionsräume der Zeitungen befanden sich anfangs in der Rähnitzgasse in Dresden-Neustadt, später zog man in ein Gebäude an der Ecke Jakobs- und Röhrhofgasse (Dresden-Altstadt) um. Das war zugleich der Sitz der Bezirksleitung Ostsachsen der KPD. Dort ging es wie in einem Taubenschlag zu, denn immer kamen Genossen der Partei, der Roten Hilfe



der Spitze der illegalen Parteiarbeit, wozu nicht zuletzt auch die Herausgabe einer Zeitung gehörte. Und noch etwas kam hinzu. 1921 hatte ihn die Partei als jüngsten Abgeordneten in den sächsischen Landtag entsandt, dem er ab 1927 und bis 1933 als Fraktionsvorsitzender angehörte. In dieser Funktion verfügte er über eine Freikarte für die Eisenbahn, die er reichlich nutzte. So war er im gesamten ostsächsischen Gebiet auch als Referent gefragt, was ihm kaum Zeit für die Familie, für seine Kinder Annaliese und Axel ließ.

Der 12. Parteitag der KPD, der im Juni 1929 in Berlin-Wedding stattfand, wählte Rudolf Renner in das Zentralkomitee. Das brachte es mit sich, daß er zeitweilig in die Hauptstadt berufen wurde, um im Pressedienst bzw. im Sekretariat des ZK zu arbeiten. Sein wichtigstes Wirkungsfeld aber blieb Sachsen. Als die Bezirksorganisationen Ostsachsen, Westsachsen und Erzgebirge/Vogtland zu einem

Klassenkämpfer mit der Feder: Rudolf Renner

und des KJVD, holten Auskünfte und Informationen ein, Material, Broschüren und Zeitungen ab. Bei Rudolf Renner erschienen auch viele Parteiose, die als Arbeiterkorrespondenten für die Zeitung schrieben. Dem Chefredakteur war es gelungen, mit der Zeit ein weitgespanntes Netz dieser freiwilligen Mitarbeiter aufzubauen. Das mußte unter strikter Beachtung der Konspiration erfolgen, denn die sächsischen Kapitalisten wollten erfahren, wer aus ihren Betrieben über Mißstände, Ausbeutung und soziale Not berichtete. Also erschien des öfteren die Polizei und durchwühlte die Redaktionsräume, allerdings ohne Erfolg, denn sämtliche Korrespondenzen erhielten beim Eingang eine Nummer, Namen wurden entfernt.

Die Tätigkeit als Chefredakteur war nicht die einzige Aufgabe, die Rudolf Renner zu bewältigen hatte. Als die KPD nach der gewaltsamen Auflösung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen durch die Reichswehr Ende 1923 verboten wurde, stand er als Mitglied der Bezirksleitung Ostsachsen und politischer Leiter der proletarischen Hundertschaften an

einheitlichen Bezirk zusammengelegt wurden, amtierte er zwei Jahre als dessen politischer Sekretär, um schließlich Chefredakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, des zentralen Organs der Partei für das Land Sachsen, zu werden. Nach der Machtübernahme der Faschisten verblieb Rudolf Renner in Leipzig, um die illegale Arbeit der KPD zu organisieren. Am 7. Februar nahm er an der Tagung des Zentralkomitees im Sporthaus Ziegenhals bei Berlin teil. Doch schon zwei Monate später verhafteten ihn die Faschisten. Der 3. Strafsenat des Sächsischen Oberlandesgerichts in Dresden verurteilte ihn wegen Hochverrats, wobei man ihm besonders seine Artikel zur Last legte, die er gegen die Faschisten und für die antifaschistische Einheitsfront der Werktätigen geschrieben hatte. Drei Jahre verbrachte er im Zuchthaus Waldheim, wo ihn seine Frau im Oktober 1936 zum letzten Mal sehen konnte. Von dort verschleppten ihn die Nazis in die Konzentrationslager Sachsenburg, Oranienburg und Buchenwald. Am 30. Juli 1940 erlag er den Folgen von Folter, Entbehrungen und Krankheiten.

Günter Freyer

Zur Anatomie des Nahostkonflikts: Ein psychologisches Problem?

Der israelisch-arabische Konflikt, der mit dem Aggressionskrieg gegen Libanon erneut verschärft wurde, ist nach Ansicht des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Dr. Nahum Goldmann in erster Linie ein psychologisches und erst dann ein politisches Problem. Seine Lösung hinge einzig und allein von dem Verhandlungswillen der arabischen Staaten ab. Wenn die Araber das Vorhandensein Israels anerkennen und sich direkt und indirekt zu Verhandlungen bereitfinden würden, wäre der israelisch-arabische Konflikt ohne große Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen.“

Das meldete vor 50 Jahren, am 15. Juni 1956, die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“. Wenig später, im Oktober des gleichen Jahres, überfielen israelische Streitkräfte gemeinsam mit britischen und französischen Truppen Ägypten. Zeitweilig besetzte Israel die ägyptische Sinai-Halbinsel. Ägyptens Präsident Nasser hatte es gewagt, die Suezkanalgesellschaft zu nationalisieren und damit der kolonialen Ausbeutung zu entziehen. Ein psychologisches Problem? Elf Jahre später, im Juni 1967, überfiel die israelische Armee Ägypten, Syrien und Jordanien und okkupierte beträchtliche Territorien dieser Länder einschließlich der Hauptsiedlungsgebiete der Palästinenser im Westjordanland mit Ostjerusalem und dem ägyptisch verwalteten Gazastreifen.

Die israelische Annexion der palästinensischen Gebiete wie der syrischen Golanhöhen währt bis heute. Der UNO-Sicherheitsrat verfügte dazu in seiner Resolution 242 vom November 1967 den bedingungslosen Rückzug Israels aus den eroberten Gebieten. Das geschah nicht,

was 1973 den nächsten Nahostkrieg nach sich zog. Dieses Mal hatten ihn die Araber eröffnet, unterlagen jedoch in der Endkonsequenz (s. RF 10/03, S. 16). Da die arabischen Staaten und die Palästinenser aber auf ihren verbrieften Anspruch zur Befreiung der widerrechtlich besetzten Territorien pochen konnten, wurde Israel in der Resolution des UNO-Sicherheitsrates 338 vom Oktober 1973 ein weiteres Mal zur Räumung verurteilt wie schon 1967. Erneut folgenlos. Ein psychologisches Problem? Und verursacht durch die Araber?

Sinai wurde in Folge eines ägyptisch-israelischen Separatfriedens von 1977 geräumt. Seitdem gibt es aufgrund US-amerikanischer Vetos keine Verurteilung Israels mehr im Sicherheitsrat. Die Beschlüsse von 1967 und 1973 sind weiterhin gültig, doch mahnt keiner der verantwortlichen Staaten gegenwärtig ernsthaft ihre Umsetzung an.

Dadurch kann es sich Israel auch leisten, den Spruch des Internationalen Gerichtshofes vom Juli 2004 zu ignorieren. Dieser fordert, die Mauer wieder abzureißen, mit der im Westjordanland palästinensische Gebiete willkürlich abgetrennt wurden und dem israelischen Staat zugeschlagen werden sollen (s. RF 6/06, S. 20).

Wie vor 50 Jahren ist aber gegenwärtig sowohl in Israel als auch in Deutschland – wie im USA-dominierten Westen überhaupt – die Ansicht weit verbreitet, daß der Konflikt, also der eigentliche Nahost-Konflikt, „psychologisch bedingt“ sei. Und das wird ausschließlich der palästinensischen Haltung angelastet, die sich einer Verhandlungslösung verweigere. Dabei wird sich vielfach dazu verstiegen, die Fortdauer des Konfliktes aus der „Mentalität der Palästinenser“ zu erklären.

Daß die Palästinenser handlungs- und kompromißbereit und keineswegs „psychologisch gegen die Anerkennung Israels blockiert“ sind, haben sie spätestens 1993 mit den „Oslo-Vereinbarungen“ unter Beweis gestellt. Schließlich wurden nicht nur die israelischen Politiker Rabin und Peres 1994 mit dem Friedensnobelpreis geehrt, sondern auch gemeinsam mit ihnen Palästinenserpräsident Arafat.

Deutliche Signale in diesem Sinne setzte auch längst die vom Westen verfemte Hamas. Der von ihr gestellte palästinensische Parlamentssprecher Asis Dueik unterstrich: „Jeder in der Hamas sagt ja zur Zweistaatenlösung“... „Das Problem kommt von den Israelis, die bisher die 1967er Grenzen nicht akzeptieren wollen.“ Und der palästinensische Ministerpräsident Hanija erläuterte: „Auch die PLO, der verstorbene Präsident Jassir Arafat und Präsident Mahmud Abbas haben Israel anerkannt und die Verhandlungsgrundlage geschaffen, um eine Lösung des Konflikts zu erzielen ... Das palästinensische Volk

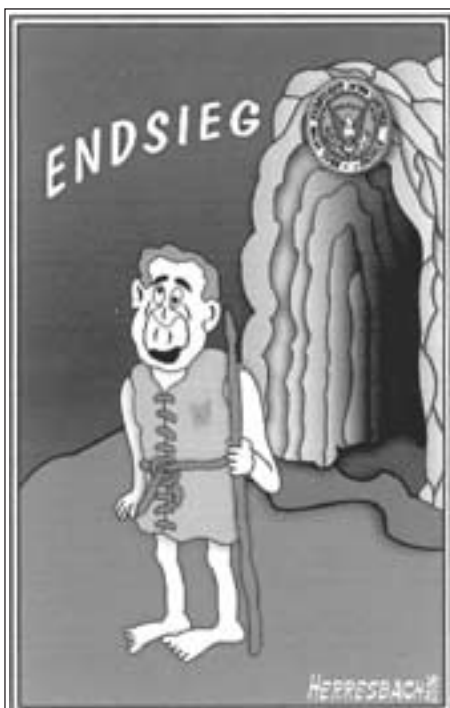
bleibt trotz Verträgen, Unterzeichnungen und Anerkennungen ein Volk, das unter Armut, Ungerechtigkeit und Besatzung leidet. Im Westjordanland gibt es 475 militärische Straßensperren. Das Gebiet ist in Kantone aufgeteilt. Es entsteht eine Mauer, die große Teile unseres Landes Israel einverleibt. Über den Gazastreifen ist ein Embargo verhängt worden. Die jüdischen Siedlungen werden ausgebaut, und das Jordantal wird annektiert.“ Die in der Frage der förmlichen Anerkennung Israels verhaltene Position der Hamas-Führung entspringt ihrem Mißtrauen gegenüber den Regierenden in Israel. Aber dieses Mißtrauen teilt mit ihr die Mehrzahl aller Palästinenser. Und das ist nicht psychologisch oder durch die Mentalität bedingt. Es wurzelt in den bitteren Erfahrungen mit dem Aggressor und der Besatzungsmacht Israel.

Im Mai d. J. wurde ein „Dokument der palästinensischen Nationalen Versöhnung“ veröffentlicht. Es trägt die Unterschriften von fünf populären Palästinensern verschiedener politischer Organisationen, die in israelischen Gefängnissen inhaftiert sind. Vertreten sind Fatah, Hamas, Islamischer Dschihad, Volksfront (PFLP) und Demokratische Volksfront (DFLP). Sein Kern: Das Recht auf einen unabhängigen palästinensischen Staat in den von Israel 1967 besetzten Gebieten mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Befreiung aller Gefangenen. Basis sollen die einschlägigen UN-Beschlüsse und internationales Recht sein. Das ist ein Bekenntnis zu einer Zweistaatenlösung und die Anerkennung Israels. Nach dem Dokument darf Widerstand gegen die Besatzung nur noch in diesen Gebieten geleistet werden, nicht mehr innerhalb Israels. Damit wäre ein faires Friedensangebot und zugleich ein Kompromißvorschlag mit der Bereitschaft zu beträchtlichem Landverzicht seitens der Palästinenser unterbreitet.

Doch mehr als 50 Jahre Nahostkonflikt lassen befürchten: Welche Initiative, welchen Grad an Kompromißbereitschaft die Palästinenser auch entwickeln, Israels Regierung und der vehemente Widerstand der israelischen Siedler in den okkupierten palästinensischen Gebieten könnten letztendlich auch die neue Chance einer für beide Seiten gerechten friedlichen Regelung des Konfliktes scheitern lassen. Und das ist kein psychologisches Problem – und schon ganz und gar nicht der Palästinenser, für die es um das nationale Überleben geht!

Die jüngsten ungeheuerlichen Verbrechen des israelischen Militärs und seiner politischen Führung in Libanon, in Gaza und im Westjordanland haben aller Welt gezeigt, daß die zionistischen Machthaber vor nichts zurückschrecken.

Bernd Fischer



Russische Zeitungen berichteten: Nach hinreichender kosmischer, elektronischer und Spezialaufklärung soll die Planung für eine Luftoperation der U.S. Air Force zur Zerstörung sämtlicher Objekte des Nuklearprogramms in der Islamischen Republik Iran abgeschlossen sein. Inwieweit die Vorbereitungen zu darüber hinausgehenden Militäraktionen im Großraum Mittelost in ein Endstadium überführt worden sind, ist allerdings noch unklar. Einerseits sprach die US-Außenministerin Condoleezza Rice vor dem Chicagoer Rat für internationale Beziehungen davon, die Vereinigten Staaten hätten zu keiner Zeit in Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstverteidigung einer Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates bedurft, weder auf dem Balkan noch in Afghanistan oder in Irak. Nach ihren Worten sei Washington auch jetzt bereit, alle ihm zur Verfügung stehenden politischen, ökonomischen und sonstigen Möglichkeiten zur Anwendung zu bringen, um Iran von dem eingeschlagenen Kurs zur Gewinnung von Nuklearmaterialien abzubringen.

Andererseits gibt es in den USA nicht wenig Stimmen, die militärische Operationen gegen das Ayatolla-Regime für noch erfolgloser halten als das Vorgehen in Irak. Es wäre mit einer Anschlagswelle islamistischer Kräfte, nicht nur der etwa 40 000 zu Selbstmordattentaten bereiten Angehörigen des „Korps der Wächter der islamischen Revolution“ und des „Basidsh“ zu rechnen; die Destabilisierung der Lage im gesamten muslimischen Raum könne nicht ausgeschlossen werden. Die jetzt bereits mit der Okkupation von Afghanistan und Iraks überforderten Truppen des Zentralkommandos der US-Streitkräfte im Großraum Mittelost sind zur erfolgreichen Durchführung von Kampfhandlungen auf einem erheblich vergrößerten Kriegsschauplatz nicht mehr in der Lage. Selbst gewisse Zerwürfnisse in der NATO wären kaum zu vermeiden. Israel hat damit gedroht, gegebenenfalls auch allein Luftschläge gegen Objekte des iranischen Nuklearprogramms zu führen. Daher könnten die Vereinigten Staaten durchaus auch von dieser Seite unter Druck geraten. Eigenständig von Israel unternommene Handlungen gegen Iran zwängen Washington, ebenfalls die geplanten Schläge zu führen.

Sollte es zur Durchführung einer US-Militäraktion kommen, würde es sich vermutlich um eine Luftoperation zur Zerstörung der Objekte des iranischen Nuklearprogramms nach dem Beispiel der NATO-Luftoperation auf dem Balkan handeln, die von sogenannten kybernetischen Attacken insbesondere zur Störung oder Zerstörung von Infrastrukturen des Landes, begleitet werden soll. Die technisch-technologische Überlegenheit der Kräfte der U.S. Air Force und der U.S. Navy auf dem Kriegsschauplatz ist jedenfalls gegeben. Iran dagegen ist nicht in der Lage, seinen Luftraum zuverlässig zu sichern, da die von Rußland gekauften taktischen und operativen Luftabwehrmittel einerseits quantitativ nicht ausreichen und ande-

rerseits von den iranischen Bedienungen noch ungenügend beherrscht werden. Die Planung der Luftoperation durch das Strategische US-Kommando und den Stab des Zentralkommandos der US-Streitkräfte sieht den Einsatz von sechs Luftschlaggruppen gleichzeitig oder in Etappen vor. Sie haben jeweils eine oder mehrere Zielgruppen zu zerstören.

Die erste Luftschlaggruppe besteht aus vier in Irak stationierten Jagdbombenflugzeugen, die mit 20 Marschflugkörpern das Objekt in Tabriz sowie das 80 km entfernte Forschungszentrum zur Anwendung von Nuklearenergie in Bonab angreifen sollen.

Als zweite Luftschlaggruppe starten vom irakischen Territorium aus 15 Jagdbombenflugzeuge mit 60 Marschflugkörpern, die einen bestimmten Punkt über dem Kaspischen Meer erreichen müssen, um von dort die Marschflugkörper gegen die Nuklearobjekte in den Städten Gazvin, Chalus, Nesa und Karaj sowie gegen das

zu tragen, um besonders befestigte und sehr tiefgelegte unterirdische Anlagen zu zerstören. Sie sollen von einem Flugplatz in Katar aus starten und zusätzlich die Nuklearobjekte in Bushehr, Natanz und Dehloran bekämpfen.

In Reserve sollen während der Gesamtdauer der Luftoperation nukleargetriebene U-Boote mit bis zu 150 Marschflugkörpern an Bord gehalten werden. Gegen bestimmte Objekte des iranischen Nuklearprogramms können lageabhängig auch spezielle kleinkalibrige Nuklearwaffen zum Einsatz kommen, die in der Lage sind, unterirdische Objekte zu zerstören. Die für den Einsatz während der Luftoperation vorgesehenen Piloten und Bedienungen wurden bereits mit der Einsatzplanung vertraut gemacht, es läuft auch schon das notwendige Training. Gemeinsame Übungen US-amerikanischer und israelischer Luftstreitkräfte im strategischen Großraum Mittelost werden ohnehin gegen ei-

Wie sich die U. S. Air Force auf eine Bombardierung Irans vorbereitet

Zentrum der Nuklearforschung in Teheran zum Einsatz zu bringen.

Eine dritte Luftschlaggruppe besteht aus 8 vom irakischen Territorium aus startenden Jagdbombenflugzeugen mit 32 Marschflugkörpern. Sie soll sich später in zwei Untergruppen teilen. Die eine Untergruppe richtet ihre Marschflugkörper gegen das Werk zur Herstellung schweren Wassers in Arak und auf zwei Objekte in Esfahan. Dieselbe Untergruppe soll die esfahanische Universität zerstören, die über Laboratorien zur Nuklearforschung verfügt. Die Ziele der anderen Untergruppe sind der Komplex zur Urananreicherung in Natanz, die Uranförderung im Raum Zarand sowie die Uranablagerungen und Infrastrukturen im Raum Yazd.

Die vierte Luftschlaggruppe im Bestand von 6 in Afghanistan stationierten Jagdbombenflugzeugen mit 24 Marschflugkörpern hat die Aufgabe, das Nuklearobjekt nahe Tabas vollständig zu zerstören. Währenddessen hat eine fünfte Luftschlaggruppe aus 20 bordgestützten, von dem im Persischen Golf kreuzenden Flugzeugträger startenden Maschinen mit 80 Marschflugkörpern das noch im Bau befindliche Nuklearkraftwerk in Bushehr und danach das Nuklearforschungszentrum in Fasa auszuschalten.

Die sechste Luftschlaggruppe besteht aus 10 bis 20 Bombenflugzeugen der Typen B1-B oder B2-A, die in der Lage sind, Bombenlasten bis zu 20 Tonnen ins Ziel

nen ganz bestimmten Gegner regelmäßig durchgeführt.

Im Ergebnis der Luftoperation ergäbe sich: Iran wird nach diesen Schlägen Jahrzehnte und Kosten in Höhe von Dutzenden von Milliarden Dollar benötigen und aufbringen müssen, um sein Nuklearprogramm zu reanimieren. Selbst bei nicht vollständiger Zerstörung der derzeitigen Objekte wird Iran dieses Programm frühestens in zehn Jahren realisieren können. Daher haben die Planer der Operation vorgeschlagen, Luftschläge auf die besagten Objekte halbjährlich zu wiederholen, um Teheran keine Zeit und keine Möglichkeiten zur Wiederherstellung des Systems zu geben.

Sollte Iran im Falle einer USA-Militäraktion Abwehrmaßnahmen welcher Art auch immer ergreifen, würden diese nur dazu dienen, weitere Luftangriffe nicht nur gegen die Objekte des Nuklearprogramms zu „rechtfertigen“, sondern auch gegen andere Ziele, vor allem gegen Startstellungen der ballistischen Raketen und der Luftabwehrmittel. Es würden Luftangriffe auf Regierungsobjekte sowie ökonomische und kulturelle Zentren des Landes geführt werden, um das politische und staatliche Leitungssystem zu zerstören und die innere Lage im Lande zu destabilisieren.

Dr. sc. Peter Freitag, Oberst a. D.
Unser Autor war Lehrstuhlleiter an der Militärakademie „Friedrich Engels“.

Zum Verhältnis zwischen der VR China und den USA (2 und Schluß)

Zwischen der VR China und den USA gibt es weitverzweigte wirtschaftliche Beziehungen. Die Vereinigten Staaten sind der zweitgrößte Handelspartner und der größte Exportmarkt Chinas. Andererseits ist China der drittgrößte Handelspartner der USA. 2005 stieg der beiderseitige Handel um ca. 25 % und erreichte 211,6 Mrd. Dollar (der bilaterale Warenaustausch hatte 1979 lediglich 2,5 Mrd. Dollar betragen). Das Handelsdefizit der USA ist in den letzten Jahren gewachsen und belief sich 2005 auf über 100 Mrd. Dollar (chinesischer Export 162,9 Mrd., Import 48,7 Mrd.). Daraus ergeben sich signifikante Auseinandersetzungen. Die USA fordern ständig eine Aufwertung der chinesischen Währung. Darauf reagiert die VR China jedoch sehr zurückhaltend und betont die eigene Entscheidungsbefugnis. Im Juli 2005 erfolgte eine geringfügige Aufwertung, verbunden mit dem Beschluß, den Kurs der chinesischen Währung nicht mehr allein an den Dollar, sondern an einen internationalen Währungskorb zu binden. Bisher haben US-Firmen 51,1 Mrd. Dollar in China investiert. Eine weitere Frage in den bilateralen Beziehungen, die oft zu Auseinandersetzungen führt, ist der Schutz geistigen Eigentums.

In der strategischen Orientierung der Außenpolitik der VR China wird den Beziehungen mit den USA ein wichtiger Platz eingeräumt. 2005 gab es in New York (September) und Beijing (November) Treffen zwischen den Staatsoberhäuptern Hu Jintao und George W. Bush.

Die Zeitung Renmin Ribao veröffentlichte am 22. 11. 2005 einen Beitrag „Die strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen China und den USA wächst mit jedem Tag“. Darin heißt es: „Im strategischen Blickfeld der USA verwandelt sich gerade die chinesische Frage in das ‚Problem des chinesischen Aufschwungs‘. In den USA entfaltet sich eine heftige Debatte, wie mit dem ‚chinesischen Aufschwung‘ umzugehen sei.“

Zeitgleich mit dem Besuch von George W. Bush in China fand im November 2005 in Peking das zweite Seminar zu den Beziehungen zwischen China und den USA statt. Dort erklärte der frühere Präsident der USA, George Bush: „Die Beziehungen zwischen den USA und China sind die wichtigsten bilateralen Beziehungen auf der Welt.“ Chinesische Wissenschaftler äußerten auf dem Seminar – zu beachten ist die Nuance –: Die Beziehungen zwischen China und den USA seien die wichtigsten bilateralen Beziehungen des 21. Jahrhunderts. Sei ihr Verhältnis friedlich, diene es beiden, gestalte es sich nicht friedlich, schade das den Interessen beider Länder und könne Frieden und Stabilität in der Region und in der Welt beeinträchtigen. Es wurde betont, US-Amerikaner mit besonders einseitiger Sicht auf China sollten eine korrekte Hal-

tung gegenüber der friedlichen Entwicklung des Landes einnehmen und es nicht dämonisieren. Auch wenn China künftig stark sei, werde es nicht nach Hegemonie streben. Das sei chinesische Staatspolitik. Zwischen China und den USA gebe es Unterschiede in der Gesellschaftsordnung, der Ideologie und den Wertevorstellungen. Mit der ständigen Erweiterung des Austausches und der Zusammenarbeit entstünden Probleme und Widersprüche. China und die USA müßten Gemeinsamkeiten und nicht die Differenzen in den Vordergrund stellen. Dem Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao vom 18. bis 22. April 2006 in den USA kam mit der Erörterung der bilateralen Beziehungen und internationalen Fragen besondere Bedeutung zu. Die chinesische Seite strebte konstruktive kooperative Beziehungen an. Die Verdichtung des Geflechts der Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, dient zweifellos dem Bestreben, keine akuten Konfliktsituationen zuzulassen.

Chinesische Wissenschaftler gehen davon aus, daß sich die neue globale Struktur nach der Beendigung der Bipolarität noch nicht vollständig herausgebildet hat. Sie tendiere aber zur Multipolarisierung. Die USA strebten danach, eine von ihnen beherrschte „unipolare“ Welt zu errichten. In den letzten Jahren hätten ihr Hegemoniestreben und ihre Gewaltpolitik weiter zugenommen. Deshalb stelle die VR China den Kampf gegen Hegemonismus und Gewaltpolitik in den Vordergrund. Dies bedeute aber nicht, sich in Konfrontation

mit den USA zu begeben. Es stehe nicht im Widerspruch zur Politik, mit den USA die Beziehungen zu entwickeln.

Die strategische Orientierung der USA beinhaltet nicht zuletzt den Versuch der Eindämmung (Containment) und Einkreisung Chinas. Der Ausbau der Präsenz von USA- und anderen NATO-Truppen in Mittelasien im Zusammenhang mit der Nahost-Problematik beinhaltet auch den Aspekt des Aufbaus von Militärbasen an der westlichen Grenze der VR China. Bei dem Besuch des US-Präsidenten Anfang 2006 in Indien wurden weitgehende Vereinbarungen, insbesondere im nuklearen und militärtechnischen Bereich, getroffen. In Kommentaren hat die US-Presse unumwunden von der beabsichtigten Schaffung einer strategischen Allianz gegen China gesprochen. Allerdings ist die Bereitschaft Indiens, sich gegen China instrumentalisieren zu lassen, offensichtlich gering. Die eingeleitete Verbesserung des Klimas in den Beziehungen mit China soll nicht aufs Spiel gesetzt werden. In einem Artikel „Der Geist des kalten Krieges im Militärbündnis zwischen den USA und Japan“ (Renmin Ribao vom 4. 11. 05) heißt es: „Die Stationierung von US-Truppen in Japan und die militärische Zusammenarbeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten richten sich vorrangig auf in Zukunft möglicherweise auftretende militärische Konflikte im Gebiet der Taiwan-Straße und der koreanischen Halbinsel. Sie sind ein Versuch der Eindämmung Chinas. Die USA haben beträchtliche Truppenkontingente in Südkorea und

Japan stationiert, sie unterhalten Kriegsschiffe im pazifischen Raum vor der chinesischen Küste, sie führen jährlich über 400 strategische Spionageflüge im grenznahen Raum zu China und eine hohe Zahl von gemeinsamen Militärmanövern mit Truppen anderer Staaten im Umfeld von China durch. Von besonderer strategischer Bedeutung ist die Absicht der USA, gemeinsam mit Taiwan und asiatischen Ländern ein ‚Raketenabwehrsystem‘ in diesem Raum zu installieren.“

Hu Jintao hat bei der Begegnung mit Bush im November 2005 betont, daß die „Beziehungen zwischen China und den USA den bilateralen Rahmen schon weit überschritten haben, sie haben mehr und mehr globale Bedeutung“. Daraus ergibt sich auch das internationale Gewicht der auf Stabilität, Erhaltung des Friedens und Zusammenarbeit gerichteten Politik der VR China. Der chinesische Ministerpräsident erklärte auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2006, China trete für einen „zivilisierten Dialog“ ein.



Einer der neuen chinesischen Zerstörer

Rolf Berthold

Was ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit?

Wenn hierzulande von wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit gesprochen wird, geht es in der Regel um die EU und Brüssel oder um die G-7. Dabei gibt es seit dem im Jahre 2001 in der chinesischen Millionenstadt Shanghai abgehaltenen Gipfel von sechs überwiegend asiatischen Staaten einen regionalen Zusammenschluß mit Weltbedeutung, der vorerst nur deshalb weniger bekannt ist, weil ihn die imperialistischen Medien lediglich beiläufig erwähnen: die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), der die Volksrepublik China, Rußland, Kasachstan,

Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören. Nach seinem Staatsbesuch im März, bei dem eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet und das Jahr Rußlands in der Volksrepublik eröffnet wurde, hat Präsident Putin unlängst zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate China besucht, um an der Beratung der Staatsschefs der SCO-Länder in Shanghai teilzunehmen. Übrigens wurden in den Jahren 2004 und 2005 vier Beobachterländer von der SCO zugelassen: die Mongolei, Indien, Pakistan und Iran. Hinzu kommen Staaten und internationale Organisationen, die sich um eine Zusammenarbeit mit der

neuen Körperschaft bemühen. Offizielle Beziehungen bestehen zwischen der SCO und den Vereinten Nationen sowie mit der Vereinigung der Südostasiatischen Nationen (ASEAN). Am jüngsten SCO-Gipfel, der am 15. Juni stattfand, nahmen außer dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao und Putin der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew, der tadschikische Präsident Emomali Rakmonow, der usbekische Präsident Islam Karimow und der kirgisische Präsident Komanbek Bakijew teil.

R. F., gestützt auf die chinesische Nachrichtenagentur XINHUA

Venezuela: Neue Gewerkschaftszentrale UNT im Aufbau

Bei den durch die Unternehmer organisierten Aussperrungen vom Dezember 2002, die als Generalstreik zum Sturz der linksgerichteten Chávez-Regierung ausgegeben wurden, spielte Venezuelas führende Gewerkschaftszentrale CTV eine maßgebliche Rolle. Hinter ihr stehen die aufgrund des durch sie verkündeten Wahlboykotts nicht mehr im Parlament vertretenen, aber von den USA unterstützten bürgerlichen Parteien COPEI (Christdemokraten) und AD (Sozialdemokraten), die im Lager der venezolanischen Konterrevolution nach wie vor die Strippen ziehen. Um die innenpolitische Kräftebilanz weiter zugunsten des Chávez-Lagers zu verändern, wird jetzt am Aufbau einer neuen prosozialistischen Gewerkschaftszentrale namens UNT (Union Nacional de Trabajadores) gearbeitet. Ihr haben sich bereits zahlreiche Werktätige angeschlossen.

Unlängst gewährte der venezolanische Kommunist und Gewerkschaftsfunktionär Juan Piedra der belgischen Wochenzeitung „Solidaire“ ein Interview, dem wir wichtige Informationen entnehmen. Mehr als die Hälfte der aktiven Bevölkerung von 12 Millionen arbeitet in Venezuelas „informellem Sektor“ – der Schattenwirtschaft. Die übrigen 47 % werden von Betrieben und Institutionen beschäftigt, wobei der überwiegende Teil im öffentlichen Sektor tätig ist (z. B. gehört die strukturbestimmende Erdölgesellschaft PVSA dem Staat). Lediglich 9 % der regulär Berufstätigen sind derzeit gewerkschaftlich organisiert – die Herausforderung an die UNT ist also riesengroß. Die Rechtsparteien verfügen in der Dachorganisation CTV und im Staatsapparat nach wie vor über Schlüsselpositionen. Deshalb unterbreitete Präsident Chávez den Vorschlag, einen neuen Verband ins Leben zu rufen, um die Feinde der boliva-

rianischen Revolution von ihren Massenverbindungen abzuschneiden. Zu den ersten, die darauf positiv reagierten, zählte die KP Venezuelas. Sie ist im Interesse der Einheit bereit, auf ihre eigene Gewerkschaft CUTV – auch als klassenmäßige Strömung der Werktätigen bekannt – zu verzichten und sie in der UNT aufgehen zu lassen. Besonders wichtig ist es, einen großen Teil der Nichtorganisierten und der einfachen CTV-Mitglieder für den Gedanken einer mächtigen Arbeiterzentrale zu gewinnen. Dieses Vorhaben wird dadurch begünstigt, daß die Mehrheit der Venezolaner inzwischen zu Chávez steht. Natürlich darf das Wirken einflußreicher Gegenkräfte nicht unterschätzt werden. Die bei weitem größte gesellschaftliche Gruppierung sind die Fuerzas Bolivaria-

nas del Trabajo. Sie rekrutieren sich zwar aus Anhängern verschiedener Parteien, unterstützen aber den revolutionären Prozeß. Auch innerhalb des Lagers von COPEI und AD gibt es linke Tendenzen, die auf dieser Linie liegen. Positiv reagierte eine Reihe unabhängiger Gewerkschaften wie der Verband der Beschäftigten des Gesundheitswesens. Ähnlich verhalten sich viele im „informellen Sektor“ Tätige. Ende Mai fand in Caracas ein erster Kongreß der UNT statt. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten soll im kommenden Jahr auf einem weiteren nationalen Treffen, das von der Basis mit vorbereitet wird, die Leitung der neuen Organisation gewählt werden.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



George W. Bush bläst betörende Rauchkringel in die Luft, aber die Pfeife hält er vorsorglich hinter dem Rücken.
Aus: „Proletären“, Göteborg

Bushs doppelbödige Nuklearpolitik: Kungeln mit Delhi, Drohungen gegen Teheran

Wie inzwischen feststeht, wollen die USA Indien bei seinem Atomprogramm unterstützen, obwohl diese Nuklearmacht, im Gegensatz zu Iran, den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Bei seinem Anfang März erfolgten Staatsbesuch in Indien und Pakistan signierte US-Präsident Bush in Delhi ein Abkommen über die Wiederaufnahme des Nuklearhandels zwischen beiden Ländern, mit dem ein seit 30 Jahren bestehendes internationales Nuklearembargo gegen Indien beendet wurde. Das südasiatische Land zündete 1974 seine erste Atombombe. Das Abkommen wird als Auftakt für die generelle Aufhebung der Sanktionen gegen Indien auch seitens der US-Verbündeten angesehen. Internationale Atomenergiekonzerne erwarten Milliardenengeschäfte auf dem bislang verschlossenen indischen Wachstumsmarkt. Delhi verbindet mit dem Abkommen die offizielle Anerkennung als Atomwaffenstaat. Die Bush-Administration hofft, dass Indien schon seit geraumer Zeit, um es als verlässlichen Partner im Ränkespiel gegen China zu gewinnen. Indien wird in der Globalstrategie der USA als Gegengewicht zum wirtschaftlich und militärisch aufstrebenden China geführt. Die Unterstützung des indischen Nuklearprogramms entspricht somit vordringlichen amerikanischen Interessen. Bush bezeichnete Indien jüngst als „verantwortungsvollen Staat“, dem beim Aufbau seines Nuklearprogramms geholfen werden müsse, und das, obwohl das Land bisher allen nuklearen Kontrollabkommen eine Absage erteilt hat!

Widerstand gegen das geschlossene Abkommen kam aus den Reihen der indischen Atomlobby, die u. a. verhindern will, daß militärisch nutzbare Anlagen internationalen Inspektionen unterworfen werden. Selbst die Tatsache, daß Indien dringend auf Brennstoffimporte angewiesen ist, ändert daran nichts. Es greift bereits jetzt seine Uranreserven an, um die vorhandenen Kernkraftwerke zu betreiben und gleichzeitig neue Atomwaffen zu bauen. Nach Expertenschätzungen werden diese Reserven aber voraussichtlich Ende des Jahres erschöpft sein, sollte Indien kein Uran importieren. Dann müßten entweder die Energiegewinnung oder das Atombombenprogramm eingeschränkt werden.

Es zeigt sich, daß die Produktion von Kernbrennstoffen auf einen rasch wachsenden Markt trifft, nicht nur in Indien. Seine Nuklearindustrie setzt weiter voll auf Unabhängigkeit vom Ausland, besonders im Hinblick auf die militärische Komponente. Der Chef der indischen Atomenergiebehörde Anil Kakodkar, der sowohl für die Atomenergie als auch die militärische Nutzung zuständig ist, warnte Regierungschef Singh vor dem Abschluß, das Kooperationsabkommen

dürfe auf keinen Fall das eigene Atomwaffenprogramm beeinträchtigen. Internationale Inspektoren würden Indiens Freiheit beschränken, eine Einmischung von außen dürfe es nicht geben. Ein indischer Vorschlag zur Trennung ziviler und militärischer Anlagen sieht daher vor, daß nur einige wenige Reaktoren für Inspektionen geöffnet werden. Nach Angaben der in den USA tätigen Arms Control Association würde eine Umsetzung dieses Plans Indien in die Lage versetzen, sein gegenwärtiges Arsenal von geschätzten 50 bis 100 Atombomben innerhalb weniger Jahre auf 1000 bis 2000 auszubauen. Mit Hinblick auf die Zustimmungspflicht des USA-Kongresses wird noch an der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für Indien gearbeitet. Eine Aufhebung internationaler Sanktionen gegen Indien erfordert auch eine Änderung der Regeln der sogenannten Nuclear Suppliers Group. In ihr haben sich die 45 wichtigsten nuklearen Lieferländer darauf festgelegt, Technologie nur an solche Staaten zu liefern, die ihr Atomprogramm vollständig durch die Internationale Atomenergiebehörde kontrollieren lassen.

Die Indien gewährte Ausnahmegenehmigung für den Erhalt von Nukleartechnologie ist ein weiterer Hinweis auf die tatsächliche Urheberchaft des Konflikts um das iranische Atomprogramm. In Wahrheit geht es dabei nämlich nicht um „Sicherheitsfragen“ – die iranischen Vorschläge zur weltweiten Abschaffung der Atomwaffen werden regelmäßig als „zynische Haßpropaganda“ denunziert, Sicherheitsgarantien für Iran kategorisch abgelehnt –, es geht vielmehr um den Ausbau der militärischen Vorherrschaft der USA und die geostrategische Formierung auf dem eurasischen Kontinent gegen die weiter wachsende Großmacht China. Mit Hinblick auf das Nuklearabkommen zwischen Indien und den USA hob kürzlich ein iranisches Regierungsmitglied die offensichtliche Doppelmoral der amerikanischen Politik hervor: „Auf der einen Seite verweigern die USA einem Mitglied des Atomwaffensperrvertrags Nukleartechnologie, die für friedliche Zwecke genutzt werden soll, aber gleichzeitig arbeiten sie aus eigensüchtigen Motiven mit Indien zusammen, das außerhalb des Vertrages steht.“ Das Abkommen heizt den Rüstungswettlauf in Süd-asien weiter an. Durch Uranlieferungen für zivile Anlagen kann Neu Delhi die eigenen, knappen Reserven ausschließ-

lich für militärische Zwecke verwenden. Der indische Sicherheitsberater Subrahmanyam hat deshalb sogar gefordert, so viele zivile Anlagen wie möglich unter internationale Kontrolle zu stellen, damit diese mit importiertem Brennstoff beliefert werden können. Zudem hat China bereits angekündigt, Pakistan als Antwort auf den amerikanisch-indischen Atomdeal ebenfalls mit Nukleartechnologie zu beliefern. Trotz des Vertrages verweigert Delhi weiter die Signatur unter den Atomteststopp-Vertrag und die Einstellung der Produktion von Atomwaffenmaterial. Der indische Außenminister Shyam Saran hatte vor dem Vertragsabschluß gedroht, das Abkommen scheitern zu lassen, sollten Indien stärkere Auflagen zur Rüstungskontrolle erteilt werden. Die Bundesrepublik verfolgte die Vorgänge in Delhi mit Stillschweigen, wie angesichts der USA-Interessenlage nicht anders zu erwarten war.

Anläßlich der Ende Februar erfolgten Unterzeichnung einer indisch-französischen Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Nuklearsektor zeigte sich der französische Staatspräsident Chirac hoch erfreut über die damals noch bevorstehenden Entscheidungen Washingtons.

Man kann sich auch in Zukunft auf die „Eindeutigkeit“ der Nichtverbreitungspolitik der USA und ihrer Verbündeten verlassen: Es handelt sich um eine Politik mit doppeltem Boden!

Dr. Erhard Kegel



Zeichnung: Valeri Kurtu

Zur Einweihung der neuen Räuber-Pipeline von Baku nach Ceyhan (Türkei)

Im September 1968 führte mich ein Dienstauftrag an die Grenze zur CSSR. Es ging um die Kontrolle der ordnungsgemäßen Rückwärtigen Sicherstellung dorthin entsandter NVA-Angehöriger. Es waren Truppenteile der 7. Panzerdivision (Dresden) und der 11. Mot.-Schützendivision (Halle). Beide unterstanden seit dem 29. Juli 1968 dem sowjetischen Oberkommando und hatten den Auftrag, die Grenzen zur Tschechoslowakei zu sichern, ohne diese zu verletzen oder gar zu überschreiten. Versorgungsmäßig gab es keine Probleme. Lediglich der anhaltende Regen erforderte den Nachschub von Wechselbekleidung und Gummistiefeln. Die Stimmungslage der Soldaten jedoch war nicht so problemlos. Der Einmarsch von etwa 300 000 sowjetischen, polnischen, ungarischen und bulgarischen Armeeangehörigen in der Nacht zum 21. August 1968 in die CSSR war für einige NVA-Soldaten nicht verständlich. Andere hingegen, die von konterrevolutionären Aktionen in der Tschechoslowakei gehört hatten, wären lieber mit einmarschiert, anstatt hier an der Grenze den Wald zu fegen. Viele NVA-Angehörige kannten die Vorgeschichte der militärischen Ereignisse nicht, und die Informationen, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte, waren damals recht spärlich.

Gerade deshalb ist es gut, sich an bestimmte Fakten zu erinnern. Unbestritten ist, daß die CSSR seit Mai 1955 Mitglied des „Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ war. Als Antonin Novotny an der Spitze von Partei und Staat stand, kam es in den 60er Jahren zu einer sich mehr und mehr zuspitzenden Lage. Im Juni 1966 fand der XIII. Parteitag der KPC statt. Neben der Behandlung gesellschaftlicher und ökonomischer Probleme wurde auch auf die Gefahr des rechten Revisionismus hingewiesen. Die führende Rolle der Partei und die Umsetzung des Marxismus-Leninismus sollten oberstes Prinzip bleiben. Dennoch entstand in der Folgezeit ein Freiraum für die Verbreitung antisozialistischer Ansichten. Auf dem 4. tschechoslowakischen Schriftstellerkongreß im Juni 1967 trat erstmals eine rechtsorientierte Gruppe offen auf. Pavel Kohout und Ludvik Vaculik griffen die gesellschaftliche Ordnung im Lande scharf an und wiesen die Parteipolitik zurück. Sie verfochten einen bürgerlichen Pluralismus, visierten die Zerschlagung der sozialistischen Macht und die Ausschaltung der KP an. In der Folgezeit ergriff Novotny Maßnahmen, um seinen die Widersprüche in der Gesellschaft der CSSR noch verschärfenden Kurs zu forcieren. Die Verbandszeitschrift der Schriftsteller „Literani Listy“ wurde verboten. Aufsässige kommunistische Autoren erhielten Parteistrafen oder wurden ausgeschlossen, die Zensur wurde strenger. Diese Haltung Novotnys erzeugte Unwillen bei Teilen der Intelligenz und auch unter Spitzenfunktionären. Auf einer Tagung des Zentralkomitees der KPC im Oktober 1967 stießen Novotny und einige andere mit der Opposition innerhalb der Partei

zusammen. Auf der Tagung des ZK im Dezember sollte es zu einer Lösung der Krise kommen. Novotny stellte unter starkem Druck seine Funktion als Parteichef zur Verfügung. Die Tagung wurde unterbrochen und auf Januar verschoben. Am 4. Januar 1968 wurde Novotny als 1. Sekretär der KPC von dem Slowaken Alexander Dubcek abgelöst. Er behielt lediglich das Amt des Präsidenten der Republik. Es gab scharfe Kontroversen zur Frage nach dem weiteren Weg der CSSR. Dabei traten zwei Flügel des ZK in Erscheinung. Während sich die einen für die Beibehaltung des sozialistischen Kurses aussprachen, verlangten die anderen radikale „Öffnungen“. Dubcek betonte verbal die Bereitschaft, das Bündnis mit der Sowjetunion weiter zu festigen.

Prag 1968: „Frühling“ oder Konterrevolution?

Seine Handlungen veranlaßten aber die Bruderstaaten zu einer skeptischen Beurteilung der Situation. Ende Januar ließ Dubcek die von Novotny verbotene Wochenzeitung „Literani Listy“ wieder zu. Die völlige Abschaffung der Zensur, beschlossen am 4. März auf Veranlassung Dubceks, war die folgenschwerste innenpolitische Entscheidung des Jahres 1968. Alle Schleusen tendenziöser bürgerlicher Desinformation wurden geöffnet. Die Medien trieben die krisenhafte Entwicklung in der Tschechoslowakei voran. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen entglitten völlig der Partei. Sie entwickelten sich rasch zu einer antikommunistischen Gegenmacht. Die Zersetzung der Grundprinzipien und Grundwerte des Sozialismus und die Desorientierung der Bevölkerung ergab sich zum großen Teil aus der Herrschaft der rechten Opportunisten und der antisozialistischen Kräfte über die Mittel der Massenkommunikation. Das politische Klima des sogenannten Prager Frühlings wurde in entscheidendem Maße durch diese geprägt. Sie heizten direkt die konterrevolutionären Aktionen an. Zwischen dem Januarplenum und dem Dresdner Treffen der Staaten des Warschauer Vertrags am 23. März 1968 trat ein politischer Kurswechsel ein, der mit Kaderveränderungen in der KPC verbunden war. Auf allen Ebenen wurden Funktionäre abgelöst. Im Lande entstand ein gewalttätiges Klima. Aufrechte Kommunisten wurden bedroht und angegriffen. Im Juni 1968 erschien das berühmte „Manifest der 2000 Worte“ des Schriftstellers Ludvik Vaculik, welches nicht nur die Rolle der

KPC im Prozeß des „Prager Frühlings“ attackierte, sondern allgemein das Tromelfeuer auf den Sozialismus richtete. Die sozialistischen Bruderstaaten der CSSR bezeichneten es als Plattform der Konterrevolution. Hierin wurden sie durch den stellvertretenden CSSR-Ministerpräsidenten Gustav Husak bestärkt, der von einer „Atmosphäre des Terrors“ sprach. Am 18. Juni begann die Sowjetarmee gemeinsam mit tschechoslowakischen, polnischen und NVA-Einheiten das Militärmanöver „Sumava“ (Böhmerwald), das unter anderem auf dem Boden der CSSR stattfand. Bei dieser Übung sollte das Abwehrverhalten im Falle einer Intervention der NATO-Streitkräfte geübt werden. Der DDR-Aufklärung war bekannt, daß Anfang September ein Manöver der Bun-

deswehr und von Verbänden der 7. USA-Armee in der Nähe der Grenze zur CSSR geplant war. Auf einen „Hilferuf“ der antisozialistischen Kräfte wollten sie in die CSSR einmarschieren. Westliche Geheimdienste finanzierten antikommunistische Gruppen und koordinierten deren Schritte. Warnungen der Staaten des Warschauer Vertrags wurden von Dubcek und seinen Gefolgsleuten zurückgewiesen. Die CSSR stand am Rand eines Bürgerkrieges.

In dieser Situation wandten sich verantwortungsbewußte tschechoslowakische Kommunisten, unter ihnen Parteiführer wie Alois Indra, Vasil Bilak, Drahomir Kolder, Antonin Kapek und Oldrich Svestka an die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten, dem Volk der CSSR dringend Hilfe – auch durch bewaffnete Kräfte – zu gewähren. Dem Ersuchen wurde entsprochen und der Einmarsch der Vereinten Streitkräfte international abgesichert. Am 19. August übergab Dobrynin, der Botschafter der UdSSR in den USA, Präsident Lyndon B. Johnson eine diplomatische Note, die versicherte, daß die Blockgrenzen in Europa, unabhängig von allen Truppenbewegungen in der Tschechoslowakei, nicht verletzt werden würden. Am 16. Oktober 1968 wurden die Truppenteile der NVA wieder dem Oberkommando der DDR unterstellt. Einen Tag später erfolgte ihre Verlegung in die Stammobjekte. Ohne in der CSSR zu handeln, hatten sie ihren Beitrag zur Sicherung der tschechoslowakischen Staatsgrenze und damit des Friedens in Europa geleistet.

Heinz Pocher

Glaubt man den gleichgeschalteten Medien, so wurde prosperierenden osteuropäischen Ländern durch die Rote Armee mit Hilfe aus Moskau importierter Kommunisten der Sozialismus übergestülpt. Man vergißt hierbei, daß es in Ungarn, der Slowakei, Lettland und Estland schon früher kurzzeitig Räterepubliken mit Kommunisten an der Spitze gegeben hatte. In Bulgarien und Polen fanden 1923 Aufstände statt, die von Arbeiterparteien geführt worden waren. Diese Länder galten außer der CSR als „Armenhäuser Europas“, „strukturschwache Regionen“, Agrarländer mit fast nur bäuerlicher Bevölkerung. Das allgemeine Bildungsniveau war niedrig, ein weit verbreitetes Analphabetentum die Regel. Die schwach entwickelte Arbeiterklasse verstreute sich auf zumeist kleinere Betriebe. Der Lebensstandard unterschritt erheblich

die CSR faschistische bzw. faschistoide Diktaturen errichtet wurden. Mit dem erneuten Aufschwung der Klassenkampfaktivitäten in den 30er Jahren setzten diese Regimes auf blanke Gewalt. Ihr Sturz war gewissermaßen vorprogrammiert und nur noch eine Frage der Zeit und von Erschütterungen, wie sie der Zweite Weltkrieg mit sich brachte.

Heute wird in Osteuropa die Bedeutung der Kommunisten im nationalen Prozeß geleugnet oder heruntergespielt. Doch was ist tatsächlich geschehen? Der Kampf gegen „den Kommunismus“ war von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer Staatsdoktrin. Dafür hatten die Machthaber viele Organe geschaffen. Linke und Antifaschisten wurden generell als Kommunisten eingestuft und grausam verfolgt. Sie hätten in den meisten Parlamenten keine Rolle gespielt, heißt es.

Wie sich die Volksfrontpolitik in Osteuropa durchsetzte

das Niveau Westeuropas. Daher war der Reformismus der Sozialdemokratie hier auch nicht so tief verwurzelt und Radikalisierungen solcher Parteien schneller möglich. Ausnahmen bildeten die Sozialdemokraten Ungarns und der CSR, wo sie organisatorisch stark und ideologisch in der Arbeiterklasse dominant waren.

Charakteristisch für diese Region war das Überwiegen kleinbürgerlicher Schichten und eine gesteigerte Rolle der Intelligenz. Zugleich wirkten feudale Relikte wie mittelalterlich handelnde Kirchen (vor allem katholische und orthodoxe) sowie der Großgrundbesitz hemmend auf die Entwicklung. Demzufolge bestanden hier als Gegengewicht stark politisierte Bauernbewegungen und ein weit verbreiteter Antiklerikalismus, der sich durch alle Klassen und Schichten zog.

Im Zuge der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit hatte es bedeutende Veränderungen gegeben. Aber die bürgerlich-demokratische Revolution blieb unvollendet. Das betraf die andauernde Herrschaft der Gutsbesitzer, die Einmischung der Kirche in alle Bereiche, den Landhunger der meisten Bauern und Landarbeiter, den niedrigen Bildungsstand.

Die mit der schwachen Bourgeoisie verbundenen Teile der Intelligenz waren bestenfalls an Reformen, nicht aber an weitgehenden Umwälzungen interessiert. Daher drangen sie auf die Konservierung bestehender Verhältnisse. Mit dem immer stärkeren Widerstand der Werktätigen (Demonstrationen, Streiks, Aufstände, Wahlerfolge der Linken usw.) waren für die herrschende Klasse die Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie als Form der Machtausübung ausgereizt, so daß bis auf

Doch können Parteien nur nach ihrer diesbezüglichen Stärke beurteilt werden? Zudem hatten die Parlamente unter den Diktaturen ohnehin ihre politische Bedeutung verloren. Fast alle kommunistischen Parteien außer der KPC wirkten in tiefster Illegalität. In den Gefängnissen befanden sich mehr ihrer Genossen als in Freiheit. Diese arbeiteten überwiegend in anderen Linksparteien und in den Gewerkschaften oder in Ersatzorganisationen. Ohne diese Verwurzelung wären die späteren Erfolge der Kommunisten undenkbar gewesen. Dennoch waren sie trotz zeitweilig erheblicher Diskriminierungen durchaus in Parlamenten vertreten: In Bulgarien erhielten sie 1939 rund 28 % der Stimmen, in Jugoslawien 14 % (1921), in der CSR 10 % (1938), in Estland 9,5 % (1922), in Litauen 5 % (1922), in Griechenland 4,4 % (1928) und in Polen 4 % (1928). In Ungarn und Rumänien wurden keine entsprechenden

Parteien zu Wahlen zugelassen. Undemokratische Gesetze verhinderten die Kandidatur später auch in anderen Ländern.

In der zweiten Hälfte der 30er Jahre ergaben sich neue Möglichkeiten. Die Kommunisten konnten dank einer veränderten Taktik zur Offensive übergehen. Nach dem Vorbild der Volksfronten in Frankreich und Spanien, die der Linie des VII. Weltkongresses der Komintern entsprachen, gelang es ihnen, unter den Werktätigen und der Intelligenz verstärkt an Einfluß zu gewinnen. Ihre Forderungen nach Enteignung der Großgrundbesitzer und Landverteilung an arme Bauern und Landarbeiter, Erlaß der Schulden, Arbeitsbeschaffungsprogrammen, Beseitigung des Bildungsnotstandes, Lohnerhöhungen und Sozialmaßnahmen waren populär und zugkräftig. Zunächst mußten aber die antidemokratischen Diktaturen gestürzt werden. Dazu formierten sich breite Allianzen unter Beteiligung der Kommunisten. So nahm die Schaffung der Grundlagen für antifaschistische Volksfronten auch angesichts der Bedrohung durch Nazideutschland konkretere Formen an. Die erste Volksfront in Südosteuropa entstand 1934 in Griechenland. Sie konnte aber nach einem faschistischen Putsch wieder zerschlagen werden. Die angestrebte polnische Volksfront kam auch wegen der durch äußere Umstände erzwungenen Auflösung der KP nicht zustande. Einzig den litauischen Kommunisten gelang es seit dem Frühjahr 1939, Komitees der Patriotischen Verteidigungsfront zu schaffen, aus denen 1940 die erste Volksregierung hervorging.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beschleunigte diesen revolutionären Prozeß, doch in den einzelnen Ländern veränderten sich Kampfbedingungen und politische Prioritäten. Bei der Herausbildung von antifaschistisch-demokratischen Bündnissen spielten die Erfahrungen der Volksfrontaktivitäten eine wichtige Rolle. Je nach Situation und Kräfteverhältnis gab es Zusammenschlüsse sämtlicher Linkskräfte: in Jugoslawien und Griechenland 1941, in Albanien 1942, in Polen, Bulgarien und Rumänien 1943, in Ungarn 1944 oder in der Tschechoslowakei 1945, als ein Block aller antifaschistischen Parteien – darunter auch der bürgerlichen – geschaffen wurde. Bis auf die CSR waren die Bündnisse vor dem Eintreffen der Roten Armee zustande gekommen und mit Leben erfüllt worden. Die Völker Griechenlands, Albaniens und der größte Teil der Jugoslawen konnten sich selbst befreien. Die Ziele des Kampfes waren überall identisch: Vertreibung der deutschen Faschisten, Ablehnung des Vorkriegsregimes, Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Säuberung des Staatsapparats von Faschisten und Kollaborateuren, Nationalisierung, Bodenreform, Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, weitreichende soziale Umgestaltungen. Sie zu erreichen gab es trotz mancher Widerstände und Gegensätze einen die Bevölkerungsmehrheit umfassenden Konsens.

Dr. Bernhard Majorow

Am 27. August begeht der stellvertretende Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins,

Genosse Prof. Dr. Götz Dieckmann
aus Belzig seinen **65. Geburtstag**.

Redaktion und Vereinsvorstand übermitteln dem gestandenen Kommunisten und namhaften Wissenschaftler herzliche und solidarische Grüße.



War die Schweiz Spionageziel?

Als Herr Dr. Veleff mich vor geraumer Zeit fragte, ob ich ihm als Zeitzeuge für die Erarbeitung seines Buches zur Verfügung stehen würde, reagierte ich zunächst zögerlich. Meine Erfahrungen in den vergangenen sechzehn Jahren mit Bundesbehörden und der Presse waren nicht die besten. Was da aus „Siegersicht“ über das MfS und die NVA verbogen und gelogen wurde und wird, macht mißtrauisch. Das war in diesem Falle, wie das vorliegende Buch von Peter Veleff zeigt, nicht angebracht.

Ihm geht es nicht darum, alte Feindbilder zu bedienen. Der Leser soll erfahren, wie es gewesen ist, und nicht, wie es nach staatlichen Vorgaben gewesen sein soll. Als ehemaliger Untersuchungsrichter und Abwehroffizier der Schweiz, der u. a. in der Neutralen Überwachungskommission für den Waffenstillstand in Korea tätig war, untersuchte er die Aktivitäten der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (HVA) und der Militäraufklärung der Nationalen Volksarmee in akribischer Weise. Neben Akteneinsicht, Nachforschungen in Archiven und Befragung von Zeitzeugen berücksichtigte er auch die Aussagen in bereits vorliegender Literatur. Im Ergebnis seiner Recherchen geht Dr. Veleff davon aus, daß die Schweiz „kein Hauptland“ der Aufklärung für die HVA und die Militäraufklärung der NVA war. Sie wurde

auch nicht als potentieller militärischer Gegner betrachtet. Daß diese These zutrifft, wird im Buch eindeutig nachgewiesen. Es gab seitens der DDR zu keinem Zeitpunkt Aufgabenstellungen oder Handlungen ihrer Aufklärungsdienste mit dem Ziel der Destabilisierung der Schweiz und ihrer Verteidigungsfähigkeit. Für den Autor blieben aber auch einzelne Fragen offen, die auf Grund der Vernichtung von Unterlagen und Nichtgenehmigung einer Einsichtnahme in vorhandene Akten sowie Gesprächsverweigerung noch nicht geklärt werden konnten. Die Militäraufklärung der DDR hatte in den sechziger Jahren, dem generellen Auftrag folgend, keine militärische Überraschung zuzulassen und auf einen möglichen Spannungs- und Kriegsfall vorbereitet zu sein, auf dem Territorium der Schweiz eine Residency für Verbindung und Versorgung aufgebaut. Nach Enttarnung und Verhaftung der Mitarbeiter, angeworbene Schweizer Bürger gab es nicht, wurden keine neuen Agenten eingeschleust oder in der Schweiz geführt. Die Aufgabenstellung zur Verhinderung einer militärischen Überraschung sowie die Aufklärung der politischen und militärischen Aktivitäten der NATO-Staaten blieb bestehen. Sie wurde in der Schweiz von legalen Positionen aus geführt. Dr. Veleff hat auch zu diesem Kapitel umfangreiche Untersuchungen und Ermittlungen vorge-

nommen. Die Ergebnisse sind in seinem Buch dargestellt. Die beigelegten Kopien von Anforderungen des „Zentrums“ und Berichten der Attachés geben dem Leser einen Einblick in das System der Führung und Berichterstattung der Arbeit von legalen Positionen. Dem Autor sei für die sachlichen und umfangreichen Ausführungen zum Thema gedankt. Auch für die Worte, die er eingangs seiner Darlegungen äußert: „Ich habe es stets als eine Annäherung empfunden, zu glauben, daß nur der eigene Standpunkt der absolut richtige sei, ohne sich je die Mühe gegeben zu haben, eine Sache auch einmal aus der Warte eines anderen zu betrachten, sei es in der Religion, in der Politik oder ganz einfach im Alltag.“

Das Buch „Spionageziel Schweiz?“ ist für Politiker, Militärs, Wirtschafts- und Abwehrexponenten als lohnende Lektüre zu empfehlen. Dem an Zeitgeschichte interessierten Leser ohnehin. An einigen Stellen verwendete der Autor die im eidgenössischen Militär gebräuchliche Dienststellungsbezeichnung „Kommandant“ auch für die NVA. Die Entsprechung ist jedoch „Kommandeur“.

Oberst a. D. Harry Schreyer

Peter Veleff: Spionageziel Schweiz? Die Geheimdienste der DDR und deren Aktivitäten in der Schweiz, Orell Füssli Verlag AG, Zürich 2006, 280 Seiten, 32,80 Euro

Das Ende des „amerikanischen Traums“

Für eine amerikanische Familie ist es das Ende des „amerikanischen Traums“. Das Erwachen ist bitter und böse.

Dies ist die Geschichte von vier Generationen der Familie Roy, deren Wohlstand sieben Jahrzehnte lang auf Arbeit bei General Motors (GM) gegründet war.

Jerry Roys Urgroßvater John Wesley Roy kam 1931 von Missouri nach Michigan, mitten in der Depression. Er baute ein Haus, fünf Blocks nördlich der GM-Filiale Delco, wo er zehn Jahre lang arbeitete, bis er einen Betriebsunfall erlitt und sich aufs Land zurückzog. Roys Großvater Edward arbeitete während des Krieges in der Delco-Fabrik, als sie zur Waffenschmiede umgebaut wurde. Er erzählt noch heute die Geschichte, wie eines Tages ein Maschinengewehr von seinem Montage-Stand aus plötzlich begann, Löcher in die Wand der Cafeteria zu schießen. Jerrys Vater Gerald arbeitete ab 1951 erst bei GM und seit 1954 bei Delco. Seine Schwester, sein Onkel und seine zukünftige Frau Dolores waren alle dort beschäftigt. Für ihn waren es die „goldenen Jahre“. Das Werk lief 24 Stunden non-stop, in drei Schichten.

Die massive Expansion der amerikanischen Autoindustrie in den fünfziger und sechziger Jahren schuf die Basis für den Gesellschaftsvertrag mit der Arbeiterschaft. Noch im Jahr 1914 hatte Henry Ford den Arbeitern 5 Dollar pro Tag geboten. Jetzt gab es Gesundheitsversicherung und Pensionsgelder und ein Einkom-

mensniveau, das den Lebensstandard der Mittelklassen ermöglichte. Nach Gary N. Chaison, Professor für Arbeitsbeziehungen an der Clark-Universität in Worcester (Massachusetts), lieferte die Autoindustrie Elite-Jobs – wohl harte Arbeit, aber Sicherheit, guten Lohn und den Lebensstil des Bürgertums.

Aber jetzt, da GM und andere Werke der Autoindustrie um ihre Existenz kämpfen, um in einer Welt der brutalen Konkurrenz zu überleben, hat man in Detroit vor, immer mehr Arbeitsplätze in der Produktion einzusparen. Arbeitsverträge werden umgeschrieben oder überhaupt annulliert. Jerry Roy, 49, und Vater Gerald, 71, sind bereit, soziale Privilegien zu opfern, um Arbeitsplätze zu halten. Robert S. Miller, Spezialist für Industriepolitik und Direktor der Firma Delphi, erklärte in einem Interview im Oktober, daß sich Delphi und die Industriegewerkschaft United Auto Workers auf Kollisionskurs befinden. Delphis Reorganisationsvorschläge sind jedoch so radikal, daß die Gewerkschaft von Konfrontation spricht. Nicht nur soll das Unternehmen seine 34000köpfige Belegschaft in den USA um zwei Drittel reduzieren, sondern auch die Löhne von 30 Dollar pro Stunde auf 10 Dollar herabsetzen. Außerdem empfiehlt Delphi beträchtliche Kürzungen der Gesundheitsversicherungs- und Pensionsgelder, obschon GM vertraglich verpflichtet ist, diese Kosten zu übernehmen.

Aber Delphi hält noch mehr Überraschungen bereit. In einem internen Papier, das

der „Detroit News“ zugespielt wurde, heißt es, daß das GM-Werk in Flint, Michigan, in welchem Jerry Roy arbeitet, zur Schließung vorgesehen ist. Tausende von Arbeitsplätzen sollen nach Übersee „ausgelagert“ werden. Anfang November willigten Mitglieder der UAW-Gewerkschaft zögernd ein, ihre Gesundheitsversicherung um fast 20 % (15 Milliarden Dollar) zu kürzen, was für den alten Gerald Roy den Verlust einer Jahresprämie von 752 Dollar bedeuten wird. Zur Zeit ist GM Amerikas größte private Krankenversicherungsanstalt, die mehr als eine Million Mitglieder zählt. Sollten die Lohnkürzungen stattfinden, werden so manche GM-Arbeiter gezwungen sein, notwendige medizinische Eingriffe zu verschieben oder Schulung, Fachausbildung und Studium ihrer Kinder nicht mehr finanzieren zu können.

Trotzdem beweisen die Arbeiter beachtenswerte Loyalität gegenüber „ihrer“ Firma. Ein Arbeitskollege Gerald Roys, Larry Mathews, der vor einigen Jahren an Asbestose starb, die er sich in einer Sektion der Fabrik geholt hatte, lehnte es ab, die Firma auf Schadensersatz zu verklagen. „Alles, was ich habe, verdanke ich diesem Unternehmen. Ich werde es jetzt nicht auch noch verklagen!“ Trotz aller Opferbereitschaft der bedrängten Menschen hat GM vor, bis Ende 2008 weitere 86 000 Arbeitsplätze zu liquidieren, um die Produktionskosten auf ein Minimum herunterzuschrauben. Profit, Profit über alles ...

**Aus: „New York Times“
Übersetzung: Dr. Vera Butler**



te. Der winterliche Nieselregen vermischte sich mit den Tränen auf ihren Gesichtern. Warum standen diese spanischen Arbeiter und katalonischen Bauern im Regen? Wurde hier ein Monarch zu Grabe getragen, ein hoher Würdenträger, ein verdienter Staatsmann?

Sie erwiesen einem Menschen die Ehre, der einer der ihren war. Von dem sie wußten, daß er tapfer und unermüdlich für die Menschenrechte kämpfte und für sie sein Leben gab. Für das elementare Recht des Menschen zu essen, zu leben, zu arbeiten, zu wohnen. Grundrechte, die nirgendwo verbriefte, Menschenrechte, die den Proletariern verweigert wurden.

Wie anmaßend dagegen klingt der Begriff der „Human rights“ aus dem Munde von Politikern einer Klasse, die seit eh und je die Rechte der einfachen Menschen mit Füßen traten. Ihre Traditionen sind Kolonialismus, Ausbeutung, Kinderarbeit, Massenverelendung, Rassismus und Kriege. Verheerende Kriege. Zu dem englischen Journalisten Ronais Baker sagte Hans Beimler auf dem Weg zur Front: „Das hier, Spanien, ist ein Teil meines Lebens. Das heißt, daß ich für alles, was in dieser Welt geschieht, mitverantwortlich

Gefallen vor Madrid

Ein Leben für die Menschenrechte

Spanien 1936. Der 1. Dezember war ein kalter Wintertag. Leichter Nebel lichtete sich über den Stellungen der Interbrigaden. Hans Beimler war auf dem Weg zu den MG-Schützen des Thälmann-Bataillons im Park Casa del Campo, westlich von Madrid. Ruhe an der Front. Lauernde Stille. Da zerriß ein Schuß das trügerische Schweigen. Mitten ins Herz getroffen brach Hans in die Knie, er hatte noch die Kraft, seinen Kameraden ein letztes „Rot Front!“ zuzurufen, dann sank sein Körper zur Seite. Hans Beimler war tot.

Was war das für ein Leben, das hier zu Ende ging? Es war geprägt von Kampf, Wagemut, selbstlosem Einsatz und hoher Verantwortung. Dieses Leben galt ganz und uneingeschränkt der sozialen und politischen Befreiung der unterdrückten Menschen.

Beimler war Reichstagsabgeordneter und Mitglied des ZK der KPD. Nach 1933 von den Nazis verfolgt, gefangen, unmenschlich gequält und gefoltert. Legendär wurde seine geglückte Flucht aus dem Konzentrationslager Dachau. Danach wurde er bei seiner illegalen politischen Arbeit durch ganz Europa gehetzt und schließlich durch eine faschistische Kugel aus dem Lauf eines deutschen Gewehrs getötet.

Tage später standen Zehntausende Spalier, als sein Sarg durch Barcelona gefahren wurde. Zehntausende einfacher Leu-

bin. Jeder von uns Kämpfern weiß, daß er hier steht, um den Frieden aller Europäer zu sichern.“

Beimler ist 70 Jahre tot. Der Film über ihn ist fast 40 Jahre alt. Schnee von gestern? Legende? Nicht mehr aktuell? Unsere Zeit ist unter anderem auch geprägt von den Kämpfen der vergangenen Generationen. Tausende und Tausende gaben Blut und Leben.

Ich zähle zu der Generation, die den Faschismus bewußt miterlebt hat, und keine bestimmte Vorgänge und Tatsachen aus eigenem Erleben. Dieses Wissen und die daraus gereiften Erkenntnisse wollte ich mit diesem und meinen anderen Filmen weitervermitteln. Nicht zuletzt in diesem Sinne haben die Schlußzeilen aus dem Ernst Busch-Lied Bedeutung:

*Kann dir mein Wort drauf geben,
Vencerá la libertad!*

*Dem Feind wird nicht vergeben,
du bleibst in unsrem Leben,
Hans Beimler, Kamerad!*

Rudi Kurz

Autor und Regisseur des Fernsehfilms
„Hans Beimler, Kamerad“

Rudi Kurz

Geboren am 9. Mai 1921, Filmautor und Regisseur. Schauspielstudium in Mannheim. Seine Lehrzeit war die fünfjährige Arbeit als Schauspieler, Dramaturg und Oberspielleiter am Landestheater Altenburg. Danach fünf Jahre Regisseur am Schauspielhaus und an den Kammerspielen in Leipzig, Intendant des Jugendtheaters und daneben Dozentur an der Theaterhochschule Leipzig. 1958 bis 1960 erste Begegnungen mit Film und Fernsehen. Inszenierung von etwa zwanzig Fernsehspielen und einer Reihe von Filmen.

Große Publikumserfolge waren der fünfteilige Fernsehfilm „Das grüne Ungeheuer“ ebenso wie die 13teiligen Serien „Archiv des Todes“ und „Front ohne Gnade“. Seit dem fünfteiligen Film über das Leben Manfred von Brauchitschs „Ohne Kampf kein Sieg“ schrieb Rudi Kurz die Drehbücher zu seinen Filmen selbst. 1969 erhielt er den Nationalpreis 1. Klasse für den Fernsehfilm „Hans Beimler, Kamerad“.

Auswahl-Filmographie

- Vielgeliebtes Sternchen* (1961)
- Das grüne Ungeheuer*
(5 Teile, 1962)
- Die Spur führt in den siebenten Himmel* (5 Teile)
- Ohne Kampf kein Sieg* (5 Teile, 1966)
[über Manfred von Brauchitsch]
- Der Mann aus Kanada* (1967)
- Treffpunkt Genf* (1968)
- Projekt Aqua* (1969)
- Hans Beimler, Kamerad*
(4 Teile, 1969)
- Artur Becker* (3 Teile, 1971)
- Das Geheimnis der Anden*
(5 Teile, 1972)
- Der Leutnant vom Schwanenkietz*
(3 Teile, 1974) [Über die Arbeit eines Volkspolizisten mitten in Berlin]
- Ernst Schneller* (2 Teile, 1977)
[Die Geschichte des Arbeiterführers, Lehrers und Kommunisten]
- Archiv des Todes* (13 Teile, 1980)
[Über das NS-Archiv Wieliczka]
- Front ohne Gnade* (13 Teile, 1984)
[Der Kampf gegen Faschismus und Krieg in Deutschland, Spanien und der Sowjetunion zwischen 1934 und 1945]

Ruth Rewald: Zwischen Spanien und Auschwitz

Ruth Rewald – eine der bedeutendsten Kinder- und Jugendbuchautorinnen der 30er Jahre – ist in ihrem Werk durch den Spanischen Bürgerkrieg, die Bombardierung Guernicas und die blutigen Auseinandersetzungen zwischen linken Gruppen in Barcelona beeinflusst. Ihr Leben wird aber vor allem durch den Umstand geprägt, daß ihr Mann Hans Schaul bereits seit September 1936 in den Internationalen Brigaden kämpft.

Hier liegen auch die Wurzeln für ihr letztes Kinder- und Jugendbuch „Vier spanische Jungen“.

Ruth Rewald verfolgt zunächst in Paris den Gang der Ereignisse anhand von Briefen, die sie aus Spanien von ihrem Mann erreichen. Weitere Informationen erhält sie aus den Medien. Mit zunehmender Heftigkeit der Kampfhandlungen, aber auch unter dem Eindruck wachsender Solidarität und des Engagements vor allem von Schriftstellern, wachsen ihr Verständnis und das bewußte Eintreten für die Sache der spanischen Republik.

Als am Nachmittag des 16. Juni 1937 im Bereich des Frontabschnitts der XIII. Internationalen Brigade, die tief im Süden Spaniens eingesetzt ist, vier Jungen aus dem Bergarbeiterstädtchen Penarroya zum Bataillon „Tschapajew“ stoßen, ist der Kommunist Hans Schaul Zeuge dieser Begebenheit, von der eine große Faszination ausgeht. Nur so wird die beträchtliche Aufmerksamkeit verständlich, die sie hervorruft.

Schaul und seine Kampfgefährten entwickeln gemeinsam die Idee, aus der Geschichte ein Buch zu machen, und bitten Ruth Rewald, es zu schreiben. Aus Schauls Briefen kann die Entstehungsgeschichte nachgezeichnet werden.

Um ihre Kenntnisse über den Krieg, das Land und dessen Geschichte sowie über die reale Lage der Kinder zu vertiefen, begibt sich Ruth Rewald mit Unterstützung von Heiner Rau und Gustav Regler selbst für vier Monate nach Spanien. In den Monaten November/Dezember 1937 und Januar/Februar 1938 lebt und arbeitet sie im Kinderheim „Ernst Thälmann“, das von der XI. Internationalen Brigade für spanische Kinder, Opfer des grausamen Krieges, eingerichtet und unterhalten wurde.

Nach Paris zurückgekehrt, beginnt sie unverzüglich mit der Niederschrift, um nach ihren eigenen Worten die internationale Solidarität mit Spaniens Kindern anzuspornen und selbst einen Beitrag dazu zu leisten. Sie beendet die Arbeiten am 30. September 1938. An diesem Tag schickt sie das Manuskript an den Tiden Norsk Forlag in Oslo, der schon ihre beiden anderen Bücher herausgebracht hat. Sie bietet es in der folgenden Zeit weiteren Verlagen ohne Erfolg an. Lediglich einige Kurzgeschichten, die auch zur

literarischen Ausbeute ihres Spanien-Engagements gehören, kann sie in schweizerischen Frauenzeitschriften unterbringen.

So bleibt auch diese Arbeit fast 50 Jahre unveröffentlicht, produziert „für die Schublade“, wie es F. C. Weiskopf ausgedrückt hat. Als sie 1987 in Buchform erscheinen konnte, stellte der Leiter der Hamburger Arbeitsstelle für Deutsche Exilliteratur, Frithjof Trapp, fest: „Das ist ein in jeder Hinsicht bemerkenswerter aufregender Fund!“ Das Buch hat inzwischen zahlreiche Reaktionen hervorgerufen. Im März 1988 wurde es von

formalen Meisterschaften zugunsten von Werken in den Hintergrund, die sich aus konkretem Anlaß mit einer unmittelbaren Zielstellung ergaben.

Es entstand eine Dichtung, die sich dem Tagesereignis verpflichtet fühlte, die polemisch auf sofortige und unmittelbare Wirkung drängte, und die sich im Fall des Spanischen Bürgerkrieges darauf konzentrierte, „einer Sache zu dienen, die sie nicht nur als Sache der spanischen Massen, sondern der Freiheit überhaupt ansahen“. Diese Merkmale zeigen sich auch in Ruth Rewalds „Vier spanische Jungen“.

Das Buch ist, wie viele Exilarbeiten, nicht frei von vordergründig agitatorischen und geschichtsillustrativen Momenten. In seiner sprachlichen Gestaltung weist es nicht durchgängig poetischen Glanz auf. Stereotypen und eine sparsame Verwendung von Metaphern fallen ins Auge. Allerdings ist seine aufklärerische Funktion hoch zu veranschlagen. Auch wenn Ruth Rewalds kindliche Helden nicht als Entwicklungsfiguren angelegt sind, gewinnen sie durch die Vielfalt ihrer Lebensbeziehungen individuelles Profil und Ausstrahlungskraft. Der Wert der Geschichte besteht vor allem darin, daß sie für die Gegenwart erschlossen werden kann. Es wird eine historische Grunderfahrung akzentuiert, die für das Heute fruchtbar zu machen ist.

Den fürchterlichen Konsequenzen Hitlerscher Erziehungspraxis stellt die Autorin Prinzipien entgegen, die für die exilierten antifaschistischen Schriftsteller Bedingung waren: Solidarität, Völkerfreundschaft, Hilfsbereit-

schaft den Schwachen gegenüber, konsequente und begründete Antikriegshaltung.

In den Tagen und Wochen des September 1939 trennen sich endgültig die Wege von Hans Schaul und Ruth Rewald. Hans wird zunächst im Lager Le Vernet interniert, später in Algerien. Von dort aus geht er in die Sowjetunion und nach 1945 in die DDR, wo er u.a. als Chefredakteur der Zeitschrift „Einheit“ tätig ist.

Ruth Rewald und Töchterchen Anja müssen, als sich Anfang Juni 1940 die deutschen Truppen rasch auf Paris zubewegen, nach Les Rosiers-sur Loire fliehen, wo sie am 29. November 1940 eintreffen. Über die Zeit bis zu ihrer Deportation sind wir durch zahlreiche Postkarten informiert, die ihr Mann empfangen hat und retten konnte, darunter auch jene letzte vom 18. Juli 1942.

Danach verlieren sich ihre Spuren in den Verbrennungsöfen von Auschwitz.

Dr. Dirk Krüger



der „Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur“ als „Buch des Monats“ ausgezeichnet.

Es waren die aktuellen Ereignisse in Spanien, die das Manuskript zu „Vier spanische Jungen“ provozierten, und sie waren es auch, die es zum Zeitpunkt seiner Fertigstellung scheinbar überflüssig machten. Bei vertiefter Analyse zeigt sich aber, daß dieses Buch aufgrund seiner inhaltlichen und literarisch-ästhetischen Qualitäten das Format hat, die Zeit zu überdauern, in der es angesiedelt ist. Dennoch sind deutliche Charakteristika jener Jahre unübersehbar.

War schon das Exil eine geschichtliche Ausnahmebedingung, die eine entsprechende literarische Form erzeugte, so trug der Spanische Bürgerkrieg dazu bei, diese Konstellation noch zu verstärken. Unter seinem Eindruck ist es bei vielen Autoren zu einer Akzentverschiebung gekommen, hin zu einem mehr politisch-operativen Verständnis von Literatur. Kriterien der

Am 18. August 1956 – vor 50 Jahren – starb Bertolt Brecht in Berlin. Anfangs als Bürgerschreck verschrien, der die beiden Weimarer als „Goethinger und Schillinger“ verspottete, zählt er heute zu den Klassikern der Neuzeit. Brechts beachtliches Lebenswerk wird in den unterschiedlichen Werkausgaben offensichtlich, die in beiden deutschen Staaten und auch gemeinsam verlegt wurden. Die hohen Auflagen der „Ausgewählten Dramen“ Brechts in der „Bibliothek der Weltliteratur“, der „Hundert Gedichte“ und der „Kalendergeschichten“ konnten den Bedarf der Leser nicht hinreichend befriedigen.

Der Suhrkamp-Verlag legte 1967 Brechts gesammelte Werke in zwanzig Bänden vor. Der Aufbau-Verlag Berlin und Weimar brachte bereits zwischen 1955 und 1968 Brechts Stücke in den Bänden I–XVI heraus, beginnend mit „Baal“ und endend mit „Turandot“. In weiteren neun Bänden bot dieser DDR-Verlag in der Zeit von 1961 bis 1969 die Gedichte Brechts an; von der „Hauspostille“ bis zu den wiedergefundenen Versen aus den Jahren 1913 bis 1956. Die Prosa Brechts erschien im Aufbau-Verlag 1973 bis 1975 in vier weiteren Bänden, die seine Geschichten, den „Dreigroschenroman“, „Die Geschichten vom Herrn Julius Cäsar“, die „Flüchtlingsgespräche“ und das „Buch der Wendungen“ enthielten. Brechts Schriften zum Theater, zur Literatur und Kunst und zur Politik und Gesellschaft kamen im Aufbau-Verlag (1964 bis 1968) in weiteren elf Bänden heraus. Sieben Bände „Schriften zum Theater“ reflektieren Brechts lebenslange Auseinandersetzung mit Kunst und Gesellschaft, die von der Opposition zur Position, von der Ablehnung des kapitalistischen Theaterbetriebs zur Entwicklung von Grundsätzen eines neuen Theaters führten. Brecht überprüfte alle Erfahrungen des Welttheaters – vom elisabethanischen Volksschauspiel und dem Volkstheater des deutschen Mittelalters, dem ostasiatischen Theater und dem der Antike, von den Erfahrungen der Agitpropgruppen des Proletariats bis zur jungen sowjetischen Kunst. Die zwei Bände „Schriften zur Politik und Gesellschaft“ vermitteln einen interessanten Einblick in die Entwicklungsphasen und die Kontinuität der Weltanschauung Brechts. In Band 1 begann man mit der Zusammenstellung „Aus Notizbüchern“ (1919–1926) und „Notizen über die Zeit“ (1925–1932) und endete mit dem umfangreichen Kapitel „Studium des Marxismus“ (1926–1939) und „Notizen zur Philosophie“ (1929–1941). Der 2. Band begann mit den „Aufsätzen über den Faschismus“ (1933–1939) und endete unter anderem mit Brechts Stellungnahmen zur DDR und zum 17. Juni 1953. Letztlich wurden 1976 Brechts Tagebücher aus den Jahren 1920–1922 und autobiographische Aufzeichnungen von 1920–1954 in Buchform präsentiert. Diese umfassende, groß angelegte Edition der Stücke, Gedichte, Prosa, Tagebücher und theoretischen Schriften Brechts in rund vierzig Bänden war verständlicherweise für eine breite Leserschaft kaum geeignet. Anlässlich des 75. Geburtstages des Dichters brachte der

Aufbau-Verlag eine Brecht-Auswahl-Ausgabe in fünf Bänden heraus, mit der man eine Volksausgabe anbot. Die Herausgeber Werner Mittenzwei und Fritz Hofmann hatten die Bände sorgfältig ediert, mit einem Vorwort, einer chronologischen Übersicht über Leben und Werk, einem Personenregister sowie Anmerkungen zur Ausgabe versehen und somit wertvolle Lesehilfen angeboten. Die fünf Bände trugen Brechts Namenszug auf dem Cover. Die ersten beiden Bände enthielten die Dramen, Band 3 Lyrik, Band 4 Prosa und Band 5

Fassungen und Varianten und umfangreiche Informationen über die Entstehungs-, Druck- und Wirkungsgeschichte der Werke Brechts Berücksichtigung. Diese Ausgabe war gegliedert in 10 Bände Stücke, je 5 Bände Lyrik, Prosa und Schriften, je 2 Bände Journale und Briefe und einen Registerband. Die Stücke-Bände enthielten auch bisher kaum bekannte dramatische Versuche des jungen Brecht. Diese Werkausgabe stellte für die Editions-geschichte des Brechtschen Werkes eine neue Qualität dar. Zu Brechts 100. Geburtstag 1998

Brechts Nachlaß würde 250 Bände füllen

eine Auswahl theoretischer Schriften. Mit dieser Ausgabe war einem großen Publikum der Zugang zum Lebenswerk des Autors möglich.

1987 begannen die DDR und die BRD gemeinsam Brechts Werke in 30 Bänden – in der sogenannten Großen kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe – zu editieren. Sie entstand in internationaler Koproduktion zwischen dem Aufbau-Verlag Berlin und Weimar und dem Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main. Diese Brecht-Ausgabe betreuten Werner Hecht, Jan Kopf, Werner Mittenzwei und Klaus-Detlef Müller. In ihr fanden auch Journale, Briefe und unterschiedliche

konnte die Ausgabe mit insgesamt 31 Bänden abgeschlossen werden. Es hieß, nun könne alles von dem Schriftsteller gelesen werden. Kurz vor seinem 50. Todestag 2006 wurde die „Brecht-Sammlung Victor N. Cohens“ in das Archiv der Akademie der Künste übergeben. Jene neue Materialsammlung war in Goldach am Zürichsee aufgetaucht. Darunter befanden sich unter anderem Briefe Brechts an Helene Weigel und vierzehn von ihr an ihn. Beim Verkauf von Brechts Nachlaß Ende 1992 an das Land Berlin wurde festgestellt, wollte man diesen komplett veröffentlichen, so würden rund 250 Bände gefüllt.

Dieter Fechner

Wir sind in Gedanken bei unseren Jubilaren

Herzliche Glückwünsche gehen an Genossen

Karlheinz Schütt aus Neustadt-Glewe, der am **16. August** sein **80.** Lebensjahr vollendet.

Gleich fünf Genossen werden in diesem Monat **75**:

Liselotte Wienicke aus Staßfurt (**9. August**),

Werner Holz aus Glowé (**11. August**),

Günter Wurl aus Niendorf (**15. August**),

Manfred Gimbutt aus Eichwalde (**17. August**) und

Heinz Feinbube aus Schönefeld (**31. August**).

Am **19. August** wird

Otto Wdowzyk aus Weimar-Legefeld **70** Jahre alt.

Genosse

Jürgen Specht aus Gera vollendet am **22. August** sein **65.** Lebensjahr.

Der „RotFuchs“ übermittelt allen Geburtstagskindern – darunter auch den hier nicht Erwähnten – Grüße fester Verbundenheit.

Unvergeßlicher Martin Andersen Nexö

Mit großem Interesse und innerer Bewegung habe ich in der Juni-Ausgabe unserer Zeitschrift den Beitrag von Hans Kai Möller über die Beziehung der Familien von Willi Bredel und Martin Andersen Nexö gelesen.

Ich gehöre zu jenen aus der DDR, die das unvergeßliche Erlebnis hatten, den aus ärmlichsten Verhältnissen einer kinderreichen Familie stammenden weltberühmten dänischen Dichter noch selbst kennenzulernen.

Nexö besuchte, 1951 nach Radebeul übersiedelt (ein Jahr später erfolgte sein Umzug auf den Weißen Hirsch in Dresden), das ehemalige Leipziger Jugendwohnheim in der Ferdinand-Rhode-Straße 20, das seinen Namen trug. Elternlos geworden, hatte ich als Jugendlicher dort liebevolle Aufnahme gefunden. Es ist dem damaligen Heimleiter (dessen Name mir leider entfallen ist), einem nimmermüden sozialistisch denkenden und handelnden Pädagogen, zu danken, daß Nexö nach Leipzig eingeladen wurde. Dieser kam der Bitte trotz seines hohen Alters und einer Gehbehinderung bald nach.

Mir ist in guter Erinnerung geblieben, daß er an uns Jugendliche die väterlich mahnenden Worte richtete, vor allem unermüdlich zu lernen und das erworbene Wissen in den Dienst unserer Republik zu stellen, die nunmehr auch für ihn zur Heimat geworden war. Nicht nur bei mir fanden Nexös Worte bald Gehör. Ich absolvierte die ABF Leipzig und diente anschließend fast drei Jahrzehnte in der Grenzpolizei und bei den Grenztruppen der DDR.

Im Mai d. J. nutzte ich einen Kuraufenthalt an der polnischen Ostseeküste, um einen Schiffsausflug nach Bornholm zu unternehmen. Ich hatte genügend Zeit, in der kleinen Hafenstadt Nexö mit meiner Frau das heute als Museum eingerichtete Elternhaus des Dichters aufzusuchen. Hier wuchs er ab 1882 auf. Schon als Elfjähriger war er Hütejunge.

Dieser Museumsbesuch beeindruckte uns stark. Der Begleiter, dem wir uns als frühere DDR-Bürger vorstellten (zudem ist meine Frau Dresdnerin), erläuterte uns in ausgezeichnetem Deutsch das Wirken Nexös. Erfreut registrierten wir, daß im Museum sehr detailliert das Leben des Dichters in der DDR dargestellt wird. Ein einführender Dokumentarfilm darüber machte deutlich, wie Nexö durch



Das Foto aus dem Familienalbum von Heinz Behrendt zeigt Nexö beim Besuch des Leipziger Jugendwohnheims. Unser Autor ist der erste v. r.

den sozialistischen deutschen Staat mit höchsten Ehrungen bedacht wurde. Ich nenne nur die Verleihung des Nationalpreises 1953, die Ehrendoktorwürde der Universitäten Greifswald und Leipzig. In

denkstätte bereits 1991 geschlossen worden sei – ein Schritt kultureller Barbarei, der das geistige Profil der in Sachsen herrschenden konservativ-klerikalen Ministerialbürokratie veranschaulicht.

Heinz Behrendt



Zeichnung des Elternhauses von Nexö

jenem Jahr wurde er auch Dresdener Ehrenbürger. Im Museum sind sämtliche in der DDR in Millionenauflagen erschienenen Werke Nexös ausgestellt, von denen wohl „Morten der Rote“, „Pelle der Eroberer“ und „Ditte Menschenkind“ die weiteste Verbreitung gefunden haben. Sie besaßen in den Lehrplänen unserer Schulen einen festen Platz. Nexö, der Mitglied der KP Dänemarks war, zeichnete sich durch meisterhafte Darstellung des arbeitenden Menschen und besonders einprägsame Kindergestalten aus. Der Besuch in Nexös Elternhaus hat uns vor Augen geführt, daß der unbeugsame revolutionäre Künstler im Herzen des dänischen Volkes weiterlebt.

Erfreulich ist übrigens: In Dresden gibt es nach wie vor ein Gymnasium, das seinen Namen trägt. Vor dem Gebäude steht ein in der DDR geschaffenes eindrucksvolles Denkmal, das den Dichter darstellt. Um so mehr bedauerte der dänische Museumsbegleiter, daß die Dresdner Nexö-Ge-

Archie, der alte Zausel

Archie wurde neulich von einem jungen Mann, der vom Alter her sein Sohn hätte sein können, als alter Zausel bezeichnet, der sich über nichts mehr zu freuen wisse. Anlaß war eine Frage an den jungen Mann, warum dieser sein Söhnchen auf eine Schule schicke, wo es erst ab der 5. Klasse Zensuren gibt. Und das in einer Gesellschaft, die von Lebensbeginn an auf Konkurrenz und härtesten Wettbewerb setzt. Mit dem Wort Zausel konnte Archie nicht viel anfangen, weil es emotional nicht in seinem Sprachgebrauch als wertmindernde Bezeichnung für einen älteren Herrn verankert ist, auch kann er das Wort stilistisch nicht einordnen. Er selbst hat zwar öfter zerzaustes Haar wie ehemals Clown Ferdinand, auch die Frisur so ähnlich, Marke Sportplatz mit Randsiedlung sieht Archie gelegentlich aus, wenn das graue Haar länger wird. Archies Kleidung ist auch leger dunkelgrau bis schwarz, auf alle Fälle nicht bunt, aber er ist auch keine Niete in Nadelstreifen, vom Temperament her Sanguiniker, lacht gern über eine gute Anekdote, aber nicht pausenlos wie die Comedians im TV, eine neue Gattung von Kalauer-Darstellern. Er ist schon mal als „alter Türke“ in der U-Bahn angesprochen worden, wenn er bei Kälte eine dunkle Wollmütze trägt, und nimmt das mit Humor. Er hatte versucht, den jungen Mann, der ihn so nannte, zu überzeugen, in bewußt gebrochenem Deutsch, mit ihm nach Kappadokien zu ziehen, in eine Höhlenwohnung, um Miete zu sparen und ein gutes Leben zu führen, während die Frauen arbeiten. Archie erntete Heiterkeit in der U-Bahn, und er war mit sich zufrieden, daß er offensichtlich richtig reagiert hatte. Aber was ist schon richtig, fragte er sich. Offensichtlich dann, wenn man nicht den Humor verliert.

Archie hatte früher immer die Befürchtung gehegt, er könnte als alter Mann einmal auf dem Sofa sitzen und die Welt nicht mehr verstehen, so wie er als Jüngling alte Männer gesehen hatte, die während der DDR-Zeit in der Welt vor dem 2. Weltkrieg geistig und emotional verankert geblieben waren und den Aufbau des Sozialismus nicht begriffen oder nicht begreifen wollten. Neulich im Bus war es ihm schon schwerer gefallen, mit Humor zu reagieren, als eine ältere, man muß schon sagen, ziemlich stattliche und vermummelte Türkin sich bei ihm beschwerte, daß er sich neben sie gesetzt hatte und sie einengte. Sie sagte barsch zu ihm: „Warum du setzen nicht dort drüben, wo offen?“ und zeigte auf den ge-

genüberliegenden freien Sitzplatz. Archie hatte Angst, auf der ihm fremden Strecke die Umsteigehaltestelle zu verpassen und wollte deshalb nicht verkehrtherum sitzen, sonst hätte es ihn nicht gestört. Er sagte verblüfft zu der Türkin an seiner Linken: „Ich nicht wollen sitzen falsch herum.“ Sie entgegnete sehr laut: „Was Du sein für Mann?“ Archie gelassen: „Das sein gutes Frage, oh, Leben schwer, aber Sprache noch schwerer.“ Er erhielt wieder Gelächter wie in der U-Bahn, fühlte sich aber nicht wohl dabei. Warum hatte er die Frau lächerlich gemacht? Er kam sich vor wie der Show-Master, der sagt: Lieber einen guten Freund verlieren als einen Lacher. Andererseits wollte er nicht gereizt reagieren, obwohl er eigentlich gereizt war. Hätte er Türkisch gekonnt, hätte er mit der Frau sicherlich anders gesprochen. Tja, und so war es im Prinzip dazu gekommen, daß Archie als alter Mann auf dem Sofa sitzt und die Welt nicht mehr versteht. Die Türken hindern ihn an seinem Weltverständnis am allerwenigsten, auf alle Fälle die nicht, die um ihn herum sind. Er bedauert sogar, daß er nicht während des Studiums in den 50er Jahren ins Fach Balkanologie gewechselt war – der einzige Wechsel, der ihm damals offeriert wurde.

Aber was sollte er mit Türkisch und Albanisch anfangen, dachte er, vormals kurzfristig, wie sich jetzt herausstellt. Albanisch hatte er zwar mal probiert, aber wieder sein lassen. Neugierig war er immer. Und trotzdem wurde er jetzt als alter Zausel bezeichnet, der sich über

nichts mehr freuen könne. Aber ehrlich mal oder echt mal: Wie viele Jugendliche fragen jetzt, worüber man sich denn freuen sollte – wenn man die Zeitung aufschlägt, den Fernseher anschaltet, die Nachrichten im Radio hört, die Innen- und Außenpolitik verfolgt, die öffentlichen Verkehrsmittel zu horrenden Preisen benutzt, mit dem Auto zur Tankstelle fährt, von Lehrern über die Zustände an den Schulen informiert wird, sich die Weltlage betrachtet, leicht abwesenden Regierungssprechern lauscht oder ständig Börsennachrichten zu hören bekommt, die man nicht versteht, während über die Wälder saurer Regen rieselt und die Hartz-IV-Empfänger ihre Zahnbürsten vorzeigen müssen, damit nicht einer zuviel im Bett liegt, und die gezahlten Leistungen zu hoch sind. Archie hätte den jungen Mann gern gefragt, worüber er sich heute eigentlich freuen könne.

Im PONS-Wörterbuch der deutschen Umgangssprache steht unter Zausel alter Mann, alter Lüstling, so gebräuchlich ab 1920. Archie hatte sich gelegentlich einen Kalender mit dezenten weiblichen Aktfotos zur Freude, zur Sinnesfreude sozusagen, in Erinnerung an die Jugendzeit hingehängt. Die Schwiegertochter stemmte empört die Hände in die Hüften. Was ist denn das? Nackte Frauen, erklärte Archie fröhlich, schöne nackte Frauen, erfreulicher als das nackte Leben eben.

Archie hält nicht viel von der heutzutage modischen Polarisierung in Jugendwahn und Altersstarrsinn. Alles nur Ablenkung!

Manfred Hocke



Grafik: SHAHAR

Leserbriefe an RotFuchs



Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete Deutschland unlängst als „Sanierungsfall“. Die Frau der akademisch verbrämten Halbwahrheiten hat dabei vergessen, den Osten als extremen Sanierungsfall zu betonen. Sofort aber meldeten sich prominente Ignoranten und Schönfärber zu Wort. Thierse sagte abschwächend, „der Osten“ stehe „auf der Kippe“. Es wurde so lange relativiert, bis 90 % der Kritik verschwunden waren. Doch Thüringens Ministerpräsident Althaus wirkte leicht erschrocken, als ihm seine Bevölkerung bei einer Meinungsumfrage beschied, daß „die Demokratie die Probleme nicht löst“. Bekanntlich war die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger jahrzehntelang in deren Bann. Leipziger Mittelständler sind ernüchtert. Sie nannten die heutige Politik „schlimmer als früher“. Meine parteilosen ehemaligen Studienfreunde der Ingenieurschule für Schwermaschinenbau und Elektrotechnik Leipzig kritisierten beim Klassentreffen 40 Jahre nach Studienabschluß die von der westdeutschen Elite verursachte „Rückwärtsbewegung Deutschlands“, das fehlende tragfähige Gegenkonzept und die organisierte Volksverdummung“. Und sogar Pfarrer Führer, ehemals einer der namhaftesten DDR-Gegner aus dem Herbst 1989, brandmarkte die Berliner Politik als „unkritisch, undemokratisch und unsocial“.

Joachim Spitzner, Leipzig

Den „RotFuchs“ kenne ich ja erst kurze Zeit, aber es ist stets ein besonderes Erlebnis, die interessanten und fundierten Beiträge zu lesen, ja zu studieren. Das ist es, was mich veranlaßt, die „Macher“ dieser Zeitschrift durch eine Mitgliedschaft im Förderverein unterstützen zu wollen. Mit besonderer Freude habe ich den Artikel über die griechischen Partisanenkinder im Juni-Heft gelesen. Ich war zur gleichen Zeit wie die Autorin Aphroditi Polychronidu Student an der Ingenieurschule in Wildau und erinnere mich noch gut daran, daß „unsere“ Griechen kulturell besonders aktiv waren. Ich schicke Ihnen ein Bild aus meinem Fotoalbum von damals. Es zeigt die griechische Kulturgruppe. Vielleicht ist Aphroditi selbst darauf zu sehen. Bitte leiten Sie die Aufnahme weiter.

Wolfgang Späth, Halberstadt

Der Kampf bei uns in Griechenland geht weiter. Ein Streik folgt dem anderen. Am 8. Juni protestierten Studenten gegen die Hochschulreform der konservativen Regierung, weil sie eine einheitliche, staatliche und gebührenfreie Erziehung wollen. Es sollen keine Privatuniversitäten im Lande eröffnet werden, zumal sie von der griechischen Verfassung nicht gestattet sind. Die zwei großen Parteien N. D. (der CDU vergleichbar) und PA.SO.K. (die hiesige SPD) wollen eine Verfassungsänderung auf konservativer Grundlage durchsetzen.

An den Demonstrationen beteiligten sich in Athen 20 000 und in Thessaloniki 12 000 Studenten. Wie immer ging die Polizei sehr brutal vor und schickte zahlreiche Teilnehmer in die Krankenhäuser, obwohl ein ordentlicher Verlauf der Demonstrationen durch Sicherheitsketten der Beteiligten überwacht wurde. Bei solchen Kundgebungen treten immer Gruppen angeblicher „Anarchisten“ und Krawallmacher auf. In der Regel handelt es sich entweder um Polizeibeamte in Zivil oder um von den Sicherheitskräften gesteuerte Personen. Wir nennen diese Provokateure die „bekannten Unbekannten“.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Seit knapp zwei Jahren lese ich den RF. Über eine Anzeige im ND, das ich zufällig bekam, erfuhr

ich von Eurer Existenz. Gerade dieser Zufall läßt mich zu dem Schluß kommen, daß die Leserschaft des RF noch weit größer sein könnte, wenn sich sein Bekanntheitsgrad erweitern ließe und noch andere geeignete Formen zu seiner Popularisierung genutzt würden. Es ist offensichtlich für viele ehemals engagierte DDR-Bürger schwer, einen politischen Halt zu gewinnen oder zu wahren. Das pausenlose Trommelfeuer des Feindes zeigt Wirkung. Selbst in der eigenen Familie ist es spürbar. Das beginnt bei der Abonniierung von Schundillustrierten und geht bis zu der Äußerung, daß die deutsche Fußball-Elf doch gewinnen möge, da das gut für „unsere Heimat“ sei. Mich hat der RF in allen meinen Ansichten hundertprozentig bestätigt.

Jetzt noch zu einem Problem, für das ich schwer eine Erklärung finde. Seitdem ich Eure Zeitschrift lese, habe ich mit einer ganzen Reihe von Bekannten über den RF gesprochen und ihnen auch Exemplare gegeben. Jetzt das Phänomen: Von allen wurde der „RotFuchs“ positiv beurteilt, doch nur zwei der Angesprochenen erklärten sich bereit, ihn zu bestellen. Unter denen, die das ablehnten, befanden sich sogar Parteisekretäre und Träger höchster staatlicher Auszeichnungen. Auf eine fundierte Erklärung lassen sie mich bis heute warten.

Dieter Schulze, Berlin

Horst Hahn hat in seinem Leserbrief natürlich recht, wenn er eine reaktionäre und rückwärtsgerichtete Traditionspflege (und -hege) der Bundeswehr auch in den ostdeutschen Bundesländern anprangert. Eine Traditionslinie des JG 73 „Steinhoff“ in Laage kommt aus dem JG-3 „Wladimir Komarow“ (sowjetischer Jagdflieger und Kosmonaut) der DDR. Dieser Traditionsname ist den Luftwaffenpiloten bei Aggressionseinsätzen z. B. gegen Jugoslawien natürlich nicht zuzumuten. War doch schon die Nutzung der „russischen“ MiG-29 im JG 73 für viele Erzkonervative eine Zumutung. Also wählte man einen erfolgreichen und hochdekorierten Nazipiloten als Galionsfigur. Folgerichtig verwahrte sich dann auch Frau Steinhoff entschieden gegen das Aufstellen einer DDR-MiG-21 neben dem Traditionsflugzeug F-104 Starfighter im Kasernenobjekt. Soviel zur sogenannten Armee der Einheit.

Nicht verschwiegen soll werden, daß im technischen Bereich des Flugplatzes Laage, abgelegenen von der Öffentlichkeit, eine MiG-23ML (mit verstümmelten Hoheitsabzeichen) und eine Su-22M4 (ohne Hoheitsabzeichen) der LSK der DDR stehen.

Angemerkt werden sollte aber auch, daß nach der nächsten Wende die Luftstreitkräfte des dann neuen Deutschlands die Traditionslinie der Bundeswehr verlassen werden und sicher keine Traditionsnamen der Nazi-Wehrmacht tragen und auch keine Luftwaffenflugzeuge zur Show stellen werden.

Thomas Hentschel, Braunschweig

Während meiner Seefahrtszeit habe ich schöne und erlebnisreiche Tage in Hafenstädten der Nord- und Ostsee, des Mittelmeers, des Roten Meers und des Atlantik verbringen können. Ich mußte aber auch traurige und anrührende Bilder in Ländern verkraften, die Jahrhunderte Kolonialbesitz europäischer Großmächte waren und von den Schiffen angefahren wurden, auf denen ich meinen Dienst als Funker verrichtete. Eindrücke von damals stehen mir heute wieder lebendig vor Augen. Dazu hat vor allem die Tatsache beigetragen, daß bewaffnete Einheiten der Bundeswehr nach Kongo entsandt wurden, um angeblich demokratische Wahlen abzusichern. Von der einheimischen Bevölkerung wird das mit Gewißheit als Provokation verstanden, weil Deutschland einst eine führende Rolle im Kreise jener Kolonialländer spielte, die den Grundstock ihres Reichtums gerade aus Afrika herauspreßten. Das Massaker an den Hereros in „Deutsch-Südwestafrika“, das von „Schutztruppen“ begangen wurde, ereignete sich lange vor der angeblichen

„Terrorbekämpfung“ durch die USA-Koalition im Nahen Osten.

Hans R. Müller, Hamburg

Als neuer und mit 37 Jahren noch nicht allzu alter Leser des „RotFuchs“ aus dem Westen war ich freudig überrascht, in der Juni-Ausgabe auch einen Bericht über den linken Wahlerfolg in der documenta-Stadt Kassel zu lesen. Zwischenzeitlich habe ich meine Aufnahme in den „RotFuchs“-Förderverein beantragt.

Ronald Brunkhorst, Kassel

Jubelveranstaltungen mit Hymne, Fahnenmeer, Winkelementen und Repräsentanten des Staates auf den Tribünen – das wurde an der DDR oftmals madig gemacht, verlacht oder mit bissigen Bemerkungen versehen. Was erleben wir jetzt beim Profileistungssport? Geschäftemacherei größten Stils, millionenschwere moderne Sklaven präsentieren sich auf dem Markt „Spielfeld“, Kommentare und Berichte zur WM ließen den Fußball beinahe wie Kriegersatz erscheinen. Ältere müssen wohl an 1936 gedacht haben. Der Slogan „Zu Gast bei Freunden“ kann kaum darüber hinwegtäuschen. Man entblödet sich nicht einmal, die Weltmeisterschaft als eine Schubkraft für die Konjunktur auszumachen. Nicht zuletzt gehen auch noch von Klinsmann aufmunternde Impulse nach Kabul an die deutschen Soldaten, die dort im Auftrag und im Interesse des Kapitals einen „großen Job“ machen.

Roland Winkler, Remseck

Lese seit einiger Zeit Eure Zeitschrift, und jede Ausgabe vermittelt mir neben Wissenszuwachs auch das Gefühl der Verbundenheit. Bis 1990 bin ich im Gebiet von Schwerin tätig gewesen. Die drohende Arbeitslosigkeit hat mich nach Hamburg verschlagen.

Dort lebe ich immer noch, und ich fühle mich nach wie vor fremd hier. Die Flaggeneuphorie zur Fußball-WM kann das nicht beheben. Im Gegenteil: Immer mehr beschleicht mich das Gefühl, Staatenloser im einst eigenen Land zu sein. So hilft mir Eure monatliche Ausgabe sehr, zumindest die politische Heimat nicht zu verlieren. Auch das Wissen, nicht allein zu sein, bestärkt mich. Darum liegt auch mein Antrag auf Mitgliedschaft bei Euch auf dem Tisch.

Ich möchte übrigens Euer Augenmerk auf die Internetseite „viva con aqua de sankt pauli“ richten. Das ist ein Projekt des FC St. Pauli zur Unterstützung von Kindereinrichtungen auf Kuba.

Wolf Gursinski, Hamburg

Der „RotFuchs“ ist für mich neben dem ND eine Informationsquelle, der ich viele Lesestunden zur Verfügung stelle. Die Beiträge bestätigen mir, daß ich mit meiner Meinung richtig liege. Wie sagt Herr Volck im Juni-RF: „Die biologische Festplatte muß erhalten bleiben.“

Mein Enkel und mein Urenkel haben die DDR nicht miterlebt. Wie sollen sie einmal unsere Zeit richtig einschätzen können? Damit sie sich unser Leben vorstellen können, sammle ich Material aller Art. Vielleicht habe ich das Glück, die Schulzeit meines Urenkels mitzuerleben und als Zeitzeuge seine Meinungsbildung mit zu beeinflussen. Es wird nicht leicht sein.

Edith Schütze, Waren (Müritz)

Der Beitrag im Juni-„RotFuchs“ mit dem Titel „Aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle ...“ entlarvt die Rolle der Medien bei der Manipulation der Öffentlichkeit zugunsten bestimmter politischer Kräfte. Das neueste Beispiel einer solchen Täuschung ist der Bundeswehreininsatz in Kongo. Es wird das Geheimnis des Verteidigungsministers Jung bleiben, wie die Bundeswehr dort „Recht und Freiheit des deutschen (!) Volkes“ verteidigen sowie „Sicherheit und Schutz der Bürger“ (Spiegel 20/2006) vor Terroristen gewährleisten soll. Kann unter Kriegswirren, die in Kongo herrschen, überhaupt von einer freien und fairen Wahl gesprochen werden? Die Wahl eines Kandidaten, der Garant für Frieden, Demokratie

und Wohlstand sein soll, dürfte wohl schwerfallen. Sie erscheint eher als eine scheindemokratische Legitimation für einen Strohmann der USA und der EU. Nach dem Entwurf des Jungens Weißbuches soll die Bundeswehr offenbar maximale Profite aus Kongos „kritischen Rohstoffen und Energieträgern“ für deutsche Konzerne und Banken sichern. Die Wahlen sind nur ein Vorwand für diese Kernaufgabe.

Joachim Wolf, Strausberg

Wie es sich Eberhard Esche „gewünscht“ hat, steht er nun im „RotFuchs“, weil er es „geschafft“ hat, bis zum Redaktionsschluß zu sterben. Es ist sehr schade um einen so begnadeten Schauspieler und vernünftigen Menschen. Seine Bücher habe ich mit Gewinn gelesen, hatte ihm dazu geschrieben. E. E. antwortete mir mit einem netten Brief. Zu Ostern bekam ich noch eine Karte von ihm – und dann diese Nachricht! Wie schnell man doch „weg“ sein kann. Schön, daß die „junge Welt“ seiner etwas ausführlicher gedacht und auch die Reden zur Beisetzung veröffentlicht hat. Ich werde Eberhard Esche in guter Erinnerung behalten.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Die Jenaer Veranstaltung mit Egon Krenz war für uns ein großes Erlebnis. Sie rief bei mir die Tatsache ins Gedächtnis, daß wir zu Zeiten solcher Politiker in der DDR einen Teil unseres Lebens in Geborgenheit und Frieden verbringen durften. Keiner behauptet, daß die DDR frei von Problemen gewesen sei. Doch entgegen allen heutigen Erklärungen bot sie uns eine echte Heimat.

Karsten Tittel, Rudolstadt

Der Beitrag von K. S. zu Slobodan Milosevic im Mai-„RotFuchs“ hat mich zu dieser Zuschrift angeregt.

77 Tage, von März bis Juni 1999, bombardierte die NATO Jugoslawien und zerstörte die Infrastruktur Serbiens. Deutschland war an der Zielplanung und mit Kampfbombern beteiligt. Durch den Luftkrieg wurden im Petrochemischen Kombinat des Landes neben dem aus dem 1. Weltkrieg als Kampfstoff Grünkruz bekannten Phosgen nach serbischen Angaben 1200 Tonnen Vinylchlorid, 3000 Tonnen Natriumhydroxid, 800 Tonnen Salzsäure, 250 Tonnen Ammoniakflüssigkeit und 8 Tonnen Quecksilber freigesetzt. Außer den serbischen Donaubrücken wurden militärisch unbedeutende Wasserüberquerungen wie die Brücke in Varvarin zerstört, wo unschuldige Zivilisten zu Tode kamen und Produktionsstätten der Konsumgütererzeugung getroffen wurden. Man wütete nach dem Motto: Alle Serben, vom Kind bis zum Greis, müssen für die Gewalt auf dem Balkan büßen. Und büßen sollte nun ihr nach Den Haag verschleppter Präsident mit einem konstruierten Kriegsverbrecherurteil, um die Untaten der NATO und der USA juristisch zu rechtfertigen.

In der Oberlausitz bildete sich spontan eine Initiative „Hilfe für Serbien“, die sich das humanitäre Ziel setzte, entstandene Armut, vor allem für Kinder, in der Vojvodina zu lindern. Die Aufgeschlossenheit und Spendenfreudigkeit (zum Teil aus ganz Deutschland) für unser Vorhaben war beachtlich. So konnten wir von 1999 bis 2005 Hilfsgüter mit 6 Klein- und 10 Großtransporten im Wertumfang von 26 000 DM und 15 000 Euro in den Kreis Zrenjanin bringen. Die Dankbarkeit der Serben widerspiegelte sich in der dortigen Presse unter anderem mit der Schlagzeile: „Es gibt auch Deutsche, die nicht Bomben werfen.“

Manfred Holfert, Löbau

Allen Lesern, die an einer vorurteilsfreien Beurteilung der Bedeutung und der Notwendigkeit des Bestehens des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR interessiert sind, möchte ich die Lektüre der Chronik von Robert Allertz „Im Visier die DDR“ (edition ost 2003) dringend empfehlen. Vor allem jüngeren Lesern, die die Zeit des kalten Krieges nicht selbst erlebt haben, dürften die Augen

aufgehen, in welchem Ausmaß gegen die DDR konspiriert, spioniert und sabotiert wurde. Über die zahlreichen Spitzel, Agenten und Saboteure des Westens, über deren Wirtschaftsverbrechen, Brandstiftungen, Spionageberichte, Personendossiers, Abwerbeaktionen usw. wird von imperialistischer Seite nicht gesprochen, denn das geschah natürlich alles „rechtsstaatlich“. Der Krieg gegen die DDR erstreckte sich auch auf das Gebiet des Sports. Boykott, Verleumdung und Abwerbung standen auf dem Programm. Sehr aufschlußreich wäre in diesem Zusammenhang eine Veröffentlichung der Berichte, die westdeutsche Sportfunktionäre nach jedem Zusammentreffen mit ostdeutschen Sportlern und Funktionären an das Innenministerium der BRD geschrieben haben.

Prof. Dr. Klaus Rohrberg, Crinitzberg

Die Beiträge von Prof. Dr. Wilms und Georg Dorn zum 12. Juni, der in der DDR als „Tag des Lehrers“ begangen wurde, haben mich stark berührt bzw. schöne Erinnerungen in mir wachgerufen. Die Folgen der Kriegswirren hatten mich als gebürtigen Berliner in das kleine Bergarbeiterdorf Kriebitzsch bei Altenburg „verschlagen“. Nach mehrmonatiger Arbeit in der Landwirtschaft regte mich der Bürgermeister an, einen Lehrgang für Neulehrer an der Pädagogischen Fachschule in Altenburg zu besuchen. Das „Pädagogikstudium“ dauerte damals sage und schreibe sieben Wochen, so daß ich nach diesem „Schnellschußverfahren“ bereits am 2. Januar 1946 vor einer 5. Klasse von 38 Schülern stand. Sie alle kannten mich noch aus dem Dorfalltag, als ich mit einem Ochsespann auf den Acker gezogen war. Kein Wunder also, daß mich 38 Augenpaare nicht nur neugierig, sondern auch mit einer gehörigen Portion Mißtrauen betrachteten.

Rückschauend kann ich heute sagen, daß trotz – kriegsbedingter – großer Wissenslücken bei den Kindern und meiner eigenen Unzulänglichkeit alle diese Schüler ihren Platz in der DDR gefunden haben. Viele wurden Facharbeiter, vier (was mich besonders freute) Lehrer, einer Arzt und zwei Offiziere der NVA. Seit 1974, also 25 Jahre nach der Schulentlassung, haben wir regelmäßig alle fünf Jahre unser Klassentreffen in Kriebitzsch. Beim letzten Mal, im Jahr 2004, war es schon ein recht merkwürdiges Gefühl für mich, „meine Kinder“ von damals als Rentner wiederzusehen.

Helmuth Hellge, Berlin

Es war 1973, bei den X. Weltfestspielen. Auf dem Alex fanden die freien Diskussionsrunden statt, wo wir junge Bergleute der Wismut aus dem Geraer Raum verbal auf gewisse Westler „eindroschen“, die uns Freiheitsbegriffe beibringen wollten. Ein schon etwas „älterer Herr“, der sich neben uns befand, sagte begeistert: „Weiter so, zeigt es ihnen!“

Mir ist die Episode deshalb noch so gut in Erinnerung, weil ich ein paar Tage später als neugekürter FDJ-Sekretär dem Parteisekretär bei einer Kaffeerunde über unsere Attacken in Berlin erzählte und auch von einem gewissen Steiniger vom ND (den ich nicht kannte, der aber am Rockrevers ein Namensschild trug), der sich über unsere Hauerlehrlinge so positiv geäußert hatte, die in der Diskussion ja gar nichts anderes sagten, als das, was sie selber täglich erlebten. Ich möchte eine Bitte äußern: Auch wenn es darum geht, mit dem „RotFuchs“ ein publizistisches Organ für immer breitere Leserkreise der Linken zu gestalten und unter ihnen die Zusammenarbeit anzustreben, ist es für mich als Mitglied der Linken PDS von großer Bedeutung, viel über Details von Verhaltensweisen, Äußerungen und Handlungen rechtsopportunistischer Kräfte zu lesen. Auch der Artikel des Genossen Prof. Dr. Diekmann zur Auflösung der Parteihochschule war wichtig. So etwas sieht man heute im ND leider kaum noch. Aber bei uns in der Basisgruppe kann man anhand von Entscheidungen und dem Verhalten einzelner, wie dem von André Brie (bei uns ist er nur der Mann, der „Lenin köpfen“ ließ),

durchaus konkret darüber diskutieren, wer eigentlich wo steht. Mir haben die Veröffentlichungen im „RotFuchs“ sehr genützt. Sie geben mir argumentative Unterstützung für die politische Arbeit.

Karl Fröhlich, Gera

Bei der Lektüre des Beitrags von Stefan Doernberg wird man sehr nachdenklich. Heute las ich z. B., daß Fußballmanager Bierhoff nach dem insgesamt erfolgreichen Abschneiden der BRD-Mannschaft äußerte, die Welt habe nunmehr „wieder Angst vor Deutschland“. Wieder? Mir scheint: Immer noch. Wer kann schon so schnell – und seien es 61 Jahre seit der Niederwerfung der deutschen Faschisten – die ungeheuren Verbrechen vergessen, die mit dem 22. Juni 1941 eingeleitet wurden? Gibt es nicht genügend gute Gründe, weiterhin wachsam und mißtrauisch gegenüber deutschen Gelüsten zu bleiben? Solche Herrn Bierhoff zu unterstellen, liegt mir fern. Beim Fußball, der ein Spiel ist, führt die Begeisterung zur Massenpsychose. In einem Fernsehgespräch hörte ich gestern, wie ein Interviewer das Kabinett Merkel als „beschissene Regierung“ bezeichnete und davon sprach, wenn sie die Massen auffordere, sofort Pappnasen aufzusetzen, würden es wohl die meisten tun. Bei der Fußballweltmeisterschaft ist ja ähnliches schon passiert.

Wolfgang Flieger, Droßdorf

Marx hätte seine Aussage zur Religion als Opium für das Volk sicher um den Fußball erweitert. Dieser Massenwahn und diese Hysterie im Verbund mit Manipulation passen den Herrschenden natürlich bestens ins Konzept. Die Menschen verdrängen ihre Probleme, und die Regierung kann eine „Reform“ nach der anderen durchziehen.

Noch ein Wort zum Leitartikel der Juni-Ausgabe (Nostalgie): „Stalinisten, was immer das sein mag“ heißt es dort. Das erinnert mich an einen Ausspruch, den ich vor einiger Zeit las: „Wenn SED-Sozialpolitik der bezahlbaren Mieten, der unentgeltlichen kulturellen und sozialen Betreuung, der Vollbeschäftigung, der Unterbindung von Preiswucher und Spekulation Stalinismus gewesen sein soll, dann bin ich noch immer Stalinist.“

Dieter Bartsch, Berlin

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Manfred Hegner für seinen Artikel zu Petra Pau und stimme ihm uneingeschränkt zu. Pau und Zimmer, die ja nun exklusive Jobs bekommen haben, fügten der PDS großen Schaden zu. Leider auch Gregor Gysi durch seinen Ausspruch: „Mit der DDR ist etwas untergegangen, das die Menschen trotz sozialer und kultureller Leistungen nicht wollten. Punkt!“ (Schröder sagte „Basta!“) Es ist völlig unverständlich, daß ein so kluger Mensch eine solche Aussage treffen kann, die er quasi auf alle Bürger der DDR bezieht. Sie ist schon insofern eine Lüge, als sie allein für mich nicht zutrifft.

Prof. Dr. Hans Lutter, Güstrow

42 Jahre alt, bin ich fast 25 Jahre in der Gewerkschaft. Ich lebe und arbeite im Westen der Republik. Ich bin kein Parteimitglied, aber Betriebsrat und diskutiere viel mit marxistischen Genossen aus DKP und PDS.

Im Leitartikel der Juli-Ausgabe des RF ist von „der rechtsgerichteten Berliner PDS-Mannschaft um Wolf, Liebig und Lederer auf der einen und der trotzkistisch-ultralinken Berliner WASG-Mehrheit um Lucy Redler auf der anderen Seite“ die Rede.

Der Charakterisierung der Mehrheit der Berliner PDS, die immer wieder durch entsprechende Beschlüsse den Kurs ihrer Senatoren abgegnet hat, stimme ich voll und ganz zu. Leider wird nicht erläutert, welche Handlungen oder Positionen der Berliner WASG-Mehrheit das Etikett „ultralinks“ verdient haben. Es steht außer Frage, daß es Theoriefragmente und Handlungen von Trotzkisten gegeben hat oder gibt, die nur als ultralinks zu bezeichnen sind. Für die Mitglieder der SAV in der Berliner WASG und für ihre konkrete Politik scheint mir das nicht zu gelten. Die Kritik

der Berliner WASG ist berechtigt, die eigenständige Wahlkampfkandidatur aus meiner Sicht die richtige Konsequenz. Demgegenüber hat die Kommunistische Plattform die aktive Unterstützung des PDS-Wahlkampfes beschlossen, was eher dem Opportunismus zuzurechnen ist.

Johannes Zweig, Köln

Mit dem Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ wurde der Weg zur Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse gewiesen. Marx und Engels begründeten den proletarischen Internationalismus als Grundzug der kommunistischen Bewegung. Lenin entwickelte diese Lehre weiter und wies nach, daß sie in der heutigen Zeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Zusammenschluß der revolutionären Kräfte ist. Der Inhalt des proletarischen Internationalismus wurde von ihm als wechselseitige Verbindung der nationalen und internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse bestimmt. Auch wenn wir uns z. Z. in härtesten inneren und weltweiten Klassenaus-einauseinandersetzungen befinden, bedeutet das nicht, daß die Bourgeoisie den Kampf gewonnen hat. Wir bleiben sozialistische Patrioten und proletarische Internationalisten.

Dr. Hans Spyra, Hönnow

Leider gibt es unter den Linken immer noch viele konkurrierende Parteien, Gruppen und Organisationen, die nicht zu ihrer Stärkung beitragen. Denen hat schon Alfred Kerr in der Weimarer Republik folgende satirische Zeilen hinterlassen:

Genossen, schließt neu die Reihen –
von frischem Sondersinn beseelt –
Wir hatten nicht genug Parteien,
die eine hat uns noch gefehlt.

Wir spalten uns wie jener Pilz,
die Sache will's ...
Und steht die halbe Welt in Flammen,
wir spalten fest und treu zusammen!

Ich denke, inzwischen müßten die Linken genug geschichtliche Erfahrungen gewonnen haben, um gemeinsam für eine bessere Welt zu kämpfen.

Erwin Riekert, Denzlingen

Herzlichen Dank für die Darstellung des literarischen Schaffens Max von der Grüns, mit dem mich 1944/45 in amerikanischer Gefangenschaft in Louisiana freundschaftliche Beziehungen verbanden. Wir befanden uns im Agrarcamp Monroe und arbeiteten hauptsächlich in der Baumwolle. Der Farbigenanteil der Bevölkerung betrug dort ca. 45 %. Die ständige Konfrontation mit ihren sozialen Problemen gab M. v. d. Grüns sicherlich Anstöße für seine klassenmäßige Urteilsbildung.

Alois Oskar Fröhlich, Suhl

Materialien der Juni-Ausgabe, insbesondere die Artikel „Üble Leier eines Unschuldknaben“ und „Die Wahrheit über das MfS“ sowie entsprechende Leserbriefe veranlassen mich zu dieser Meinungsäußerung. Die Hysterie gegen das ehemalige MfS, seine offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter wurde jüngst derart gesteigert, daß man sich in die Zeiten von Kriegsberichterstattem zurückversetzt fühlt. Da muß gekontert werden. Denn: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!“ Vor mehr als 12 Jahren schied der Bundestags-abgeordnete Prof. Gerhard Riege durch Freitod aus dem Leben. Er hatte den Haß, der ihm wegen seiner „Stasikontakte“ entgegenschlug, nicht mehr ausgehalten. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: „Mir fehlt die Kraft zum Leben und zum Kämpfen.“ Der frühere thüringische Landtagspräsident Gottfried Müller mahnte damals, „bei der Aufarbeitung der Vergangenheit gerechter, humaner und politisch klüger zu verfahren“.

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

In seinem Anliegen, Marx und Hegel „wegzu-drücken“, instrumentalisiert Wolf Biermann jetzt sogar Heine. Im „Spiegel“ hatte er sich vor einigen Jahren selbst als „Schwimmer gegen den Strom“, der wieder einmal auf der „falschen

Seite“ stehe, bezeichnet, weil er die Demonstrationen gegen den Irak-Krieg verurteilt hatte. Eigenartig, daß sich Biermann nicht direkt an einen seiner „würdigen“ Philosophen gewandt hat: Sir K. Popper. Dieser war bereits in den 80er Jahren bei der Verleumdung der Kommunisten und der Friedensbewegung besonders aktiv.

Andreas Rösler, Hamburg

Mich berührt, daß nichts unversucht bleibt, die Geschichte umzuschreiben. Gegendarstellungen werden nicht zugelassen. Die nachfolgende Generation soll bewußt irregeführt werden. Im Mittelpunkt: die Verteufelung der DDR. Jüngst mußten wir erleben, wie unter Merks Ägide der Palast der Republik zum Abriß freigegeben wurde. Es bleibt abzuwarten, was nach der Fußball-WM mit dem Fernsehturm und anderen „Relikten“ der DDR geschieht.

Bei ihrem China-Besuch hatte Frau Merkel den Auftrag, in Sachen Menschenrechte „nachzuha-ken“. Da gäbe es für sie im eigenen Land genug zu tun.

Hans-Peter Ecke, Berlin

Der 28jährige Leutnant der USA-Armee Ehren Watada weigerte sich am 22. Juni, dem Marschbefehl nach Irak Folge zu leisten. Der aus Hawaii stammende Mann ist der erste Offizier der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, der diesen Einsatz offen abgelehnt hat. Leutnant Watada soll nun vor das Militärgericht gestellt und im beschleunigten Verfahren abgeurteilt werden. Ich möchte meine Solidarität mit dem mutigen Kriegsdienstverweigerer bekunden. Nicht Bushs Leutnant, sondern der Präsident der USA, der sich des vielfachen Mordes schuldig gemacht hat, gehört vor das Tribunal.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Den Beitrag von Hans-Dieter Hesse im Juli-„Rot-Fuchs“ über Max Hoelz habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich fühle mich deshalb besonders angesprochen, weil der in Sachsen Gebürtige in Moritz, einem Dorf an der Elbe, 3 km stromaufwärts von Riesa, zur Welt kam. Das Geburtshaus von Max Hoelz ist nach Angaben der Dorfbewohner das älteste Gebäude in Moritz mit der jetzigen Adresse Dorfstraße 57. Der derzeitige Besitzer hat es liebevoll renoviert. Er und sein Onkel besitzen noch einen Teil des Nachlasses der Familie Hoelz. Verwandtschaft mit ihr besteht nicht.

Gerhard Frank, Riesa

In diesem Jahr wurde in unserem Wohngebiet eine Schule abgerissen. Das an dem Gebäude angebrachte Mosaik mit der Friedenstaube sollte eigentlich zur Weiternutzung behutsam demontiert werden. Es wurde jedoch alles in Stücke geschlagen. Soviel zu Versprechungen heutiger Politiker in unserer „demokratischen“ Gesellschaft.

Cornelia Klier, Berlin

Immer mehr habe ich den Eindruck, daß die Bundesrepublik überwiegend von Stümpfern regiert wird. Der großen Koalition kann man nur mit Verachtung und politischem Widerstand begegnen, da sie sich auf der ganzen Linie als unfähig erweist, auch nur eines der großen Probleme positiv zu lösen. Untaugliche Gesetze, simple Rechenfehler, schlampige Verträge vermitteln den Eindruck, daß sich der Kernbereich des Staatswesens in der Hand von Bundesministern befindet, die ihren Kram nicht beherrschen. Regierung wie Opposition (auch ein Teil der PDS-Oberen gehört dazu) offenbaren eine erschreckende Inkompetenz. Im Unterschied dazu besaßen die meisten DDR-Minister die notwendigen sachlichen und fachlichen Voraussetzungen, um ihr Amt bekleiden zu können.

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln

Eine Expertenkommission hat vorgeschlagen, die Birtler-Behörde personell „abzuschmelzen“ und in ein „Forschungszentrum“ umzuwandeln. Ziel bleibt weiterhin antikommunistische Propaganda.

Ich mache folgende Gegenvorschläge: Die Birtler-Behörde samt ihrer Außenstellen in den ehemaligen DDR-Bezirksstädten ist ersatzlos zu schließen, der komplette Aktenbestand in das Bundesarchiv zu überführen.

Bürgerinnen und Bürger können die Herausgabe von Aktenkopien zu ihrer Person beim Bundesarchiv beantragen. Jegliche Personennamen, einschließlich derer von Mitarbeitern des MfS, müssen vorher unkenntlich gemacht werden. Akten westlicher Geheimdienste und Organisationen, die gegen die DDR agierten, sind offenzulegen und ebenfalls ins Bundesarchiv zu überführen. Auch hierzu kann die Herausgabe von Kopien von den Betroffenen beantragt werden.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

30 Jahre meines Lebens war ich in Produktionsbetrieben in leitender Stellung tätig, die letzten acht Jahre beim Rat des Kreises Bad Salzungen. In dieser ganzen Zeit war niemand arbeitslos oder mußte um seinen Arbeitsplatz bangen. Grundnahrungsmittel wie Milch, Butter, Eier, Wurst, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln usw. waren billig. Eine Semmel kostete z. B. 10 Pfennig und das kleine Brötchen sogar nur fünf, ein Vierpfundbrot machte 1,24 Mark. Die Monatsmiete für eine Dreiraumwohnung mit Balkon betrug 78 Mark. Zur Arbeit und vom Werk nach Hause brachte uns der betriebseigene Bus. Für die öffentlichen Verkehrsmittel mußte nur ein symbolischer Preis bezahlt werden. Die Kosten für Strom, Wasser und Gas lagen weit unter den Westtarifen.

Manche sagen heute, das konnte ja so nicht gutgehen. Ich halte dem entgegen, daß sich bei uns niemand an den Mitteln der Gesellschaft bereichern durfte. Das setzte Milliarden frei.

In der SED hat mir das Mitwirken Spaß gemacht. Ich lebte doch immer in dem Glauben, daß der Sozialismus siegt. Dann aber kam die Konterrevolution und mit einem Schlag war alles Gute vorbei. Wenige schluckten das, was vorher allen gehört hatte. Ich frage: Braucht Deutschland hundert Milliarden oder 750 000 Millionäre?

Rainer Becker, Leimbach

Einige Gedanken zum Juni-„RotFuchs“: Der Leitartikel findet meine volle Zustimmung. Besser kann man das Verhalten der Menschen in der heutigen Gesellschaft nicht darstellen. Der Beitrag gibt allen Genossen eine überzeugende Argumentation in die Hand, wie wir sie täglich im Umgang mit den Bürgern brauchen.

Wer seine Kräfte bei der Entwicklung der DDR eingesetzt und sich über jeden kleinen Erfolg ehrlich gefreut hat, der muß, es kann nicht anders sein, heute als Betonkopf gelten, weil er nach wie vor zur Sache steht.

Während der III. Weltfestspiele 1951 in Berlin habe ich miterlebt, wie viele der ausländischen Jugendlichen, die in ihren Heimatländern oftmals nur Angst vor der Staatsmacht kannten, mit unseren Volkspolizisten Arm in Arm demonstrierten. Das hat mich mit großem Stolz auf den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat erfüllt.

Wer sich vor Augen führt, daß 27 000 Menschen beim Feriendienst der DDR-Gewerkschaften beschäftigt und für die Betreuung der Urlauber zuständig waren, wenn man an die großen neuen Heime in Binz, Friedrichroda, Oberhof, Templin, Finsterbergen usw. denkt, dann ist einem klar, was uns die Finanzhaie abgenommen haben. Übrigens: Die erwähnten 27 000 Beschäftigten wurden von einem Tag zum anderen entlassen.

Noch ein letztes Beispiel. In unseren Kinderferienlagern kosteten drei Wochen bei bester Verpflegung, mit Sport, Spiel, medizinischer Betreuung und Transport, zwischen 12 und 24 Mark. Die Trägerbetriebe schossen pro Kind 250 bis 400 Mark zu.

Stehen zwischen dieser DDR und der kapitalistischen Bundesrepublik nicht Welten?

Manfred Wulf, Glauchau



In den Händen der Bolivianer

Grafik: Klaus Parche

Am **5. August** findet in Heidenau, Gaststätte Drogenmühle, um **10.00 Uhr**, eine Veranstaltung der **Regionalgruppe Dresden** zum Thema

50 Jahre KPD-Verbot statt.

Es sprechen das KPD-Verbotsoffer **Karl Stiffel**, Essen, und der durch die BRD-Justiz verfolgte DDR-Politiker **Siegfried Lorenz**.

Am **22. August** um **16.30 Uhr** diskutieren Mitglieder und Freunde der **Regionalgruppe Berlin** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 103-105, mit Botschafter a. D. **Heinz Langer** über das Thema

Kuba geht seinen Weg



Herzlich grüßen wir unser Vereinsmitglied

Dr. Sander Drobela

aus Straach, der am **21. August** seinen **75. Geburtstag** begeht.

Der frühere langjährige stellvertretende Chefredakteur des ND gehört zu den standhaft Gebliebenen.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe (für Sehbehinderte):

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)